

Stenographischer Bericht

Steiermärkischer Schülerlandtag

am 30. April 1998



Das Präsidium des Steiermärkischen Landtages mit Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung und den Teilnehmern des Schülerlandtages Foto: Christian Jungwirth

Inhalt:

Begrüßung und organisatorische Hinweise (2).

1. Bericht des Ausschusses für Schule und Bildung.

Berichterstatter: Kilian Riedl (3).

Redner: Roland Reinprecht (3), Stephan Stoiser (4), Nicole Pirkheim (4), Mario Ruhs (5), Killian Riedl (5), Stefan Naglis (6), Michael Hartmann (6), Jakob Kouba (7), Mario Ruhs (7), Moriz Piffel-Percevic (8), Abg. Wicher (8), Abg. Keshmiri (9), Abg. Mag. Erlitz (9), Moriz Piffel-Percevic (10), Abg. Dietrich (10), Landesrat Dörflinger (11), Abg. Mag. Zitz (12).

2. Bericht des Ausschusses für Jugend und Recht.

Berichterstatter: Philipp Reif (12).

Redner: Karolina Steiner (13), Christian Weinmüller (14), Abg. Keshmiri (14), Abg. Dr. Reinprecht (15), Maximilian Richter (15), Lisa Mittschek (16), Kurt Hohensinner (16), Elisabeth Grangl (17), Landeshauptmann Klasnic (17), Stefan Slabschi (17), Abg. Dr. Lopatka (18), Abg. Dr. Reinprecht (19).

3. Bericht des Ausschusses für Jugend und Wirtschaft.

Berichterstatter: Stefan Friedrich (19).

Redner: Maximilian Mazelle (20), Ronald Kiss (20), Alexander Gottinger (20), Abg. Dr. Wabl (21), Stefan Kerschmigg (22), Franz Unger (22), Abg. Tschernko (22), Michael Thaller (23), Markus Heher (23), Elmar Tuttinger (24), Alexander Perissutti (24), Killian Riedl (24), Stefan Friedrich (25), Alexander Perissutti (26), Abg. Kröpfel (26), Abg. Keshmiri (27), Abg. Mag. Zitz (27), Markus Heher (28), Mario Ruhs (28), Moriz Piffel-Percevic (28), Landesrat Dörflinger (29).

Beginn der Sitzung: 10.15 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Meine Damen und Herren, heute findet der für diese XIII. Gesetzgebungsperiode erste Schüler- und Jugendlandtag statt. Ein Schülerlandtag hat ja bereits in der vorhergehenden Periode, am 15. Dezember 1992, stattgefunden. Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Landesregierung mit der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze und vor allem die Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag, die aus einer ungewohnten Perspektive die Sitzung mitverfolgen.

Ich darf die Damen und Herren vorstellen, es sind dies von der ÖVP Herr Klubobmann Hermann Schützenhöfer, Frau Landtagsabgeordnete Annemarie Wicher, Herr Abgeordneter Dr. Reinhold Lopatka, Herr Abgeordneter Peter Tschernko. Von der SPÖ sind hier anwesend die Frau Abgeordnete Dr. Ilse Reinprecht, der Herr Abgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz und der Herr Abgeordnete Walter Kröpfel. Von der FPÖ begrüße ich die Klubobfrau Frau Abgeordnete Mag. Magda Bleckmann sowie die Frau Abgeordnete Waltraud Dietrich, von den Grünen begrüße ich die Frau Klubobfrau Mag. Edith Zitz und vom Liberalen Forum die Frau Abgeordnete Margit Keshmiri. Also unter den heute anwesenden Abgeordneten eine deutliche weibliche Majorität.

Ich begrüße auch die Vertreter von Presse und Rundfunk. Ich darf abschließend noch uns drei, die wie hier oben Platz genommen haben, vorstellen, von meiner Warte aus gesehen zu meiner Linken der zweite Landtagspräsident Herr Dr. Dieter Strenitz und auf der anderen Seite der dritte Landtagspräsident Herr Dipl.-Ing. German Vesko. Wir werden uns auch in der Vorsitzführung wie üblich ablösen.

Ich muß jetzt aber die Damen und Herren auf der Regierungsbank gebührend vorstellen, die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic in der Mitte. Zu ihrer Rechten, von euch aus gesehen, der Herr Landesrat Günter Dörflinger, Herr Landesrat Ing. Ressel, von links Herr Landesrat Dipl.-Ing. Michael Schmid, Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl und Herr Landesrat Erich Pörtl.

Aber natürlich begrüße ich heute in ganz besonderer Weise Sie, meine Damen und Herren, die Sie heute auf den Plätzen der Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages Platz genommen haben, nämlich die Vertreter der Schüler und Jugendorganisationen und der Jugendvertreter, und ich hoffe, daß das heute ein interessanter Vormittag werden wird.

Die heutige Sitzung geht auf einen Beschluß des Landtages vom 10. Juni 1997 zurück.

Dieser Beschluß lautet:

Der Steiermärkische Landtag bekennt sich dazu, sich mit Problemen und Wünschen von Jugendlichen auseinanderzusetzen, und hält zu diesem Zweck nach Beratung in der Präsidialkonferenz Schüler- und Jugendlandtage ab. In Beratungen zwischen den fünf Fraktionen – das sind die fünf im Landtag vertretenen Parteien – und in der Präsidialkonferenz wurde der Rahmen für die Durchführung des Schüler- und Jugendlandtages festgelegt. Am 15. Dezember 1992 hat bereits ein Schülerlandtag stattgefunden. Inzwischen hat eine Landtagswahl stattgefunden, es sind auch große Veränderungen in dieser Zeit eingetreten. Jene Schüler- und Jugendvertreter, die vor fünfzehn oder bald sechs Jahren hier an euren Plätzen gesessen sind, sind inzwischen im Beruf oder mit dem Studium fertig. Ich sage das deshalb, weil man daraus ersieht, wie rasch die Zeit vergeht und wie schnell auch der Generationenwechsel stattfindet. Und heute so wie damals, im Jahre 1992, ist die Initiative von den Schülervertretungen und von der Jugend ausgegangen. Ich sehe darin ein Zeichen, daß zumindest für euch, aber auch für eine große Anzahl jener, die ihr vertreten, die Geschicke unseres Landes Steiermark wichtig sind. Es hilft nichts, wenn auch viele der Schülerinnen und Schüler dieses Landes mir bei Gesprächen gesagt haben, daß sie das nur bedingt oder nur auf den hinteren Rängen ihrer Interessen liegendem Platz interessiert. Die Politik findet statt, sie muß stattfinden, sie ordnet das öffentliche Leben. Und daher bedanke ich mich, daß ihr als Interessierte heute hier seid. Denn nach den jetzt aktiven Politikern wird die nächste Generation auch ihre Verantwortung zu übernehmen haben.

Dem Landtag, meine Damen und Herren, kommt unter anderem auch die wichtige Aufgabe der öffentlichen Meinungsbildung zu, und es bedarf daher immer wieder einer öffentlichen Diskussion von Meinungen und Gegenmeinungen, die durchaus emotional und lautstark ausgetragen werden, von These und Antithese.

Es wurde – und jetzt komme ich schon zur Sache – bereits am 18. April 1998 eine Vorbereitungssitzung abgehalten. Es war der Landtagsdirektor Hofrat Dr. Anderwald, der hier oben seinen Platz hat, mit den Vertretern von euch beisammen, und es wurden dabei drei Ausschüsse bestellt, der Ausschuß für Schule und Bildung, der Ausschuß für Jugend und Recht und der Ausschuß für Jugend und Wirtschaft. Die heutige Tagesordnung eins bis drei betreffen die Berichte der

Ausschüsse, wobei die am 18. April gewählten Bericht-erstatte zuerst ihren Bericht erstatten, und danach werden die Schüler und Schülerinnen sprechen. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Ich bitte um Verständnis, wenn ich bemüht sein muß, darauf zu achten, daß diese drei Minuten für alle gelten und eingehalten werden. Nach den Schülerinnen und Schülern sprechen zum Tages-ordnungspunkt, wenn es gewünscht wird, die anwesenden Damen und Herren Abgeordneten und natürlich die zuständigen Regierungsmitglieder. Sodann wird der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen.

Ich komme nun zur Tagesordnung und zum Tages-ordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Schule und Bildung.

Berichterstatter ist der Schüler Herr Killian Riedl. Ich erteile ihm das Wort und bitte ihn, vom Bericht-erstatteplatz aus den Bericht zu erstatten.

Herr Killian Riedl (10.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Schule und Bildung spielen ohne Zweifel eine der wichtigsten Rollen in unserem jugendlichen Leben. Schule und Bildung heißt, daß wir als Jugendliche in die Gesellschaft über die Schule, über die Universität, über die Lehre getragen werden. Das heißt, Bildung fixiert unsere Stellung in der Gesellschaft.

Es wird so sein, daß wir heute einige Wortmeldungen von Schülern hören werden, die zu verschiedenen Themen, die uns betreffen, Stellung nehmen. Sie werden bemerken, daß einige Wortmeldungen auf Punkte Bezug nehmen, die hauptsächlich vom Ministerium entschieden werden. Aber ich möchte Ihnen eines sagen. Wir in der Steiermark bekommen immer mehr Ängste, auch wir Jugendliche, daß nichts Gescheites mehr über den Semmering kommt und auch nicht durch. Es ist nämlich so, daß für nächstes Jahr die Werteinheitenzuteilung bereits einmal provisorisch ist, und da werden wir Steirer wieder einmal, wie jedes Jahr, unser Fett abbekommen. Daher möchten wir einmal darauf hinweisen, wie wichtig uns Schule und Bildung sind. Diese Wünsche und Forderungen gehen auch an die nicht vorhandenen oder versteckten Vertreter und Zuhörer des Landesschulrates und natürlich auch an Sie, werter Landtag. Wir hoffen, daß wir mit Ihrer Intervention rechnen dürfen, und ich möchte mich nach diesen kurzen Einleitungsworten den Themen widmen, mit denen Sie rechnen dürfen.

Und zwar geht es da einerseits um Kultur und Schule. Wir finden, daß es wichtig ist, mehr Kultur an die Schule zu bringen. Politische Bildung ist uns auch wichtig, die gibt es auch nicht. Kulturelle Bildung ist uns auch wichtig, die gibt es praktisch gar nicht.

Modernisierung der Lehrmittel und der Lehrmethoden: Es hat sich in den letzten Jahrzehnten im Schulbereich, was Lehrmittel und Lehrmethoden betrifft, nur der Mikrokosmos verändert, und nicht mehr. Auch da wollen wir Veränderungen.

Schulautonomie besteht auf dem Papier, aber nicht in der Realität.

Beratungs- und Schlichtungsstellen, wo sich Schülerinnen und Schüler hinwenden können mit Beschwerden oder auch mit Beratungswünschen, gibt es

nicht beziehungsweise unabhängige gibt es nicht. Es gibt Stellen beim Landesschulrat, bei denen es aber schwierig ist, wirklich etwas zu bewirken.

Werteinheiten Mehrdienstleistungen: Wir haben in der Steiermark viele Schüler, die besonders engagiert bei Schulsportwochen, bei Kulturwochen, bei Sprachwochen sich weiterbilden, und durch verschiedene Umwälzungen der Gesetzeslage ist auch das nicht möglich. Auch unsere steirische Wirtschaft, die zum Großteil von den Schülern und Jugendlichen, die aus ganz Österreich zu uns kommen in unser schönes Land, leben, ist von dieser Umwälzung betroffen.

Berufsorientierung: Uns ist wichtig mehr Wirtschaftsnähe der Schule in allen Bereichen. Und zwar geht es darum, daß nicht nach der Schule dieser Einbruch kommt. Das heißt, man kommt aus der Schule oder der Universität heraus und hat die Stellung in der Wirtschaft und die Stellung in der Gesellschaft nicht klar vor Augen.

Integration ist noch ein Schlagwort, das heute kommen wird, Integration von Behinderten. Auch das ist ein Punkt, wie viele in der Schule, der auf dem Papier sehr schön, aber in der Realität für die Betroffenen oft sehr schwierig ist.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß gerade wir in der Steiermark in unseren Schulen, in unserer Universität ein sehr gutes Bildungsniveau haben. Unser aller Anliegen muß sein, das nicht nur zu halten, sondern zu verbessern, zugunsten unserer Steiermark. Danke vielmals! (10.30 Uhr.)

Präsident: Auch ich danke dem Berichterstatter. Ich muß noch nachholend informieren, daß mir mitgeteilt wurde, daß eine Vereinbarung bei der Vorbereitungs-sitzung getroffen wurde, daß zwar die Redezeit für die Debattenrednerinnen und -redner drei Minuten, wie schon gesagt, beträgt, aber für die Berichterstatter fünf Minuten. Daher war er im Recht und hat das eingehalten. Ich bedanke mich dafür.

Ich erteile jetzt als erstem Redner dem Schüler Roland Reinprecht das Wort.

Herr Roland Reinprecht (10.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landtags-präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Ich möchte mich heute mit den Schlichtstellen für Schüler befassen, wie der Herr Riedl bereits gesagt hat. Ich werde auch versuchen, mich kurz zu fassen.

Am Anfang möchte ich Ihnen klarmachen, wie wichtig es wäre, eine solche Schlichtstelle für Schüler ein-zuführen, also eine unabhängige Schlichtstelle.

Ich kenne einen Fall in der HAK Fürstenfeld, wo eine ganze Klasse ein Problem mit einer Lehrerin hat, und zwar in dem Maße, daß ungefähr drei Viertel der Schüler in der Klasse in Französisch negativ sind, was ja nicht normal sein kann, und das nur auf Grund der undurchsichtigen Notengebung. Es haben schon mehrere Treffs mit der Lehrerin von Eltern stattgefunden, aber die Eltern konnten leider bei der Lehrerin nichts erreichen, da sie nicht wollten, daß ihre Schüler und Schülerinnen noch negativer werden in Französisch. Die Schüler haben es auch schon mit dem Direktor versucht, aber der Direktor steht voll hinter der Lehrerin, was wieder zu nichts führen konnte. Es hat sich dann eines Tages eine Deutschlehrerin bereiterklärt, mit ihnen Französischgrammatik in der

Deutschstunde zu machen. Das konnte natürlich auf Dauer auch nicht gut gehen. Ja, das einzige, das sie damit erreicht haben, wie sie mit ihr geredet hat, ist, daß noch mehr Schüler negativ geworden sind.

Ich bin der Meinung, daß dieses Problem auch auf andere Schulen umzulegen ist, und darum sollte man eine solche Schlichtstelle für Schüler einführen.

Der beste Standort für eine solche Schlichtstelle wäre natürlich Graz, da sich im Umkreis von zirka 80 Kilometer die meisten Schulen der Steiermark befinden.

Ich stelle mir zum Beispiel vor, daß die Schüler ihr Problem an diese Schlichtstelle heranzuführen und im Gespräch dieses Problem lösen können. Also, die Schlichtstelle soll Kompetenz haben, die Lehrerin einzuladen, mit ihr zu reden, oder den Lehrer, mit ihm zu reden, um das Problem, wenn möglich, aus dem Weg zu schaffen. Falls dieses Reden mit dem Lehrer oder der Lehrerin nichts bringt, muß auch die Schlichtstelle für Schüler die Kompetenz besitzen, über die Direktion, über die Schulleitung, die Lehrerin zu versetzen.

Als letztes möchte ich Sie bitten, meinen Vorschlag zu überdenken, und dränge darauf, eine unabhängige Schlichtstelle in Graz in nächster Zeit unbedingt einzuführen, damit Lehrer nicht wahllos mit den Schülern umspringen können, wie es ihnen gefällt. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Danke! Er hat es knapp, aber fast geschafft, die drei Minuten einzuhalten. Aber ihr wißt es alle, bei einer Prüfung sind drei Minuten möglicherweise verhängnisvoll lang, wenn man da selber redet, sind sie sehr kurz.

Als nächstes hat sich zu Wort gemeldet der Schüler Stephan Stoiser. Ich erteile ihm das Wort und darf nur ganz schnell vorher noch die 31 Schüler und Schülerinnen der 5 a des Bundesrealgymnasiums Rein in Begleitung von Frau Mag. Moravi und Herrn Mag. Johann Manzenreiter begrüßen.

Üblicherweise machen das die Abgeordneten, indem sie das mit einem Applaus belohnen. Ich lade Sie dazu ein.

Und jetzt spricht Stephan Stoiser.

Herr Stephan Stoiser (10.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Landtag, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

Meine Wortmeldung befaßt sich mit dem Thema Berufsorientierung. Warum uns dieses Thema wichtig erscheint, liegt darin, daß damit Berufsorientierung und Berufsinformation beziehungsweise das praxisnahe Arbeiten an den Schulen gemeint ist. Schüler fühlen sich für die Berufsausbildung nicht ausreichend genug vorbereitet. Die Gründe dafür liegen laut Ermessen vieler darin, daß zu wenig Wert auf Kreativität und selbständiges Arbeiten in der Schulbildung gelegt wird. Oft hat es den Anschein, daß Professoren beziehungsweise Lehrer zu sehr erpicht sind, den vorgegebenen Lehrstoff durchzuführen, ohne dabei auf die Effizienz ihres Unterrichtes zu achten. Und damit meine ich den Nutzen, den man aus dem Unterricht für die weitere Ausbildung ziehen kann. Weiters gibt es an vielen Schulen kaum Möglichkeit, praxisnahen Unterricht zu gestalten, in Form von modernen EDV-Einrichtungen beziehungsweise modern ausgestatteten Unterrichtsmitteln. Dies führt weiters zu

einem großen Mangel an Projektarbeiten, welche an einer Schule gemacht werden. Unter anderem herrscht ein Minimum an qualifizierten Ferialpraxen, welche es im Laufe der Schulausbildung zu absolvieren gilt. Dabei soll im Vordergrund die Ausbildung der Schüler zu einem geschulten Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitgeber stehen. Um die Berufsausbildung in erster Linie hervorzuheben, müßten rationale Verbesserungen in Sachen Projekten und Ferialpraxen geschehen. Dies könnte folgendermaßen zustandekommen:

Um die Anzahl von Projekten in den Schulen zu vergrößern, sollte sich die Schule um die Zusammenarbeit mit Betrieben bemühen. Qualifizierte Ferialpraxen könnten nach der gleichen Schematik gefunden werden. Dabei muß an die Sinnhaftigkeit solcher gedacht werden, damit ist gemeint, daß ein HTL-Schüler zum Beispiel für Hoch- und Tiefbau nicht in einer Elektrofirma angestellt werden soll, sondern eine Arbeit, die für seinen Schultyp geeignet ist, verrichten sollte.

Als weiteren wichtigen und letzten Punkt sehe ich die Berufsinformation. Schüler sind oft zu wenig bis gar nicht informiert über die Möglichkeiten, die ihnen mit ihrer Ausbildung offenstehen. Um dabei mehr Klarheit zu verschaffen, ist es eine Notwendigkeit, ihnen mit Hilfe von Beratungsstellen zur Seite zu stehen. Dies geschieht zwar in vielen Schulen schon, aber diese Information ist noch immer zu gering. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 10.38 Uhr.)

Präsident: Ich danke auch und erteile der zu Wort gemeldeten Schülerin Nicole Pirkheim das Wort.

Frau Nicole Pirkheim (10.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Meine Wortmeldung bezieht sich auf das Thema Modernisierung der Lehrmethoden. Als Schülerin einer BHS merke ich immer wieder, daß der Lehrplan die Schüler überfordert. Dieser beinhaltet zu viele Stoffbereiche, welche neuzeitliche, für die Jugend bedeutende Themen überschattet. Meiner Meinung nach ist es heutzutage viel wichtiger, die Menschen auf ihr Leben vorzubereiten, indem man ihnen aktuelle Themen, wie unseren politischen Stand, die EU, damit verbunden die neue Währung und die wirtschaftliche Lage Österreichs und Europas näherbringt. Statt dessen kommt es immer wieder vor, daß man mit 19 Jahren sein Matura-beziehungsweise Lehrabschlusszeugnis in den Händen hält und sich fragt, wer ist eigentlich unser Innenminister? Ist es zu verantworten, die Jugendlichen mit diesen politischen Kenntnissen ins Leben zu schicken? Wäre es nicht relevant, schon ab niedrigeren Schulstufen das Fach „Politische Bildung“ einzuführen? Vielleicht denken Sie jetzt, es ist nicht Aufgabe der Schule, mangelndes Allgemeinwissen der Schüler, welches durch Medien leicht aufgebessert werden könnte, zu unterrichten. Doch ist es meiner Meinung nach sehr wichtig, aktuelle Themen zu behandeln, da nicht jeder Schüler von zu Hause aus die nötigen Informationen erhält. Es sollte jedoch jeder Jugendliche mit den Konflikten Österreichs und Europas vertraut gemacht werden. Und es ist das Ziel der Schule, Schüler auf das Leben vorzubereiten, denn in der Jugend liegt die Zukunft. Um den Lehrern jedoch die Möglichkeit zu bieten, sich auf modernere Lernmethoden einzustellen, muß ihnen die Chance gegeben werden, Fortbildungs-

seminare zu besuchen, welche durch Sparmaßnahmen sehr eingeschränkt sind. Eine Alternative, welche Schüler zu Selbständigkeit und Eigeninitiative motivieren würde, wäre, wenn das Schulsystem mehr auf die Eigenarbeit und Kreativität der Jugendlichen aufgebaut wird. Durch die Vorgabe der Themenbereiche und Hilfestellung kann sich der Schüler frei entfalten und ist so auf Eigeninitiative angewiesen. Der Lehrer steht hierbei als Informationsquelle zur Verfügung und bewertet somit nicht nur die momentane Tagesverfassung, sondern vor allem Einsatz und Kreativität, so wie die Präsentationstechnik auf längere Zeit betrachtet. Außerdem hat der Schüler die Möglichkeit, seine eigene Meinung vorzutragen, und sich nicht auf Skripten oder Lehrbücher zu fixieren.

Ich bin davon überzeugt, daß es an der Zeit ist, vorblickend auf das 21. Jahrhundert, unsere Lehrmethoden nicht in der Steinzeit zurückzulassen, sondern sie fortlaufend zu modernisieren. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 10.41 Uhr.)

Präsident: Ich darf darauf hinweisen, daß es möglich ist, das Rednerpult der Höhe nach auf die eigene Größe einzustellen, daß die Entfernung zum Mikrofon optimal ist und sich alle gut ausdrücken können und die anderen gut zuhören können.

Zu Wort gemeldet hat sich jetzt der Schüler Mario Ruhs. Ich erteile es ihm.

Herr Mario Ruhs (10.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer!

Mein Thema sind die Lehrmittel. Und wer heute gut leben will, benötigt primär eine fundierte Ausbildung, um einen gut dotierten Arbeitsplatz zu bekommen und ihn auch zu behalten. Ausbildung kostet Geld. Und vor allem Geld ist in Zeiten des Sparpaketes Mangelware geworden. Man versucht natürlich löblicherweise, das Budgetdefizit so gering wie möglich zu halten, nur leider Gottes ist die Frage, ob das im schulischen Bereich auch sinnvoll wäre. Um am heutigen Arbeitsmarkt bestehen zu können, muß der Abgänger der Schule up to date mit der derzeitigen Technik sein. Das heißt, er muß mit einem Computer umgehen können, ihn verwenden können, er muß aus dem Internet Daten holen können und diese bearbeiten können, er muß mit den modernen Kommunikationsmitteln unserer doch sehr schnelllebigen Zeit umgehen können. Allgemeinwissen ist ebenfalls sehr notwendig. Das wird in unseren Schulen nach Möglichkeit auch zur Verfügung gestellt und gelehrt. Nur, es werden immer mehr Einsparungen gemacht. Können Sie sich zum Beispiel vorstellen, einen Fremdsprachenunterricht zu halten in einer Oberstufenklasse, ohne daß Wörterbücher verwendet werden beziehungsweise zur Verfügung gestellt werden? Eigentlich unwahrscheinlich. Sie werden lachen, das ist oft sogar die Regel. Die Schulen haben kein Geld, um Lehrbücher zu kaufen. Der Lehrplan wird aktualisiert, praxisnäher gemacht, wird modernisiert, es kommen neue Bücher auf den Markt, eine Unzahl von guten, wirklich sinnvollen Büchern, aber die Preise, leider Gottes, und vor allem das Schulbudget wird nicht darauf ausgerichtet. Das Schulbudget bleibt gleich für die Schulbücher. Das heißt, die Schulen können gar nicht mehr Schulbücher kaufen, weil ihnen gar nicht die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Die Jugend, sie sitzt nur noch vor dem Fernseher und vor dem Computer, sie wird faul. In der Schule ist das sicher nicht der Fall, vor allem, daß sie nicht vor dem Computer sitzen. Fernseher werden zur Unterrichtsmittelgestaltung heute Gott sei Dank schon zur Verfügung gestellt und auch genutzt. Bei Computern ist das leider Gottes noch eine sehr große Theorie. Es gibt schon an vielen Schulen Computer, nur welchen Alters? Vor acht Jahren waren diese Geräte auf dem modernsten Stand der Technik. Heute kann man damit vielleicht die aller-einfachsten Programme laufen lassen, aber sicher nicht moderne Programme wie „Windows '98“, oder „Office '97“. Sie sind unbrauchbar, einfach weil sie zu langsam sind und die Programme nicht verarbeiten können. Das Internet als modernes Mittel der Kommunikation – Schulen haben keine moderne Kommunikation, weil ihnen das Geld zur Adaptierung dieser Computer fehlt. Das heißt also, es gibt schon die Möglichkeiten dazu, nur effektiv nutzen kann man sie nicht.

Deshalb mein Appell an Sie, meine Damen und Herren vom Land, bitte setzen Sie sich sehr dafür ein, daß den Schulen moderne Unterrichtsmittel zur Verfügung gestellt werden. Denn all das, was wir Schüler während unserer Schulzeit lernen, muß uns nicht nach Beendigung der Schulzeit durch kostenintensive Nachschulungen beigebracht werden. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 10.45 Uhr.)

Präsident: Der Applaus war für den Inhalt, nehme ich an, nicht für die Zeitüberschreitung.

Ich darf jetzt das Wort an den Schüler Killian Riedl erteilen und zur Erklärung sagen, er war früher als Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt am Pult drüben tätig, und er spricht jetzt als Debattenredner vom Rednerpult aus. Bitte.

Herr Killian Riedl (10.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werter Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer!

Schulautonomie – Schuldemokratie – Jugenddemokratie, das sind Punkte, die mich schon seit längerer Zeit beschäftigen, und zwar in der Hinsicht, daß wir in Österreich auf dem Papier zwar die fortschrittlichste Schuldemokratie Europas haben, an manchen Schulen diese auch gelebt wird, aber – wie so oft in dem Bereich – Jugendliche gerne von Direktoren, von Lehrern unterdrückt werden.

Schuldemokratie ist eine der essentiellen Rechte für uns Schüler geworden. Es ist so, daß auch ein Großteil unserer guten Ausbildung darauf zurückzuführen ist, daß die Schuldemokratie, die Schülervertretung – Landeschüler- und Bundesschülervertretung – gute Arbeit geleistet hat und vor allem den Herrschaften, die oft im Ministerium und im Landesschulrat in ihren Büros einstauben, gezeigt und gesagt hat, wie es an der Schule läuft und wie es zu laufen hat.

Wir dürfen zwar mitreden, jedoch nicht mitentscheiden. Das hat sehr oft zur Folge, daß Anträge, die wir stellen, oft jahrelang dauern, bis sie durchgesetzt werden und Generationen von Schülervertretungen überdauern.

Schulautonomie: Schulautonomie und Schuldemokratie fallen zusammen beim Schulgemeinschaftsausschuß. Der Schulgemeinschaftsausschuß ist an und für sich das Parlament der Schule, der Landtag der Schule und hat an

der Schule beinahe alle Möglichkeiten, Schulbudget zu verwalten, auch Mitspracherecht, was die Lehrmittel betrifft.

Jedoch kann der Schulgemeinschaftsausschuß nur dann funktionieren, wenn Schuldemokratie ernst genommen wird, und das wird sie leider Gottes allzuoft nicht. Es werden Briefe abgefangen, die an die Schulsprecher gehen. Es werden Beschlüsse des Schulgemeinschaftsausschusses negiert. Die Direktoren handeln wie Diktatoren. Lehrer setzen sich über die Meinung der Eltern und Schüler hinweg.

Daher möchte ich Sie und vor allem den Landesschulrat auffordern, diese Briefe, die immer wieder eben auf Grund der Unbelehrbarkeit der Direktoren jedes Jahr hinausgehen, wo drinnen steht, bitte, laßt die Briefe durch, bitte, laßt die SGA-Entscheidung durchgehen, daß diese Briefe nun von Taten verfolgt werden und daß denen Taten folgen und daß endlich den Direktoren, die die Schuldemokratie nicht ernst nehmen, der Garaus gemacht wird, so hart es auch klingen mag. Danke vielmals! (Allgemeiner Beifall. – 10.49 Uhr.)

Präsident: Danke sehr! Ich erteile nun dem zu Wort gemeldeten Schüler Stefan Naglis das Wort.

Herr Stefan Naglis (10.49 Uhr): Hoher Landtag, Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Mitschüler und Mitschülerinnen, verehrte Abgeordnete!

Hier im Sitzungssaal des Steiermärkischen Landtages wurde vor zirka sechs Jahren, nämlich am 10. April 1992, folgender Beschluß einstimmig gefaßt. Ich zitiere:

„Österreich bekennt sich zur vollen Teilnahme und Integration behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehört auch das Recht auf volle Teilnahme am schulischen Leben.“

Ich hoffe beziehungsweise ich bin überzeugt davon, daß dieser Beschluß auch heute hier wieder einstimmig gefaßt werden könnte.

Das sind alles sehr schöne Worte, deren Umsetzung in die Tat jedoch relativ schwierig ist. Das System, in dem sich unsere Integration befindet, ist sehr lückenhaft und schreitet nach Rahmenbedingungen. Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die ständige Doppelbesetzung in Integrationsklassen. Ich halte es einfach für ein Ding der Unmöglichkeit, dafür nicht ausgebildete AHS-beziehungsweise Hauptschullehrer in Integrationsklassen alleine unterrichten zu lassen. Natürlich bin ich mir dessen bewußt, daß sich die Wochenstundenzahl einer ersten Gymnasialklasse beispielsweise nicht mit der eines Integrationslehrers hundertprozentig abdeckt, aber es ist für mich genauso unvorstellbar, wie ein AHS-Professor acht, neun, zehn oder mehr Wochenstunden alleine in einer solchen Klasse unterrichten soll.

Die steirische Landesregierung beziehungsweise der Landesschulrat sieht es nicht vor, in solchen Klassen ständig doppelt zu besetzen, währenddessen in Kärnten beispielsweise die Regelung gilt, zwei Lehrer in allen Stunden ab drei Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Ich kann hier den Unterschied zwischen den beiden Ländern in einem gleichen Schulsystem nicht verstehen.

Weiters macht der Landesschulrat die Doppelbesetzung vom Rahmen an Lehrstunden abhängig. Dies wiederum führt zu einer Abhängigkeit der Schulautonomie

und ist ein Mißbrauch der Schulautonomie, meine Damen und Herren. Es ist ein Abschieben von Problemen, die die Landesregierung beziehungsweise den Landesschulrat betreffen, auf Schulen, die aus finanziellen Gründen nicht damit fertig werden können. In Zeiten, in denen Begriffe wie „Teamteaching“ ganz groß geschrieben werden, kann ich solche Maßnahmen noch weniger verstehen. Eben solche Unterrichtsmethoden, in denen mehrere Lehrer gemeinsam in einer Klasse unterrichten, die bedürfen einer intensiven Vorbereitungszeit beider Lehrer, ansonsten würden zwei verschiedene Unterrichtsarten parallel zueinander innerhalb einer Klasse ablaufen, und dies ist sicherlich nicht der Sinn einer Integration und führt auch nicht zur Effizienz. Wenn beispielsweise ein AHS-Lehrer nicht bereit ist, mit dem Integrationslehrer gemeinsam seine Vorbereitungsstunden zu halten, muß der Unterricht eben so aussehen, wie ich es vorher angemerkt habe. Man muß unsere Lehrer dazu motivieren, diese Vorbereitungsstunden gemeinsam durchzuführen. Und wie man in der heutigen Berufswelt Menschen nur noch motivieren kann, ist uns wohl allen klar.

Als letzten, aber trotzdem sehr wichtigen Punkt möchte ich die Klassenschülerhöchstzahlen ansprechen. Es ist für mich unverständlich, warum es dem Landesschulrat beziehungsweise der Landesregierung nicht möglich ist, diese Grenzen nach oben hin zu fixieren. Zum Beispiel wird es in der Steiermark, betreffend der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse, folgendermaßen formuliert: „Die Zahl soll maximal fünf nicht überschreiten.“ Lassen Sie sich bitte die Formulierung „soll maximal“ einmal auf der Zunge zergehen. Das ist ein Widerspruch in sich selbst, „soll maximal“. (Präsident: „Die Redezeit ist auch abgelaufen. Ich mache nur aufmerksam und bitte, zum Schluß zu kommen!“) Ja, ich komme zum Schluß.

Ich möchte abschließend an Sie alle appellieren, sich das durch den Kopf gehen zu lassen und dann zu Taten zu schreiten, denn, wie ich eingangs gesagt habe, sind wir uns, glaube ich, alle einig, wie wichtig die Integration behinderter Mitmenschen in unsere Gesellschaft und somit auch in das Regelschulwesen ist. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 10.55 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich auch und darf nun wiederum eine neue Gruppe im Zuschauerraum begrüßen, nämlich die 20 Studenten der Pädagogischen Akademie der Diözese Graz-Seckau in Begleitung von Dr. Heinz Herzog vom Landesjugendreferat. Seien Sie willkommen!

Nun hat sich als nächster Redner der Schüler Michael Hartmann zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Herr Michael Hartmann (10.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag, liebe Schülerinnen und Schüler!

Ich darf heute über zwei Punkte des neuen Schulunterrichtsgesetzes sprechen. Es sind die Paragraphen 4 und 61. Durch diese Paragraphen wird die Schulqualität, die ohnehin schon unter den zwei vorhergehenden Sparpaketen litt, weiter herabgesetzt. Kurz zum Inhalt der Paragraphen. Paragraph 4, die Entlohnung der Lehrer endet mit dem Tag der schriftlichen Matura in den Abschlußklassen, wobei dann die letzten Wochen praktisch eingearbeitet werden müssen. Und im Para-

von den Schülern Beiträge einzusammeln, um zum Beispiel Toilettenpapier und Handtücher zur Verfügung zu stellen. Sie werden lachen, aber es ist wirklich so.

Deswegen noch einmal mein Appell an Sie, bitte versuchen Sie auf politischer Ebene, dieses autonome Schulbudget zu erhöhen, damit den Schulen das ermöglicht wird, was eigentlich ihre primäre Aufgabe ist, nämlich einen normalen, praxisgerechten und modernen Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 11.04 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der vorläufig Letzte auf der Rednerliste der Schüler ist Moriz Piffel, seines Zeichens Bundesschulsprecher. Er hat das Wort.

Herr Moriz Piffel-Percevic (11.04 Uhr): Liebe Schülerinnen und Schüler, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werter Landtag!

Zu meinem Entsetzen mußte ich auf der Regierungsbank schon das eine oder andere gelangweilte Gesicht entdecken, und es sind nach einer Stunde immerhin noch drei Vertreter der Landesregierung da. (Allgemeiner Beifall.) Ich weiß, Sie werden sich bestimmt denken, Bildung und Schule, das ist ein Thema, das in Wien und im Parlament diskutiert werden soll, im Unterrichtsministerium sollen sich die Lehrer mit den Schülern das ausschnapsen.

Ich werden versuchen, allen steirischen Mandataren kurz zu erklären, was Bildung und Schule mit Ihnen, mit uns und mit der Steiermark zu tun hat.

Wir haben in der Steiermark kein Öl, kein Gold, kein Erdgas. Das einzige, was wir haben, ist ein bisschen Eisenerz und viele junge Menschen. Die steirische Wirtschaft hat in den letzten Jahren nicht ganz unwesentlich von ausländischen Unternehmen profitiert, die sich entschlossen haben, sich bei uns hier niederzulassen. Das war aber nur möglich, weil wir in der Steiermark seit jeher über junge, gut qualifizierte und arbeitswillige Menschen verfügt haben, die durch ihre Qualifikation, trotz höherer Lohnkosten, Unternehmen dazu gebracht haben, hierher zu uns zu kommen. Ohne das würde die steirische Wirtschaft sehr schlecht dastehen. Und genau das hat die Steiermark mit Schule und Bildung zu tun.

Ich fordere die steirischen Mandatare auf allen Ebenen auf, sich in Wien einzumischen und zu entschließen, daß auch uns Steirer Bildungspolitik, auch wenn sie in Wien passiert, etwas angeht, nicht zuzuschauen, wenn auf Grund eines Konfliktes, der bereits angesprochen wurde, sämtliche Schikurse, sämtliche Sprachwochen in einer Zeit, wo wir in die EU gehen, gestrichen werden, und zumindest im Landesschulrat die Hebel einmal umzulegen und dafür zu sorgen, daß die steirischen Direktoren und Lehrer darauf hingewiesen werden, daß sie sich zumindest an die vorgeschriebenen Regeln halten müssen und daß die Schule gerade in der Steiermark eine Verantwortung trägt, weil wir gut ausgebildete junge und kreative Menschen brauchen. Wir brauchen nicht nur irgendwelche Fachtrottel, sondern wir brauchen Leute, die eigenständig, eigenverantwortlich und kreativ arbeiten können. Und dazu brauchen wir die steirischen Schulen. (Allgemeiner Beifall. – 11.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich aus dem Kreis der Abgeordneten die Frau Kollegin Wicher zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (11.07 Uhr): Herr Präsident, Hohe Regierung, liebe Schülerinnen und Schüler!

Wie Sie sehen, hat die Integration hier im Landtag bereits Eintritt gefunden.

Der Bundesschulsprecher hat es uns jetzt ganz schön gegeben, muß ich sagen. Ich würde sagen, in mancher Beziehung nicht ganz zu Unrecht. Aber ich möchte ihm und Ihnen allen sagen, und das wirklich aus vollem Herzen, daß die Anliegen der Schulen, der Schüler uns schon sehr wohl ein großes Anliegen sind, denn auch uns ist es bewußt, daß unser Potential, unsere Grundlagen, auch für die Zukunft, vor allem für die Zukunft, in der Jugend liegen und in der Ausbildung der Jugend. Und die Ausbildung der Jugend ist und muß für uns alle höchste Priorität haben.

Ich habe all Ihren Ausführungen wirklich ganz intensiv gelauscht, und ich muß sagen, ich bin wirklich sehr beeindruckt, nicht überrascht, ich bin beeindruckt über die Inhalte und auch über das professionelle Darbieten dieser Wortmeldungen.

Es gäbe zu allen Punkten etwas zu sagen, aber da die Redezeit auch für mich beschränkt ist, möchte ich zum Beispiel zu der Einrichtung unabhängiger Schlichtungsstellen etwas sagen, vor allem deswegen, weil meine eigene Enkelin mit ihrer gesamten Klasse auch von einem Professor massiv, ich würde fast sagen, gedemütigt wird. Ich denke, eine unabhängige Schlichtungsstelle wäre unerhört wichtig und könnte viele Probleme, die auch unter Umständen in den psychosomatischen Bereich hineinreichen, ausräumen.

Kultur in der Schule, die Lehrmittel, die Abhaltung von Schischulwochen beziehungsweise Fortbildungswochen, das sind alles Dinge, die dürfen nicht in Frage gestellt werden, die sind wichtig für den Zusammenhalt der einzelnen Klassen, die geben auch Lehrern und Professoren eine Möglichkeit, ihre Schüler vielleicht außerhalb des normalen Schulbetriebes einmal kennenzulernen.

Zur Integration, die Ihr Kollege wirklich gut dokumentiert und dargelegt hat, möchte ich sagen, Integration – und da kann ich für alle meine Kollegen im Landtag sprechen – ist etwas, was uns wirklich am Herzen liegt und auch in der Meinung aller unabdingbar ist. Sie muß im Kindergarten beginnen, weil nur dort oder schon dort das Zusammenleben, Zusammenspielen von behinderten und nicht behinderten Kindern eigentlich problemlos funktioniert. Sie muß sich fortsetzen in den Pflichtschulen und wird ja jetzt auch in den Unterstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen gepflogen. Für körperbehinderte Kinder hat es zumindest bis jetzt wahnsinnig viele Barrieren gegeben, Barrieren architektonischer Art, während für Kinder mit geistiger Beeinträchtigung sonderpädagogischer Förderbedarf besteht. Und da ist auch festgelegt, daß es einen Lehrer mit dieser Ausbildung geben muß, der sich parallel mit dem Klassenlehrer um diese Kinder kümmern kann. Es ist ja jetzt auch vorgesehen, und das ist im neuen Pflichtschulhaltungsgesetz verankert, daß eventueller Pflegebedarf, den die Kinder haben können, abgedeckt werden muß durch den Schulerhalter, wobei nicht eine ständige Anwesenheit notwendig ist.

Also, wie gesagt, Integration ist etwas Unabdingbares und bereitet auch den Weg für das spätere Zusammenleben unter Erwachsenen, weil erst der, der das gelernt hat, ganz von Kindheit an, wird auch Integration richtig erleben und leben können. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 11.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Sie hat das Wort.

Abg. Keshmiri (11.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer!

Für uns ist in erster Linie die Schule dafür verantwortlich, den Leistungswillen und das Selbstwertgefühl der Jugendlichen und der Schüler zu stärken. Wir Politiker sind dafür verantwortlich, diesen Jugendlandtag, diesen Schülerlandtag ernst zu nehmen und eure Vorschläge aufzunehmen und wenn möglich auch in die Praxis umzusetzen.

In den Wortmeldungen, die ich hier mit großer Aufmerksamkeit verfolgt habe, haben sich einige Punkte widerspiegelt, die uns besonders als Liberales Forum sehr am Herzen liegen. Das sind die Eigeninitiativen, die Kreativität und die Selbstwertgefühle der Schüler, die starren Lehrpläne zum Beispiel. Anstatt individuelle Ziele und Begabungen der Jugendlichen zu fördern, ist man nicht bereit, die Lehrpläne zu durchforsten, um eben die individuellen Ziele der Kinder und der Schüler zu fördern. Die starren Regeln, der Leistungsdruck sind unserer Meinung nach kein Ansporn für die immer wieder gewünschte Kreativität und die Eigeninitiative. Das hat leider zur Folge, daß die Kinder und die Jugendlichen die Schule als Ort der Qual quasi betrachten, und nicht als beglückende Kulturbewegung.

Es ist auch Aufgabe der Schule, auf Lernversagen nicht mit den groben Mechanismen, wie sie zurzeit praktiziert werden, zu reagieren, sondern die Schule muß neue Wege der Motivation und der inhaltlichen Vermittlung für die Jugendlichen anstreben.

Wenn ich vorhin von den starren Regeln gesprochen habe, dann meine ich damit auch das Notensystem. Wir sagen, daß es nicht sinnvoll ist, diese Noten, so wie sie jetzt praktiziert werden, zu benutzen, sondern es sollte eine gesamtheitliche Betrachtung des Schülers insgesamt erfolgen, über die Leistung, über die Leistungsmöglichkeiten. Dies wiederum hätte zur Folge, daß sich sowohl die Eltern als auch Betriebe und weiterführende Schulen wesentlich leichter tun würden bei der Leistungsbeurteilung der Schüler.

Ein Beratungsteam, wie es vorgeschlagen wurde, ist unserer Meinung nach sehr sinnvoll, weil es keinen Sinn macht, wenn der Schulinspektor eine Stunde oder zwei Stunden, so wie es jetzt aussieht, in die Schule reinkommt, sich kurz den Lehrplan oder den Lernunterricht anschaut und dann mit der wirklichen Praxis eigentlich nicht konfrontiert ist.

Mehr Berufsorientierung ist unserer Meinung nach auf Grund der Tatsache, daß wir jetzt ein gesamtheitliches Europa quasi haben, besonders wichtig, weil durch die EU, durch den EU-Beitritt es wesentlich mehr Möglichkeiten gibt für Jugendliche, auch im Ausland Beschäftigungen zu bekommen oder Schulen besuchen zu können. Und gerade wie es mit der Berufsorientierung

ausschaut, da weiß ich auch aus eigener Erfahrung, daß es nicht leicht ist für die Eltern, die Verantwortung zu übernehmen, in welche Schule die Kinder geschickt werden sollen.

Wir haben einige Vorschläge von euch gehört. Ich habe das schon am Anfang gesagt, unsere Aufgabe ist es, diese Vorschläge ernst zu nehmen, diese Vorschläge einzuarbeiten in die entsprechenden Gesetze und sie nach Möglichkeit so bald als möglich umzusetzen. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 11.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nun erteile ich dem Herrn Abgeordneten Erlitz das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (11.17 Uhr): Herr Präsident, liebe Schülerinnen und Schüler!

Ich kämpfe mit mir, weil in meiner Brust zwei Seelen sind. Ich spreche als Politiker, aber ich bin leider auch Lehrer, AHS-Lehrer. Ich weiß, ich ernte sicherlich heute keine Zustimmung. Aber ich stimme überein, daß die Schulqualität in Frage steht. In Frage gestellt werden sicherlich auch diese Boykottmaßnahmen. Ich bin auch kein Freund davon. Die Lehrer haben ohnehin kein gutes Image, und mit dieser Aktion werden sie den letzten guten Ansatz, den es vielleicht noch gibt, auch noch verlieren. Trotzdem stehe ich schon auch hinter dem Boykott, obwohl ich glaube, daß wir damit sicherlich keine Zustimmung ernten. Aber das ist mir zu vordergründig, zu sagen, durch diesen Boykott steht die Schulqualität in Frage. Ich glaube, die Ursache liegt woanders, die Ursache liegt in Wien. Und ich sage immer wieder, Bildung eignet sich halt nicht als Speckpolster für die mageren Jahre, Bildungspolitik eignet sich nicht, um dreimal, bitte sehr, dreimal in ein Sparpaket hineinverpackt zu werden. Dreimal mußte die Bildung herhalten bei diesem Sparpaket! Ich glaube, hier immer wieder den Rotstift anzusetzen, ist der falsche Weg. Es gibt Möglichkeiten in anderen Bereichen zu sparen. Bei Bildung darf nicht gespart werden, denn die Bildung bedeutet Zukunft. Denn irgendwann einmal, glaube ich, werden sich auch die Lehrer berechtigterweise wehren. Und wenn jetzt gesagt wird, Schulqualität ist wichtig, so meine ich, man braucht halt auch, um Schulqualität zu erhalten und zu garantieren, auch den motivierten und engagierten Lehrer, den braucht man halt dazu. Aber durch diese Sparmaßnahmen wird halt der Lehrer irgendwann einmal demotiviert und sagt, jetzt reicht's mir eigentlich, immer sind wir die Dummen. Und ich glaube, ihr werdet mir rechtgeben, daß es sehr viele engagierte Lehrer gibt und daß sehr viel investiert wird. Ich rede jetzt vom engagierten Lehrer, ich weiß, daß wir auch genug schwarze Schafe haben und Leute haben, die einfach nicht in den Lehrberuf gehören. Das sage ich auch ganz offen, überhaupt keine Frage, die haben ihren Beruf verfehlt, natürlich. Aber es gibt sehr viele engagierte Lehrer. Bitte, wieviel investiert ein Lehrer zur Vorbereitung einer Austauschaktion, einer Intensivsprachwoche, einer Sommersportwoche, einer Wintersportwoche? Wird da einmal gefragt in Wien, Herr Lehrer, wieviel haben Sie denn da eigentlich an Zeit aufgewendet? Wird da einmal gefragt, wieviel haben Sie denn daheim telefoniert? Da wird nie gefragt, das ist eine Selbstverständlichkeit. Daß da der Lehrer einmal sagt, Freunde, okay, ich habe es eh gerne gemacht, und ich mache es ja auch gerne, aber jetzt Stunde um Stunde aufzurechnen ist ungerecht. Ein

Beispiel, warum der Lehrer demotiviert ist. Jetzt ist es vorgesehen, daß, wenn der Lehrer eine zweitägige Exkursion vorbereitet – ich weiß, ihr habt die Nase voll, ich sage es aber trotzdem hier, vielleicht kriege ich eine kleine Zustimmung –, dann werden ihm diese zwei Tage, weil er nicht in der Schule ist, abgezogen. Er unterrichtet zum Beispiel zwanzig Stunden, an den beiden Tagen hätte er jeweils fünf Stunden unterrichtet, diese zehn Stunden werden ihm abgezogen. Nicht nur, daß er jetzt die Überstunde verliert, die er vielleicht noch hat, sondern wenn er am dritten Tag kommt, dann darf er den Rest der Woche diese zehn Stunden unbezahlt supplieren, Freunde. Ja bitte schön, das kann es ja wohl nicht sein. Er bereitet die Exkursion vor, das kostet viel Zeit, er führt sie durch, ist rund um die Uhr im Einsatz. Er muß ja auch die Damen und Herren am Abend betreuen, er muß seiner Aufsichtspflicht nachkommen, macht also viel mehr Stunden bei diesen zweitägigen Exkursionen, als er sie in der Schule gemacht hätte, und als Dank dafür zieht man ihm nicht nur diese Überstunden ab – es gibt eh keine Überstunden mehr –, sondern darüber hinaus muß er den Rest auf die 20 Stunden unbezahlt in der Woche supplieren. Nur ein Beispiel, Freunde. Und da würde ich halt auch meinen, daß man vielleicht da und dort um Verständnis bitten darf, weil ich glaube, man kann dieses Problem nur gemeinsam lösen. Und ich glaube auch, daß zur Schulqualität, zu einer guten Schule, halt drei Partner dazugehören, der motivierte Lehrer, der Schüler, aber auch die Eltern, die vielleicht auch die eine oder andere Problematik erkennen. Und wenn wir uns da vielleicht zusammentun und gemeinsam dieses Problem versuchen zu lösen, bin ich überzeugt davon, daß wir wieder zu einer guten Schule kommen und die Schulqualität erhalten bleibt. Ich weiß, keine Zustimmung, wie ich gesagt habe, aber ihr seht, es ist dann doch der Lehrer in mir ein bißchen durchgekommen. Ich habe viel Verständnis, wie gesagt, für Anliegen der Schüler und für die Probleme, die es gibt, und ich bin absolut für diese Schlichtungsstelle, die da angesprochen worden ist. Das Beste überhaupt, was da heute gekommen ist, eine außerschulische Schlichtungsstelle, weil es gibt halt auch Lehrer, die Schüler verfolgen, gar keine Frage. Höchste Zeit, daß ein Ombudsmann eingesetzt wird, d'accord – keine Frage. Aber ich würde auch bitten, daß man hin und wieder vielleicht auch Verständnis aufbringt für den zur Zeit da und dort demotivierten Lehrer. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ein zweites Mal zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Piffi-Percevic. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Moriz Piffi-Percevic (11.22 Uhr): In einigen Punkten haben Sie sicher recht. Auch wir Schüler und Schülervertreter halten die neuen Regelungen, wie auch Kollege Hartmann bereits erwähnt hat, nicht unbedingt immer für zielgenau. Aber Engagement darf nichts mit Geld zu tun haben. (Abg. Mag. Erlitz: „Ist eh nicht!“) Auch wir Schüler bereiten jeden Tag stundenlang vor, wir Schülervertreter noch mehr, und wir kriegen nichts bezahlt. Engagement hat mit Geld überhaupt nichts zu tun. Und für mich ist es auch okay, wenn die Lehrerschaft sagt, wir sind mit unserer Gehaltsregelung nicht einverstanden. Aber für mich ist es nicht okay, wenn die zwei Drittel Pflichtschullehrer in der Lehrerschaft, die AHSler

und BHSler über den Tisch ziehen, Zustimmungen gegeben werden und die Gewerkschafter untereinander nicht so ganz klarkommen, und ich habe geglaubt, ich darf unterschreiben, und dann hat es geheißen, ich darf nicht, und ich habe halt leider unterschrieben, und jetzt müssen wir halt etwas machen. Die Gewerkschaft kann auch gerne Maßnahmen setzen. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich bin kein Gewerkschafter!“) Das ist mir klar, aber Sie schlagen in die gleiche Kerbe. Die Gewerkschaft darf auch gerne mit dem Ministerium verhandeln und irgendwelche Maßnahmen diskutieren, daß sie ihr Geld wieder zurückkriegen und das Geld für die Mehrdienstleistungen, die nicht gehalten werden, wieder zurückkriegen, damit können wir sehr gut leben. Aber womit wir bitteschön überhaupt nicht leben können und womit auch die Politik nicht leben können darf, ist, daß uns Schülern – und auch bei uns gibt es den einen und den anderen engagierten – Sprachwochen gestrichen werden, Schikurse gestrichen werden, Sportwochen gestrichen werden und hier ein Konflikt, ein Gehaltskonflikt zwischen Lehrgewerkschaft und Ministerium, auf unsere Kosten ausgetragen, auf unserem Rücken ausgetragen wird. In den Medien wurde gestern viel berichtet über die tolle Leistungsschau in Wien von der Lehrerschaft, alle sind sie zu Wort gekommen, die Frau Unterrichtsminister, der Herr Hofrat. Aber es hat anscheinend die Politik und die Öffentlichkeit vergessen, daß dieser Konflikt nicht am Verhandlungstisch, sondern auf unserem Rücken ausgetragen wird, und damit können wir nicht leben. Auch wir glauben, daß die meisten Lehrer in Österreich sehr engagiert sind und daß Engagement und Leistung auch im Besoldungssystem gefordert werden muß. Das ist eine sehr, sehr alte Forderung der Schülervertretung. Aber wir werden sicher nicht akzeptieren, daß das auf unserem Rücken und auf unsere Kosten ausgetragen wird. Das Problem ist nur, wir können uns nicht wehren. Mein Kollege, der Killian, sagt immer, wenn wir sagen, wir machen einen Boykott und schreiben keine Schularbeiten mehr, dann ist das einzige, was passiert, daß wir lauter Fünfer kriegen, aber sonst nichts. Wir können uns nicht wehren, wir sind in dem Fall die Schwächsten, und auf unsere Kosten wird da ein Gehaltskonflikt ausgetragen. Und hier appelliere ich auch noch einmal an die steirische Politik, sich in Wien draußen aufzuregen, einzumischen und im Landesschulrat das Nötigste zu tun. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.25 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, für die parlamentarische Diskussion ist es sehr wichtig, daß nicht alle einer Meinung sind. Das macht die Sache umso spannender, und das ist auch der Sinn einer parlamentarisch-demokratischen Auseinandersetzung. Aus diesem Grund hat mir dieser Debattenbeitrag besonders gut gefallen.

Nunmehr erteile ich der Frau Abgeordneten Dietrich das Wort.

Abg. Dietrich (11.26 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Schülerinnen und Schüler!

Sie alle oder viele von Ihnen wissen es aus Erfahrungen am eigenen Leib, daß in der Schule ein enormer Leistungsdruck herrscht und daß die Lehrpläne, und ich glaube, das haben wir damals schon so empfunden und das werden auch Sie empfinden, gar nicht mehr dem angepaßt sind, was man sich als Schüler vorstellt oder was überhaupt für das weitere Leben gefordert wird.

Ich glaube, gerade für schwache Schüler ist es wichtig, daß es auch Fächer gibt, diese Kreativfächer, wo sie einmal gut sind, wo sie einmal Erfolgserlebnisse haben, wo sie die eigenen Fähigkeiten erkennen und auch fördern können.

Ich persönlich finde die ganzen Streichungen im Bildungsbereich, wie eben die Sportwochen und so weiter, und so fort, schlichtweg als eine Katastrophe. Auf der einen Seite streichen wir gerade Geld bei diesen Kreativfächern, und auf der anderen Seite wissen wir, daß weltweit bereits 5 bis 6 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Folgeschäden von Drogen ausgegeben werden. Experten wiederum sagen, die beste Prävention wäre, wenn man diese Kreativfächer an den Schulen weiterführen würde, weil da hätten die Schüler die Möglichkeit, ihr Interesse für verschiedene Sachen zu wecken, und nicht auf die schiefe Bahn zu kommen. Ich glaube, generell darf es nicht das Ziel unserer Schule sein, mit Wissen vollgestopfte menschliche Computer zu produzieren, sondern die Schule soll den Menschen mit Verstand und Bildung hervorbringen, aber auch kreative Menschen, die fähig sind, die Probleme der Zukunft – und die werden mit Sicherheit nicht leicht sein – zu meistern.

Es wurde von einem der Schüler angesprochen, wie wichtig es ist, moderne Kommunikationsmittel, wie Internet und vieles andere mehr, an den Schulen bereitzustellen.

Moderne Kommunikation, das ist ein Schlagwort, das sehr gut klingt. Ich glaube auch, daß das wichtig ist. Aber denken wir einmal daran, oft funktioniert ja bei vielen schon die herkömmliche, die traditionelle Kommunikation schon lange nicht mehr. Und wenn wir dann die Spiele anschauen, mit denen sich viele Schüler beschäftigen, von Nintendo beginnend bis zum Tamagotchi, so ist das der Weg in die Isolation und eigentlich die Vernichtung der herkömmlichen Kommunikation. Ich glaube, je schwerer die Zeiten werden, desto wichtiger ist es, daß man Verständnis füreinander hat und auch Solidarität miteinander hat.

Ihre Forderung nach der Einrichtung einer Beratungs- und Schlichtungsstelle für Lehrer, glaube ich, ist wohl mehr als gerechtfertigt, weil es gibt, und das wissen wir alle, noch immer Lehrertypen, die sich aufführen wie Gott Kupfer im „Schüler Gerber“, und die wirklich glauben, daß sie mit dem Schüler machen können was sie wollen. Und die Pragmatisierung in diesem Bereich ist mit Sicherheit kontraproduktiv, weil was kann einem Lehrer passieren, wenn er sich auf dem Schüler ausläßt, über die Eltern drüberfährt, er ist ja ohnehin pragmatisiert.

Ich kann mir vorstellen, daß Konsens über alle politischen Parteien hinweg in der Sache besteht, daß wir uns alle bemühen werden, dieser Forderung gerecht zu werden und die Beratungs- und Schlichtungsstelle so schnell als möglich zu installieren. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr erteile ich als vorläufig letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt dem Herrn Landesrat Dörflinger das Wort.

Landesrat Dörflinger (11.30 Uhr): Meine Damen und Herren!

Als ehemaliger Landesschulsprecher und als ehemaliger Bundesschulsprecher wäre ich jetzt natürlich sehr leicht dazu verleitet worden, mich da ein bißerl so

einzumischen, wie Sie es vielleicht von mir erwarten. Der Herr Bundesschulsprecher, mein Nachfolger – ich habe Ihren Namen jetzt vergessen –, hat gleich einmal zum Einstieg die Form gewählt, die immer die lässigste von allen ist – das haben wir auch so gemacht –, ich pracke einmal einem von da oben eine, nämlich die, die nicht da sind, weil dann kriege ich immer den Applaus! Ich habe Verständnis dafür, es ist auch die Schülervertretung ein bißchen eine Vorbereitung auf politische Tätigkeiten, die ich für sehr gut und positiv empfinde. Ich würde nur um eines bitten: Ich glaube, daß man das Rollenbild vom Politiker durchaus so oder so darstellen kann. Aber daß das wirklich eine Truppe von gelangweilten Typen ist, die gleich wieder abreißt, weil sie nichts anderes zu tun hat, würde ich dann doch nicht so darstellen. Und ich glaube durchaus, daß der Landesrat Pörtl, der Landesrat Paierl, der Landesrat Hirschmann dringend gebraucht werden, und ich weiß es ganz konkret vom Kollegen Ressel, wo jetzt fünf Bürgermeister draußen stehen, die ein Riesenproblem haben und dringend mit ihm reden müssen, weil sie nicht wissen, wie sie weitertun sollen. Ich glaube, daß man das akzeptieren soll. (Herr Killian Riedl: „Wir dürfen einmal in sechs Jahren im Landtag reden!“) Ich könnte es mir ja leicht machen und sagen, ich bin eh da, ich kümmere mich nicht darum, aber ich sage es, auch wenn es nicht besonders populär ist, daß es für die ja auch einen Grund geben kann, der ein wesentlicher ist, warum sie nicht da sind.

Was die ganzen Diskussionen betrifft, da sehe ich inhaltlich sehr, sehr viele Punkte, wo wir uns absolut finden können, aber ich glaube, lösen können wir das Ganze nur, wenn wir fragen, welche Aufgaben hat der Staat, und welche Aufgaben kann er erfüllen? Und solange wir eine Diskussion führen, die da heißt, weniger Staat, mehr privat, Budgetdefizit senken, Sparbudgets machen, Reduktionen, werden wir in jedem Bereich dazu kommen, daß es berechtigte Diskussionen gibt.

Die Frage, die Sie angeschnitten haben, Integration. Ich habe meinen Sohn in einer Integrationsklasse. Ich weiß, was das für eine Aufgabe ist, und ich weiß, wie dringend wir dort die Lehrer brauchen. Wenn es zum Schluß nicht mehr zum Bezahlen ist, weil das Geld nicht mehr da ist, muß die grundsätzliche Frage gestellt werden, sind wir bereit, für den Bildungsbereich mehr Mittel zu investieren? Und ich sage ja.

Ich sage aber noch etwas dazu. Die gleichen Fragen stellen sich nicht nur im Bildungsbereich, sondern genauso berechtigt in anderen Bereichen. Ich habe mir da aufgeschrieben:

Die Frage Sicherheit. Na selbstverständlich kann man heute nicht hergehen und sagen, wir sperren Polizeiwachzimmer zu, wir machen weniger Gendarmen, weniger Polizei. Im Gegenteil, es soll immer mehr sein. Das kostet auch mehr Geld.

Die Frage Umwelt: Wir werden zusätzliche Mittel, zusätzliche Maßnahmen brauchen.

Wirtschaftsförderung, Gesundheit – mein Bereich –, in den Spitälern. Niemand würde Verständnis dafür haben, wenn wir heute Spitäler zusperren. Das kostet aber auch Geld.

Ich möchte Sie bitten, das in der Gesamtheit einmal zu diskutieren und in der Gesamtheit zu sehen, welche Aufgaben hat der Staat, und welche Mittel ist der Staat bereit einzusetzen. Das ist der eine Punkt, über den ich bitte nachzudenken.

Der zweite Punkt, der mir auch auffällt, ich glaube, daß sozusagen das Fordern und das Sagen, da brauchen wir mehr, da brauchen wir mehr, und da brauchen wir mehr, legitim und berechtigt ist.

Einen Punkt möchte ich schon anführen, und das trifft alle, die heute da sind, ja nicht, weil Sie zeigen ja Engagement, Sie wollen ja mitreden, Sie wollen ja etwas sagen. Aber Sie werden selber merken in der Schule, wie schwer es ist, viele Leute dazu zu bewegen, da mitzudiskutieren und mitzumachen, zumindest war es in meiner Zeit so. Es ist durchaus ganz klaß, einmal einen Schulsprecher zu haben, der irgendwem einmal etwas hineinsagt, aber wenn es dann darum geht, den auch zu unterstützen, ein bißchen nachzuziehen, ein bißchen mitzumachen, sind es in der Regel wenig. Und ein bißchen mehr an Eigenaktivität muß man von allen Bürgern und auch von den jungen Leuten fordern. Da gibt es viele Beispiele, wie man das anders machen könnte. Aus meiner Sicht bitte ich darum zu diskutieren, was soll der Staat, was soll er nicht, brauchen wir Geld, und wenn wir mehr Geld brauchen, heißt das auch, daß der Staat das aufbringen muß. Und das Zweite ist, ein bißchen mehr an Eigeninitiative und ein bißchen mehr an Mittun, nicht nur von den paar, die hier sitzen, sondern von den vielen, die wahrscheinlich jetzt sagen, was werden die jetzt dort tun, und was werden die dort reden, und Schulsprecher sind in Wirklichkeit auch nur jene, die sich ein bißchen wichtig machen wollen. So beliebt ist ja diese Gruppe bei den Schülern auch nicht immer, wie man glaubt.

Ich danke euch, daß ihr so mitmacht, und wäre froh, wenn wir auch in anderer Form diese Diskussion weiterführen könnten. Danke! (Beifall. – 11.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich die Frau Abgeordnete Zitz zu Wort gemeldet. Das Rednerpult gehört ihr für einige Minuten.

Abg. Mag. Zitz (11.35 Uhr): Ich heiße Edith Zitz, ich bin Landtagsabgeordnete von den Grünen seit ungefähr zweieinhalb Jahren und habe heute eigentlich vorgehabt, mich nicht zu Wort zu melden und mich auch nicht zu dem Gruppenfoto zu stellen, das in der Früh gemacht wurde. Und zwar deswegen, weil es mir aufgefallen ist und mich gestört hat, daß in der ersten Reihe die Politiker gesessen sind. (Abg. Dr. Lopatka: „Nein, ich bin hinten gestanden!“) Oder sagen wir, die prominenteren ÖVP-Politiker.

Aber, sehr geehrte Anwesende, und ich verspreche, daß ich hier im Raum niemand mit „sehr geehrte Schülerin“ oder „sehr geehrter Schüler“ anrede, weil mich das in meiner Schulzeit immer selbst ziemlich gestört hat. Die Regierungsbank ist jetzt ziemlich leer – das ist vorher erwähnt worden. Und es ist schlichtweg eine Frage der Macht, wer wann jemand zuhört. Und ich glaube einfach, in dem Moment, in dem man es schafft einmal, als Schülerin, Schüler oder Jugendlicher in diesen Landtag zu kommen, zwingt ihr uns automatisch, uns mit euren Anliegen auseinanderzusetzen. Das, was ich aber trotzdem gemerkt habe, ist, daß der Austausch nicht wirklich gut läuft. Das, was vorher passiert ist, von jeder Partei im Landtag kommt eine Person heraus und sagt, daß ihr ganz, ganz tolle Ideen habt.

Ich finde, einige von diesen Ideen sind durchaus kritisch zu hinterfragen, und ich möchte das jetzt ganz kurz machen. Ich glaube, daß eine Schulausbildung, die rein in Richtung Berufsausbildung geht, nicht der richtige Weg

ist. Weil dann frage ich mich, wofür braucht man dann eine Schullandwoche oder eine Sportwoche? Ich halte das für ziemlich kritisch. Und ich möchte einfach davor warnen, weil man dann genau das Terrain aufmacht für die Leute, die sagen, naja, in der Schule soll man nur das lernen, was man im Job direkt braucht. Und die Sachen, die kontroversieller sind, die spannend sind, wo dann auch Konflikte entstehen, die werden in der Schule eigentlich nicht mehr diskutiert.

Zweiter Punkt noch. Die diversen Sparpakete, und die erwischen viele Jugendliche, die es hier nicht in diesen Saal geschafft haben. Es gibt in der Steiermark einen Jugendwohlfahrtsbeirat, und da ist eines der Themen genau die Jugendlichen, deren Familien unter der Armutsgrenze sind, die in der Schulklasse auch meistens ziemlich am Rand stehen und nicht unbedingt in höhere Klassen- oder Schulsprecherehren aufsteigen können. Ich denke mir, diese Sparpakete sind ganz bewußt von den Fraktionen, den Parteien beschlossen worden, die da in den Landtag und ins Parlament gewählt worden sind. Jeder von denen, der heraußen war, hätte da dagegenstimmen können.

Und noch ein letzter Punkt. Ich denke mir, es gibt ziemlich viele Leute, junge Leute, die engagiert sind, aber denen man das Engagement entweder gar nicht abnimmt oder denen man es gar nicht zutraut, sich überhaupt zu engagieren. Und ich möchte jetzt ganz bewußt etwas ansprechen. Es war zu diesem Jugendlandtag eine Partei eingeladen, die mir ideologisch nicht unbedingt sehr nahesteht. Und zwar die Kommunistische Jugend Österreichs, und diese jungen Leute hätten hier gerne teilgenommen mit Meinungen, die teilweise meine sind, teilweise überhaupt nicht meine sind, und es ist eigentlich schade, daß diese Gruppe hier nicht auch sprechen hat können. Unabhängig davon, was ich von deren ideologischer Ausrichtung halte, ist das etwas, was ich einfach bedauerlich finde.

Und euch wünsche ich noch gute Nerven mit uns Politikern und Politikerinnen, und kommt bitte nicht nur in den Schülerlandtag, sondern nehmt auch sonst Kontakt mit uns auf. Und zwar nicht immer in der Form, daß man sagt, die sind super, und auch nicht in der Form, daß wir Watschen kriegen. Ich wünsche mir da irgendein Mittelding. Danke schön! (Beifall. – 11.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Damit, meine Damen und Herren, ist die Diskussion zum Punkt 1 der Tagesordnung durchgeführt. Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

2. Bericht des Ausschusses für Jugend und Recht.

Berichterstatter ist der Schüler Philipp Reif. Er hat das Wort für den Bericht.

Herr Philipp Reif (11.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg möchte ich noch kurz den Vorwurf zurückwerfen, als die Frau Abgeordnete uns vorher als Tamagotschi- und Nintendo-Generation abgetan hat. Weil ich glaube, alleine die Tatsache, daß wir heute dasitzen und daß dieser Landtag stattfindet, ist schon Beweis dafür, daß dies nicht der Fall ist.

Wir haben uns in diesem Ausschuß mit dem Thema Jugend und Recht auseinandergesetzt und haben uns Gedanken gemacht, wo an der Rechtslage in Österreich etwas nicht stimmt und wie wir es verändern könnten. Wir haben klare Prioritäten gesetzt und haben aus einer Reihe von Themenbereichen, die unserer Meinung nach verbesserungswürdig sind, jene ausgesucht, die uns am wichtigsten sind beziehungsweise die unserer Meinung nach am weitesten an der Realität vorbeigehen.

Größten Wert legen wir auf den Themenbereich Jugendschutzgesetz. Ohne Zweifel das in unserer Gruppe am intensivsten diskutierte Thema, was teilweise natürlich auch auf die unklaren beziehungsweise undurchschaubaren Formulierungen zurückzuführen ist. Deshalb fordern wir für Jugendliche, die keine besondere Erfahrung im Lesen von Gesetzestexten haben, eine Version des Jugendschutzgesetzes, die leicht lesbar und verständlich ist. Prinzipiell erachten wir die neue Vorlage des Jugendschutzgesetzes als eine Verbesserung gegenüber dem Vorgängermodell. Wir begrüßen daher diese Vorlage in ihrer Gesamtheit, haben allerdings immer noch einige Punkte gefunden, die unserer Meinung nach geändert werden sollten. Zwei Änderungsansätze sind zum Beispiel die Ausklammerung von jugendlichen Müttern aus dem Jugendschutzgesetz und das Rauchen ab 15.

Der zweite Themenschwerpunkt war die Wahlaltersenkung auf das 16. Lebensjahr und Politische Bildung an Schulen. Wir sprechen uns prinzipiell für eine Wahlaltersenkung auf das 16. Lebensjahr im kommunalen Bereich und auf Landesebene aus. Als sinnvolle Voraussetzung dafür erachten wir aber die Einführung eines Pflichtfaches Politische Bildung. Und das speziell im AHS-Bereich, weil in den anderen Schultypen ein Pflichtfach Politische Bildung, wenn auch in abgeänderter Form, ja bereits besteht. Durch dieses Fach soll in erster Linie die Jugend wieder für Politik interessiert werden, und die Jugendlichen sollen erfahren, was es überhaupt heißt, in einer Demokratie zu leben und welche Rechte und Pflichten damit verbunden sind. Dann ist unserer Meinung kein stichhaltiges Argument mehr vorhanden, das gegen eine Wahlaltersenkung sprechen könnte.

Zum Thema Führerschein bei Auto und Moped haben wir zwei konkrete Forderungen erarbeitet. Das erste zum Thema Moped ist eine Generalisierung für alle Jugendlichen, daher eine Absenkung vom 16. Lebensjahr auf das 15. Lebensjahr, da für manche Jugendliche der Erwerb des Mopedscheines bereits mit 15 Jahren möglich ist. In bezug auf den B- beziehungsweise A-, B-Führerschein fordern wir prinzipiell eine klare Aufklärung der neuen Prüfungsbedingungen.

Unser nächster Themenschwerpunkt war, ich nenne es einmal das Personentransportangebot in der Nacht und hier speziell am Wochenende. Auch hier sind wir der Meinung, daß es krasse Mißstände gibt, die aufgeklärt werden sollten. Es kann unserer Meinung nach nicht erstrebenswert sein, wenn von der Stadt subventionierte Unternehmen, wie zum Beispiel das Grazer Gasttaxi mit seinen undurchschaubaren beziehungsweise konfuse Zonenregelungen, teilweise höhere Fahrpreise erzielt werden als bei normalen Taxiunternehmen. Daher fordern wir eine vernünftige Preisregelung oder alternativ dazu ein Nachtbusssystem.

Unser letztes Thema, aber nicht minder wichtig, haben wir „Toleranz gegenüber Homosexuellen“ genannt. Wir sind der Meinung, daß Informationsstellen für Jugendliche und jugendliche Homosexuelle im Sinne des „feel free“ eingerichtet werden sollen, die den Jugendlichen helfen sollen, mit ihrer Sexualität umgehen zu lernen beziehungsweise Informationen für betroffene Eltern anbieten. Weiters soll an Schulen verstärkt über Homosexualität aufgeklärt werden. Wir sind der Meinung, daß dies der einzige und der richtige Weg ist, Vorurteile gegenüber Homosexuellen abzubauen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt 2 insgesamt acht Wortmeldungen vor. Es hat sich am Schluß der Debatte zu Punkt 1 schon ein gewisses Wechselspiel zwischen Pro- und Kontrarednern ergeben, das hat die ganze Sache unmittelbarer und eigentlich spannender gemacht. Vielleicht können wir dieses parlamentarische Wechselspiel auch bei diesem Tagesordnungspunkt so fortführen. Das hieße, daß jetzt – wenn möglich – nicht die Schüler in einem Block von eins bis acht hier aufmarschieren und am Schluß dann die Politiker in einem Block und noch dazu das letzte Wort haben, sondern ich würde die Kolleginnen und Kollegen aus dem Politikerkreis allenfalls ersuchen, wenn sie mit irgendetwas nicht einverstanden wären, sich ad hoc zu melden. Man kann natürlich auch mit etwas einverstanden sein und es zum Ausdruck bringen und möglicherweise sogar seine Unterstützung zusagen. Das wollte ich anregen, vielleicht gelingt es ein bißchen.

Erste Rednerin ist nach meiner Liste die Schülerin Karolina Steiner. Sie hat das Wort.

Frau Karolina Steiner (11.46 Uhr): Liebe Mitschülerinnen und Mitschüler, hoher Landtag, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Wie mein Vorredner schon erwähnt hat, haben wir einige Vorschläge zur Reform am Jugendschutzgesetz.

Der erste Punkte wäre zur Information. Die Frage ist, wo bekommt man das Gesetz, wo bekommt man Informationen darüber? Deshalb wäre es ein Vorschlag von uns, daß das Gesetz an allen Schulen aufliegen soll und daß man zum Beispiel Kurzinformationen jedes Jahr an einer AHS in der 3. Klasse macht oder diese zumindest angeboten werden.

Weiters haben wir uns überlegt, daß man die Erlaubnis für den Konsum von Tabakwaren vom 16. Lebensjahr auf das 15. Lebensjahr herabsetzt, da ich gehört habe, daß man das Jugendschutzgesetz der heutigen Gesellschaft anpassen will, und ich muß leider sagen, daß die heutige Gesellschaft schon so ist, daß die Jugendlichen schon sehr früh zu rauchen beginnen.

Weiters ist es im Jugendschutzgesetz so geregelt, daß verheiratete Jugendliche und Jugendliche, die dem Bundesheer angehören, sowie auch Zivildienstler, Erwachsenen gleichgestellt werden, und nicht mehr unter das Jugendschutzgesetz fallen. Deswegen ist es uns ein Anliegen, daß auch jugendliche Mütter, mit zum Beispiel 16 Jahren, auch Erwachsenen gleichgestellt werden, und nicht mehr unter das Jugendschutzgesetz fallen sollen, da diese eigentlich mehr Verantwortung zu tragen haben als zum Beispiel verheiratete Jugendliche.

Ich hoffe, daß diese Vorschläge zur Kenntnis genommen werden, da uns das Jugendschutzgesetz wirklich sehr am Herzen liegt. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die nächste Wortmeldung liegt vom Schüler Christian Weinmüller vor. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Christian Weinmüller (11.48 Uhr): Liebe Mitschülerinnen und Mitschüler, hoher Landtag, Frau Landeshauptmann!

Ich werde die Rede meiner Vorrednerin fortsetzen und noch ein paar weitere Vorschläge zum Thema „Jugendschutzgesetz“ vorbringen.

Die ersten Paragraphen, denen ich mich zuwenden möchte, sind die Paragraphen 5 und 6, betreffend die längsten Aufenthaltszeiten für allgemein zugängliche Orte und Lokale. Derzeit ist es im Vorschlag des Jugendschutzgesetzes so geregelt, daß man auf allgemein zugänglichen Plätzen oder Straßen oder ähnlichen Orten eine Stunde länger sich am Abend aufhalten darf, als dies in Lokalen erlaubt ist. Unsere Meinung ist, daß frei zugängliche Orte um einiges gefährlicher sind, unter Anführungszeichen natürlich, als dies in Lokalen der Fall ist, und deshalb sollten diese Aufenthaltszeiten an die in den Lokalen angeglichen werden.

Weiters kommt in diesem Vorschlag der Ausdruck „Tagesbar“ vor, der eigentlich nicht erklärt wird, wo der Aufenthalt für Jugendliche unter 18 Jahren verboten ist. Unserer Meinung nach sollte dieser Begriff zuerst einmal genau erklärt werden. Wir haben uns selber darüber Gedanken gemacht, und haben uns darunter vorgestellt, daß eine Tagesbar ein Café mit einer Theke und alkoholischem Ausschank ist, die von vormittags bis nachts geöffnet hat. Sollte dies der Wahrheit entsprechen, ist unser Vorschlag, daß wir eine Senkung von 18 auf 16 Jahren bewirken, da dies, wie schon vorher gesagt, der heutigen Gesellschaft angeglichen wäre.

Zu einem weiteren Paragraphen, den wir uns überlegt haben, der Nummer 17, also Folgen für Jugendliche bei Übertretung des Jugendschutzgesetzes.

Unsere Meinung ist, daß wir bei der ersten Übertretung des Jugendschutzgesetzes nur eine Verwarnung ausgesprochen bekommen sollten und erst bei der zweiten Übertretung wirklich Geldstrafen zu bezahlen hätten, weil Jugendliche eben jung sind und von der Landesregierung eine Unterstützung beim Finden der Regeln unserer Gesellschaft erhalten sollten.

Abschließend noch zur Verwendung der Gelder, die durch diese Strafen eingehen.

Wir hätten vorgeschlagen, daß diese für die Informationstätigkeiten, die vorhin von der Karo angesprochen wurden, verwendet werden oder eben für Jugendprojekte, die sowieso an chronischem Geldmangel leiden. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.51 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ad hoc zu diesem Thema zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (11.51 Uhr): Das Liberale Forum hat im Herbst vergangenen Jahres auch eine Novelle zum Jugendschutzgesetz eingebracht. Es finden zurzeit Parteienverhandlungen statt.

Ich möchte jetzt kurz auf ein paar Punkte eingehen, die hier angesprochen worden sind.

Speziell was die Information betrifft, glauben wir auch, daß da großer Handlungsbedarf wäre, weil wir im Zuge unserer Recherchen und Vorbereitung auf diese Novelle immer wieder damit konfrontiert worden sind, daß viele Jugendliche eigentlich nicht genau wissen, welche Rechte – ich sage Rechte bewußt an erster Stelle – und welche Pflichten sie mit dem Jugendschutzgesetz haben.

Deshalb sagen wir in unserem Gesetzesvorschlag, daß es eine allgemeine Informationspflicht geben sollte, und zwar vor dem Ende der allgemeinen Schulpflicht, weil sich auch die Altersgrenzen auf das 14. oder 15. Lebensjahr nach unten beschränken. Da wäre eben die Möglichkeit, daß man die Jugendlichen, bevor sie aus der allgemeinen Schulpflicht austreten, auch speziell über die Rechte und Pflichten, die sie mit dem Jugendschutzgesetz vorgelegt bekommen, informiert.

Was die Senkung des Tabakkonsums oder auch des Alkoholkonsums betrifft, muß ich sagen, haben wir in unserem Vorschlag drinnen, daß die Grenze 16 Jahre sein sollte. Wir haben darüber auch im Jugendwohlfahrtsbeirat ausführlich diskutiert. Wir sind dieser Meinung, auch wenn die Richtung dahin geht, daß Jugendliche mit 14 oder 12 zum Rauchen anfangen oder daß Lehrlinge in den freien Stunden zwischen den Dienstzeiten auch Alkohol zu sich nehmen. Das ist natürlich menschlich. Wenn zum Beispiel ein Maurerlehrling, wenn es besonders heiß ist, einen Durst hat, dann wird es sich nicht vermeiden lassen, ein Glas Bier zu trinken, nur sagen wir, daß das Gesetz sich nicht in dem Maß an die gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen sollte, sondern eine andere Richtungsweisung anzustreben ist. Das heißt, daß man das schon ein bißchen unterbinden und die Jugendlichen darauf aufmerksam machen kann.

Was die Sozialleistungen betrifft, sind wir der Meinung, daß es in erster Linie sinnvoll wäre, Jugendlichen nicht Geldstrafen aufzuerlegen, weil die ja meistens oder fast immer die Eltern bezahlen. Wir sind der Meinung, daß Jugendliche zu Sozialleistungen herangezogen werden sollen, und nicht zu Sozialleistungen, die vorgegeben werden, sondern zu solchen Leistungen, die sich dann die Jugendlichen aussuchen können, zum Beispiel Mithilfe bei Sportveranstaltungen, bei Institutionen, denen sie sich dann vielleicht auch anschließen können und wo sie durch diese Leistungen vielleicht draufkommen, aha, das macht mir Spaß, da möchte ich mich weiter engagieren. Das ist der Sinn dahinter, daß wir sagen, Geldstrafen nein, und eher zu Sozialleistungen tendieren.

Ich möchte jetzt noch kurz zu dem Sammeltaxi in Graz etwas sagen, das vorher auch angesprochen worden ist. Das Problem mit den Subventionen und Kosten ist natürlich ein großes.

Ich möchte jetzt aber auf den ländlichen Bereich eingehen. Da sind die Jugendlichen noch mehr damit konfrontiert, daß sie am Abend nicht wissen, wenn sie in eine Disco gehen und um zwei Uhr nach Hause gehen oder um ein Uhr – jetzt muß ich aufpassen bei den Ausgehzeiten nach dem neuen Jugendschutzgesetz, daß ich da nichts übertrete –, wie sie nach Hause kommen.

In Leoben wird es so sein, daß sich die Jugendlichen an einem bestimmten Ort treffen können, um ein Uhr zum Beispiel, und daß sie dann eben gemeinsam mit dem Taxi nach Hause fahren können. Und gerade bei einer Veranstaltung bin ich draufgekommen, daß in Salzburg große Probleme vorherrschen, weil diese Sammeltaxis oder diese Taxis, die sich für Jugendliche engagieren, eine große Konkurrenz zu den normalen Taxis darstellen und diese Initiativen dann leider immer wieder unterbunden werden. Danke. (Beifall. – 11.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, da wir bei der Vorbereitung der Landtagssitzung im allgemeinen auch bemüht sind, Themen zusammenzufassen und ein Thema dann komplex zu behandeln, frage ich jetzt zwischendurch, ob sich eine der folgenden Wortmeldungen noch auf das Thema Jugendschutzgesetz bezieht, ich würde diese Wortmeldung dann vorziehen. Ja. Die Frau Abgeordnete Reinprecht. Sie hat das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (11.57 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Kurz zum Jugendschutzgesetz. Wir können uns der Meinung anschließen, die hier vertreten wurde, daß bei einer ersten Verwaltungsübertretung Jugendliche nur eine Verwarnung erhalten. Dazu ist übrigens noch zu sagen, daß die Geldstrafe für uns ohnehin das letzte Mittel ist, daß Sozialarbeit im Gesetz geregelt ist, daß Jugendliche keine Geldstrafe im Gesetz, sondern ihre Übertretung sozusagen pädagogisch büßen, wenn ich diesen scharfen Ausdruck verwenden darf. Was die Informationspflicht betrifft, auch die ist gesetzlich geregelt im neuen Entwurf, und wir würden gerne die Teilnehmer am Schülerlandtag einladen, sich die Entwürfe unserer Informationsbroschüren, wenn sie fertig sind, anzusehen, weil Jugendliche sicher besser als wir beurteilen können, was Jugendliche anspricht. Auch daß das Jugendschutzgesetz klar und einfach formuliert ist, diesem Wunsch sind wir nachgekommen. Ich bin nicht Juristin, und ich muß sagen, das neue Jugendschutzgesetz ist eines der wenigen Gesetze, die klar und verständlich sind und die auch ich auf Anhieb sofort verstanden habe. (Schüler: „Für Politiker vielleicht auf Anhieb verständlich!“) Nein, es ist wirklich leicht und verständlich formuliert. Haben Sie es gelesen? (Schüler: „Nein, ich habe es noch nicht gelesen!“) Schauen Sie es sich an, ich gebe Ihnen einen Entwurf.

Was die jugendlichen Mütter betrifft, so muß ich sagen, daß nach dem Jugendschutzgesetz verheiratete Jugendliche oder jene, die den Zivildienst oder den Militärdienst ableisten, Erwachsenen gleichgestellt sind. Wir müssen uns hier an bundesrechtliche Bestimmungen halten. Wie Sie wissen, können wir auch Landesgesetze nicht nur so gestalten, wie es vielleicht unseren Wünschen entspricht, sondern wir müssen hier auch bundesgesetzliche Vorschriften berücksichtigen.

Was die Ausgehzeiten anbelangt, möchte ich sagen, auf den ersten Blick erscheint es sehr logisch, was der Schüler hier gesagt hat, aber dieses Gesetz wurde unter Mithilfe von Jugendlichen ausformuliert und gestaltet. Es waren mehrere Male Jugendliche aus Graz, aus Mureck und aus Kapfenberg geladen. Wir haben gemeinsam mit diesen Jugendlichen das Gesetz formuliert und auch ihre Wünsche berücksichtigt, und daß die Ausgehzeiten länger

sind an sogenannten frei zugänglichen Orten hat den Grund, daß die Jugendlichen gewünscht haben, daß sie nicht ständig, wenn sie zum Beispiel ins Kino gehen, einen Ball besuchen oder eine Veranstaltung besuchen, darauf angewiesen sind, daß sie abgeholt werden. Sie wollen dann auch allein, selbständig, ohne Eltern oder andere Erziehungsberechtigte, sich auch nach Hause bewegen können. Das war der Hintergrund, aber dazu ist zu sagen, daß das Jugendschutzgesetz ja derzeit partei-verhandelt wird. Es wird sicher noch einige Änderungen geben, aber ich hoffe, daß es im großen und ganzen so bleibt, wie wir es vorgeschlagen haben, denn es ist vermutlich Pionierarbeit in der Gesetzgebung, daß wir wirklich die Betroffenen einbezogen haben, und viele Jugendliche waren der Meinung, sie sollten auch bei anderen sie betreffenden Gesetzen in der Art und Weise eingebunden werden, wie wir es hier getan haben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall. – 12.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr geht es wieder weiter in der Reihenfolge, wie sie mein Drehbuch enthält. Nächster Redner ist der Schüler Maximilian Richter. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Maximilian Richter (12.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrter Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zuerst möchte ich mich einmal bedanken, daß Sie, Frau Landeshauptmann, noch als einige der wenigen uns noch Gesellschaft leisten. Danke.

Unsere Arbeitsgruppe hat sich mit Politischer Bildung und Wahlaltersenkung befaßt. Ich bin der Meinung, daß die Politische Bildung Hand in Hand mit der Wahlaltersenkung gehen sollte, da sie eine sinnvolle Voraussetzung für die Senkung auf 16 Jahre darstellt. Wir haben uns das so vorgestellt, daß man in den allgemeinbildenden höheren Schulen in den 4. und 5. Klassen, in der Hauptschule in der 4. Klasse, dieses Thema behandeln sollte. An der Spitze steht natürlich, daß auf die Parteipolitik nicht eingegangen werden sollte. Das versteht sich von selbst. Die Politische Bildung als Fach sollte in zwei Blöcke geteilt werden. Der erste Block sollte den Demokratieaufbau, die Verfassung und die Europäische Union behandeln.

Ich stelle mir das so vor, daß man vielleicht über die Gemeinde etwas erfährt, über den Stadtrat, über den Stadtsenat, welche Rechte hat der Landtag, welche Gesetze bringt der Nationalrat ein und beschließt sie auch, natürlich auch die Europäische Union wäre da zu nennen, das Parlament und die Kommissäre.

Später im zweiten Block sollte auf die Parteienlandschaft in Österreich selbst eingegangen werden. Das wären eben die Geschichte, die Programme, Ziele und Vertreter der Parteien, die in Österreich an der Macht sind.

Ich bin relativ kurz. Abschließend möchte ich sagen, daß die Einführung der Politischen Bildung als Fach die Möglichkeit bietet, Geschichte und Geographie zu entlasten, damit sich diese wieder auf die eigentlichen Themen der Lehrstoffe konzentrieren können, und bietet weiters die Möglichkeit, daß die Politikverdrossenheit bei der Jugend sinken kann. (Allgemeiner Beifall. – 12.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es hat sich, wenn ich das richtig vernommen habe, vorhin ein zaghafter Versuch eines Applauses gerührt. Also es darf auch applaudiert werden, es muß nicht applaudiert werden. Gepfiffen sollte eher nicht werden.

Nächste Rednerin ist die Schülerin Lisa Mittischek. Sie hat das Wort.

Frau Lisa Mittischek (12.03 Uhr): Sehr geehrte Anwesende!

Ich spreche über das Thema der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre, was uns ein wichtiges Anliegen ist und Hand in Hand mit dem Fach Politische Bildung als Pflichtfach in den Schulen gehen sollte. Wir fordern das anfangs auf kommunaler und auf Landesebene und dann später vielleicht auch auf Bundesebene, aber darum geht es jetzt eigentlich nicht. Es geht uns um Mitbestimmung, weil schließlich ist es ja auch unsere Zukunft. Und ich denke, daß man mit 16 Jahren alt genug ist, um sagen zu können, was man für die Zukunft will, und um mitbestimmen zu können. Im Moment ist es ja so, daß die Politikverdrossenheit unter den Jugendlichen ziemlich groß ist, denn wozu soll man sich engagieren, wenn man ohnedies nicht das Recht hat, irgend etwas mitzureden und mitzubestimmen, und wenn man auch nicht wählen kann. Die Politik ist auch überhaupt nicht jugendbezogen, und wenn man ab 16 wählen gehen dürfte, würde mehr Gewicht auf die Jugend gelegt werden.

Da ist für mich auch ein Beispiel die letzte Gemeinderatswahl im Jänner 1998 mit 40 Prozent Nichtwählern. Langfristig könnte man das sicherlich senken, wenn man ab 16 wählen gehen könnte und dadurch auch wieder das Interesse wecken würde. Die Jugend ist auch noch aufgeschlossener als vielleicht ältere Generationen, und ich glaube, wir gehen mit weniger Vorurteilen an die Dinge, die wir tun, heran als ältere Menschen.

Und deshalb frage ich mich, wie hätte das Gentechnikvolksbegehren 1997 oder das Tierschutzvolksbegehren 1996 ausgesehen, wenn man ab 16 Jahren das Recht gehabt hätte, zu unterschreiben? Die Jugend ist auch schon alt genug, um arbeiten zu gehen, vielleicht eine Lehrstelle anzufangen und sich dadurch zu binden. Wir können auch mit dem Moped fahren, und wir haben total viel Verantwortung für uns selber und auch für andere, und deshalb frage ich mich, warum nicht auch wählen?

Deshalb appelliere ich an eine Wahlaltersenkung auf 16 Jahre. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Kurt Hohensinner. Ich erteile es ihm.

Herr Kurt Hohensinner (12.06 Uhr): Sodawasser! Werter Landtag! Liebe Mitschüler! Liebe Jugend!

Ich habe heute das Thema „Nacht- und Personentransport“. Es betrifft natürlich die ganze Steiermark. Aber ich will konkret auf das Beispiel Graz eingehen, weil ich schon des öfteren zum Genuß gekommen bin, einfach einen Fußmarsch nach Hause anzutreten, weil ich die Straßenbahn um 24 Uhr versäumt habe. Es passieren zig Unfälle nach 24 Uhr mit Moped und Auto, und diese Unfälle hätten unter Umständen durch eine Nachtbusaktion vielleicht verhindert werden können.

Jetzt frage ich den Hohen Landtag, was ist wichtiger? Gesundheit und Sicherheit oder finanzielle Mittel? Es ist auch die Kriminalität am Heimweg ein Thema, speziell für Frauen. Kurz möchte ich ein paar Zahlen nennen, und zwar, wenn ich nach Andritz nach Hause fahre mit dem Taxi, zahle ich 140 Schilling. Das ist eigentlich schon für einen Schüler sehr unzumutbar. Das Gasttaxi, das die Grazer Stadt unterstützt, wirbt für die Jugend, ist das Gasttaxi da, so kommt die Jugend günstig und gesund nach Hause. Aber das stimmt ja nicht. Günstig, das ist ein vollkommener Blödsinn. Wenn ich nach Hause nach Andritz fahre, durchfahre ich vier Abteilungen, Zonen, und jede Zone kostet 25 Schilling. Das kostet mich 100 Schilling nach Hause. Wenn ich jedoch zu zweit fahre, was sicher viele Jugendliche machen, mit Freunden nach Hause fahren, dann zahlen die – bitte – 200 Schilling. Das ist viel zuviel. Das kostet mehr als ein Taxi, und deswegen ist das Gasttaxi sowieso so, wie es jetzt ist, total hinfällig, total nicht realitätsnah. Die GVB wollte ja eigentlich den Tarif sogar erhöhen auf 21 Schilling, und für die Jugend ist sie nicht da. Wahrscheinlich hat der Chef der GVB in seiner Jugend am Hauptplatz gewohnt und hat keinen weiten Nachhauseweg gehabt. Bürgermeister Alfred Stingl hat in einem Schreiben geschrieben, über Mitternacht hinaus sollten Jugendliche ohnedies nicht mehr unterwegs sein. Jetzt frage ich mich, ist der Bürgermeister Stingl in Graz zu Hause oder denkt er etwas realitätsfremd? Und außerdem dürfen Jugendliche nach dem Jugendschutzgesetz am Nachhauseweg bis ein Uhr auf der Straße angetroffen werden, und das neue Jugendschutzgesetz wird diese Zeitspanne noch nach hinten verlegen. Es gibt ein Konzept für einen solchen Nachtbus. Das ist so, daß da vier Busse in der Nacht unterwegs sind. Wir fordern natürlich nicht, daß die jetzt irgendwie wie die Straßenbahn die ganze Nacht durchfahren, sondern wir wollen eine Lösung, daß die einmal so um halb zwei oder zwei in alle Richtungen, in alle Himmelsrichtungen ausfahren.

Es gibt ein Konzept, und zwar sind das 1,8 Millionen, was das betragen würde. Und da frage ich noch einmal, was ist wichtiger: Sicherheit oder die Finanzierung? Wir fordern, daß das Gasttaxi niedrigere Tarife bekommt oder ein solches Nachtbusssystem. Und eine Frage habe ich noch, wo Landesrätin Rieder ist, die eigentlich für die zwei vorigen Punkte Schule und Jugendschutzgesetz zuständig ist. Es ist eigentlich aus meiner Sicht ein bißchen ein Witz, daß sie nicht da ist. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Um die Frage des Redners zu beantworten, die Frau Landesrätin Rieder hat sich entschuldigen lassen, weil sie in einer sehr wichtigen Funktion tätig ist und daher an dem heutigen Jugendlandtag nicht teilnehmen kann. Jugend ist sehr wichtig, es ist aber nicht so, daß das, was hier gesagt wird, nicht das Ohr der Frau Landesrätin erreichen wird. Wir werden selbstverständlich, es sind ja Vertreter aus allen Fraktionen hier, den Regierungsmitgliedern, die ja auch heute ihres Amtes walten müssen, entsprechende Informationen weiterleiten. Und Sie können beruhigt sein, das, was Sie hier gesagt haben, wird sie sicherlich erfahren.

Als nächste zu Wort gemeldet ist Fräulein Birgit Spann. Fräulein Spann hat verzichtet.

Als nächste zu Wort gemeldet ist Fräulein Elisabeth Grangl, die ebenfalls Schülerin ist. Dann erteile ich ihr das Wort.

Frau Elisabeth Grangl (12.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Landtag! Liebe Schülerinnen und Schüler!

Meine Wortmeldung bezieht sich auf den Mopederschein und Führerschein A und B. Unter gewissen Voraussetzungen darf der Mopederschein schon im Alter von 15 Jahren gemacht werden. Dafür ist aber ein psychologisches Gutachten notwendig. Wir fordern die Abschaffung des psychologischen Gutachtens und daß alle 15jährigen den Mopedführerschein machen dürfen.

Zum Autoführerschein: Es ist teilweise unverständlich, wie Gebühren beim Autoführerschein bestimmt sind. Die Prüfungsgebühr ist ein Beispiel dafür. Wenn man in der Führerscheinprüfung theoretisch durchfällt, darf man zur praktischen Prüfung nicht mehr antreten. Bei der nächsten Prüfung muß man dafür, daß man nicht antreten durfte, die Hälfte der Gebühr noch einmal bezahlen.

Meine nächste Frage ist, was versprechen Sie sich vom Computerführerschein? Wir leben in einer Zeit, wo von Fairneß gesprochen wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es fair ist, wenn man noch mehr Gebühren zahlen muß und wenn die Durchfallsquote höher wird. Ich bitte nun um Aufklärung der Führerscheingesetze. (Allgemeiner Beifall. – 12.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Will jemand von den Regierungsmitgliedern dazu Stellung nehmen? Frau Landeshauptmann, danke vielmals!

Landeshauptmann Klasnic (12.13 Uhr): Direkt zum Führerscheingesetz und zum Grüß Gott in der Verbindung möchte ich sagen, es ist ein Bundesgesetz, und wir alle haben das Gefühl gehabt, das, was in Kraft getreten ist, und besonders der Verkehrsreferent hat es auch in der Regierung vor einigen Wochen angesprochen, ist in der Form nicht zumutbar. Landesrat Ressel hat mit den steirischen Fahrschulen Kontakt aufgenommen, aber ich sage Ihnen zusammenfassend eines dazu: Auf der einen Seite sind es die Kosten, wo ich euch wirklich verstehe, auf der anderen Seite legen wir aber alle besonderen Wert darauf, daß im Sinne der Sicherheit die beste Ausbildung gegeben sein muß. Ob die Computerlösung die einzige ist, und nicht die Praxis, der Alltag und der Direktverkehr, auch eine große Rolle spielen, ist ein zweites Thema. Wir stellen Ihnen aber gerne all das an Unterlagen zur Verfügung. Und vielleicht sollte man mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, das diesen psychologischen Test abnimmt, auch einmal zu einer Gesprächsrunde der Jugend einladen, daß man darüber redet, was ist notwendig. Denn ich kann mir die Frage schon vorstellen, daß ein 15jähriger sagt, warum muß ich einen psychologischen Test machen? Mit welcher Voraussetzung gehe ich in das ganze hinein? Es gibt ganz sicher auch einen anderen Weg. Und an den Schulen gibt es ja so etwas wie Verkehrserziehung. Das heißt, daß es nicht so sein soll, wie es jetzt ist, da habt ihr recht. Man muß einen Weg suchen.

Zweiter Teil, und ich möchte das in einem machen: Ich habe mich in der ersten Runde nicht gemeldet, möchte euch in der Frage der Schlichtstelle voll und ganz

unterstützen. Der Kollege Erlitz hat es angesprochen, und ich werde beim nächsten Gespräch mit dem Landesschulrat das Thema anreden und werde versuchen, mit meiner Kollegin, der Frau Landesrätin Dr. Rieder, einen solchen Weg vorzugeben und ihn vorzubereiten. Gleichzeitig sage ich dazu, daß Sie es wissen, daß all das, das angesprochen wird, nicht nur von den Damen da vorne mitgeschrieben wird, sondern das Stenogramm wird auch dann dem Landesschulrat zur Verfügung gestellt, und es muß einiges daran geändert und vor allem dargestellt werden, was gemeint ist und was wir tun können.

Die Lesbarkeit des Jugendschutzgesetzes: Ich sage Ihnen ehrlich, und es klingt jetzt wahrscheinlich komisch, wenn es der Landeshauptmann sagt, Gesetze haben es in sich, daß sie auch oft für Politiker, die sich lange damit beschäftigen, nicht lesbar sind, das heißt, vollste Unterstützung. Fünf Punkte, zehn Punkte, wie immer sie sind, aber ich bin überzeugt, daß es gelingt, auch eine solche Fassung darzustellen. Es kommt ja nicht auf die Länge eines Gesetzes an, sondern es kommt auf den Inhalt an.

Dann gab es die Wortmeldung der Wahlaltersenkung. Die Steiermark war immer schon ein Bundesland, das in der Demokratie und in der Politik an Reformen einige Schritte voraus gewesen ist – österreichweit, ob das jetzt der Landesrechnungshof war, ob es das Volksrechtegesetz war, ob es die neue Landtagsgeschäftsordnung war, die bei uns seit 1. Jänner 1998 in Kraft ist, oder ob es die Politikerbezugspyramide war. Ich selbst kann mir vorstellen, daß wir vielleicht auch das erste österreichische Bundesland sein könnten, in dem man auf Gemeindeebene, also dort, wo man den Menschen auch sehr nahe ist, mit 16 Jahren mitwählen kann. Wir werden uns bemühen, und es gibt einen Ausschuß, der eingesetzt ist und schon tagt, daß wir mit den Fraktionen einen Weg finden, daß wir in dieser Form einen Schritt weiter sind. Ich sage dazu, daß ich überzeugt bin, daß die Jugendlichen es auch in Anspruch nehmen, nicht nur, weil sie unvoreingenommen sind, sondern weil es ihre eigene Zukunft ist. In diesem Sinn glaube ich, daß es gut ist, daß es einen Jugendlandtag gibt, und es sollte ihn daher auch öfter geben, weil wir sitzen nicht umsonst da. Wir werden mithelfen, daß es ihn öfter gibt, weil ihr ihn braucht und wir ihn auch wollen. (Allgemeiner Beifall. – 12.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Landeshauptmann für die Ausführungen. Ihr könnt daraus ersehen, auch aus dem Umstand, daß hier über jedes gesagte Wort Protokoll geführt wird und jeder Abgeordnete es dann bekommt, daß diese Dinge, die hier besprochen werden, auch in die Diskussionen in den Unterausschüssen und in den Ausschüssen mit einfließen werden und daß nichts von dem, was hier von eurer Seite aus gesagt wird, verlorengeht. In diesem Sinne bitte ich auch, das Ganze zu verstehen. Jetzt ist der Schüler Stefan Slabschi am Wort.

Herr Stefan Slabschi (12.17 Uhr): Sehr geehrter Landtag, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Mein Thema ist „Toleranz gegenüber den Homosexuellen“. Viele Jugendliche können gerade im ländlichen Bereich mit ihrer Homosexualität nicht um-

gehen oder trauen sich auch nicht, weil ihr Umfeld zu wenig oder gar nicht darüber informiert ist. Viele Menschen glauben auch heute noch, daß es sich hierbei um eine Krankheit handelt, die früher oder später hoffentlich abklingen wird. Darum ist es wichtig, die Stellung der Homosexuellen in der Gesellschaft zu verbessern, indem man mehr informiert, zum Beispiel durch Aufklärung, die schon in der Schule beginnt, auf sachlichem und neutralem Standpunkt durch Beratungsstellen mit hauptberuflichem kompetentem und geschultem Personal im Sinne des „feel free“, das leider zu wenig offen hat. Diese Stellen sollten a) für alle zugänglich sein und flächendeckend errichtet werden, b) helfendes Outing, Hilfe für betroffene Eltern und c) vor allem Gesetzesaufklärung bieten – und unter Gesetzesaufklärung fällt leider auch noch der in Österreich vorhandene Paragraph 209. Leider gibt es steiermarkweit nur eine solche Stelle. Diese befindet sich hier in Graz. Da diese aber nicht steiermarkweit tätig sein kann, wäre es erforderlich, sie auch im ländlichen Bereich einzurichten, um eine gute Betreuung zu gewährleisten. Da diese Aufklärung der Menschen aber eine Arbeit ist, die nicht von heute auf morgen erledigt werden kann, ist es notwendig, so bald als möglich damit zu beginnen, um das Klischeebild des Homosexuellen zu beseitigen. Es ist nun an der Zeit, die Augen zu öffnen und Homosexuelle als einen Teil der Gesellschaft anzuerkennen. (Allgemeiner Beifall. – 12.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Lopatka (12.19 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, liebe Schülervertreterinnen, liebe Schülervertreter!

Ich möchte in aller Kürze zu einigen Punkten, die hier angesprochen worden sind, Stellung nehmen und darf gleich direkt bei meinem Vorredner beginnen. Ich glaube, es gibt in unserer Gesellschaft Bereiche, wo man einfach auch Geduld haben muß und Erwachsenen und bestimmten Gruppen in der Gesellschaft Zeit geben muß, daß sie bei Änderungen mitgehen können. Man darf nicht zu sehr darauf drängen, daß etwas sofort umgesetzt wird, weil man dann Minderheiten, und die Gruppe der Homosexuellen ist eine dieser Minderheiten, nichts Gutes tut. Aber es ist wichtig, daß auch von hier aus dieses Thema angesprochen wird.

Der zweite Punkt, den ich für ganz wesentlich halte: Wenn der Schülerlandtag zu Ende ist, dann wird man sich fragen, was hat das Ganze eigentlich bewirkt? Jetzt sind wir hier ein paar Stunden zusammengesessen, ein paar Regierungsmitglieder haben Zeit gehabt, andere haben sich entschuldigen lassen, und dann gehen wir wieder zur Tagesordnung über. Es gibt einen Punkt, der euch ganz konkret betrifft, und das ist das Jugendschutzgesetz. Wir haben bei der letzten Parteienverhandlungsrunde verlangt, bevor dieses Gesetz beschlossen wird, daß ihr gehört werdet. Ich möchte euch dazu ganz konkret etwas anbieten: Am 20. Mai sind eure Landesschulsprecher, Killian Riedl, Moriz Piffel-Percevic – der Bundesschulsprecher – und auch Christoph Brücher und ein Vertreter vom Landesjugendbeirat eingeladen, uns konkret eure Vorstellungen zu präsentieren. Das ist jetzt sehr leicht von mir gesagt, weil ihr werdet

auch unterschiedliche Auffassungen haben, wie es tatsächlich geregelt sein soll. Ich weiß nicht, wie ihr das bis zum 20. Mai organisieren könnt, daß wir klar hören, was eure Vorstellungen sind. Wir können es heute nicht besprechen, aber es könnte ein Ergebnis der heutigen Veranstaltung sein, daß ihr euch außerhalb dieses ehrwürdigen Raumes zusammensetzt und dann mit konkreten Vorstellungen kommt. Ich kann euch versprechen, daß unsere Fraktion erst dann die Zustimmung zu diesem Gesetz geben wird, wenn wir tatsächlich ausführlich eure Meinung gehört haben. Es wird unendlich schwer sein, auch bei euch zu einer einheitlichen Meinung hier zu kommen. Die Zeit drängt, denn das alte Jugendschutzgesetz ist sicherlich eines, das eben schon zu alt ist und veraltet ist – das zu diesem Punkt.

Ein weiterer Punkt, und der ist auch schon von der Frau Landeshauptmann angesprochen worden: Wir Steirer sind zu Recht darauf stolz, daß wir in einzelnen Bereichen Vorreiter waren. Wir waren auch das erste Bundesland, wo man mit 18 Jahren wählen konnte. Ich hoffe, daß wir auch das erste Bundesland sind, wo wir es auf kommunaler Ebene schaffen, mit 16 Jahren wählen zu dürfen. Wir werden uns hier sehr anstrengen. Das Wahralter wäre aber viel zuwenig, wenn dann auch nicht die Bereitschaft von der Jugend da ist, hier tatsächlich einzusteigen. Und hier, und das möchte ich abschließend sagen, bitte ich euch, mich nicht falsch zu verstehen. So brav, wie ihr hier dagesessen seid, so brav sitzen nicht einmal die alten Landtagsabgeordneten – und ich gehöre noch zu den jüngeren Abgeordneten, obwohl ich eigentlich auch schon ein alter bin. Vielleicht seid ihr auch nicht richtig informiert worden, denn ich bin vorher kritisiert worden, als ich es gewagt habe, zweimal bei der Abgeordneten Edith Zitz zwischenzurufen. (Schülerin: „Nein, das war die Art, wie Sie es gemacht haben!“) Das ist leider meine Art. (Abg. Mag. Zitz: „Wir sind ein eingespieltes Duo!“) Danke Edith, daß du mir hilfst. Davon lebt auch der Landtag, und er wird dadurch lebendiger, weil sonst ist es so fad. Es muß aber nicht so ausarten, wie es manches Mal hier bei uns im Landtag ist, wo man sich anflegelt. Aber in dem Fall war es kein Anflekeln, sondern wir sind es gewohnt, daß es ein bißchen lebendiger ist. Um die Mittagszeit werden dann die meisten müde, und wir sind jetzt so um die Mittagszeit. Ich wollte euch nur sagen, vielleicht schaut ihr euch einmal eine Landtagssitzung an, bei der es ein bißchen lebendiger zugeht als hier bei der Jugend, obwohl wir eigentlich viel älter sind und ihr die Jungen seid. Das wollte ich euch nur sagen. Bei der verbleibenden Debatte sagt es ruhig ganz offen. Ich glaube, das ist nicht nur ein Vorrecht der Jugend, sondern das macht auch diesen Landtag hier lebendig. Und so soll auch der Schülerlandtag mit einem lebendigen Eindruck dann, vom Resümee her, in Erinnerung bleiben. Beim Jugendschutzgesetz bitte ich euch ganz konkret, uns die Vorschläge zu sagen, damit wir dann tatsächlich wenigstens in dem Punkt etwas machen können, wo die Jugend dann sagen kann, da haben wir etwas erreicht. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht hat sich nochmals zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (12.25 Uhr): Lieber Kollege Lopatka, wie du weißt, wurden beim Jugendschutzgesetz sehr viele Jugendliche eingebunden. Ich habe aber natürlich nichts dagegen, wenn das noch einmal passiert.

Ich habe mich aus einem anderen Grund ad hoc zu Wort gemeldet, weil ich zum Thema Homosexualität etwas sagen möchte. Österreich ist neben Großbritannien das einzige Land, wo es unterschiedliche Schutzalterbestimmungen für homosexuelle und heterosexuelle Menschen gibt. Diese unterschiedlichen Schutzalterbestimmungen wurden von der EU-Menschenrechtskommission als menschenrechtswidrig klassifiziert. In Großbritannien wird das heuer noch aus diesem Grund geändert. Wie Sie vielleicht wissen, haben auch wir diese unterschiedlichen Schutzalterbestimmungen weg haben wollen, haben aber im Parlament leider dafür keine Mehrheit gefunden.

Wir haben auch im Steiermärkischen Landtag bei den Parteienverhandlungen zur Petition der homosexuellen Menschen keine Mehrheit finden können, landesgesetzliche Bestimmungen, die homosexuelle Menschen diskriminieren, wegzubekommen. Und da sehen Sie auch, wie schwierig es in der Politik ist, wenn man etwas will, wenn man etwas haben will, wenn man etwas anderes haben will, muß man leider oder Gott sei Dank Mehrheiten haben. Und in diesem Falle haben wir keine finden können. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es liegen zu diesem Punkt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, und daher kommen wir zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Jugend und Wirtschaft.

Berichtersteller ist der Schüler Stefan Friedrich, dem ich das Wort erteile.

Herr Stefan Friedrich (12. 26 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Hoher Landtag!

Es freut mich, die Ehre zu haben, über den Ausschuß Jugend und Wirtschaft Bericht erstatten zu dürfen. Vor allem deshalb, weil in diesem Ausschuß nicht nur das Engagement gestimmt hat, sondern so, wie ich meine, unser Programm sehr interessante Punkte für uns alle beinhaltet. Okay, Jugend und Wirtschaft! Was ist Wirtschaften? Wirtschaften ist nicht nur das Holen eines Frank Stronach in die Oststeiermark, das Heranziehen von Millionen- oder Milliardenaufträgen aus Asien für die Elin, es ist auch nicht nur das Entstehenlassen eines Österreichringes in der Obersteiermark, nein, Wirtschaften ist auch das Finden der Wurzeln dieses Erfolges, warum es zu diesen wirtschaftlichen Erfolgen überhaupt kommen konnte.

Womit wir beim Thema Schule, Bildung und Jugend wären. So stand im Mittelpunkt unseres Interesses die Frage, wie kann man einen Jugendlichen ökonomisch gewinnbringend in ein Unternehmen mit einbeziehen, das diese Ökonomie auf die gesamte Wirtschaft und auf Landesebene weitertragen kann? Zu diesem Thema haben wir uns in den letzten Tagen und Wochen sehr viel Gedanken gemacht und haben – wie gesagt – so, wie ich glaube, sehr interessante Punkte gefunden. Um einen einigermaßen Ausgleich in diesen drei Schultypen zu

finden, haben wir das Thema auf die Bereiche AHS – allgemeinbildende höhere Schulen –, berufsbildende mittlere Schulen und Berufsschulen aufgeteilt. Wir haben uns überlegt, was können wir machen, um die AHS in ein Wirtschaftssystem mit einbeziehen zu können, um diesen Jugendlichen ein praxisorientiertes, selbständiges Wirtschaftsdanken vermitteln zu können, um in diesem doch sehr stark bestehenden europäischen grenzenlosen Wirtschaftssystem bestehen zu können. Wir haben bemerkt, es gibt ein Berufsinfo, wie auch heute schon von einem anderen Ausschuß vorgetragen, jedoch sehr oft zu einseitig, zu wenig und oft zu spät, so daß viele Schüler in einem Maturajahrgang zum Entschluß kommen, daß diese Ausbildung für sie doch nicht die richtige war – Punkt eins.

Punkt zwei: Wie beziehe ich nun diese Jugendlichen in die Wirtschaft ein? Wir haben uns überlegt, es gäbe vielleicht die Möglichkeit, einen Maturanten, einen Schüler eines 7. oder 8. Jahrganges zu Sprachlehrern, zu Naturwissenschaftslehrern von Anfängergruppen auf Instituten auszubilden. Dies würde nicht nur inhaltlich diesem Schüler sehr viel bringen, sondern auch die psychologischen Werte vermitteln lassen, um später in der Wirtschaft bestehen zu können.

Im Bereich BHS geht es uns vor allem um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Schulen. Es würde den Vorteil bringen, daß Betriebe die Jugend, ihre zukünftigen Mitarbeiter, kennenlernen können und umgekehrt, die Jugend den Betrieb.

Unser zweiter Punkt im Bereich BHS gilt dem Bereitstellen einer zweiten lebenden Fremdsprache an HTLs. Es sollte jedem Schüler möglich sein, sollte er die zeitlichen Rahmenbedingungen dafür vorfinden, eine zweite lebende Fremdsprache in allen Schulen unterrichtet zu bekommen.

Im Bereich Berufsschulen liegen unsere Hauptaugenmerke bei den Punkten flexiblere Arbeitszeiten, Änderung der Schutzvorschriften und ein Thema, das sich nennt „Berufsschüler für Berufsschulen“. Diese drei Punkte beruhen auf der Idee, man sollte Lehrlinge für Unternehmer, für Betriebe attraktiver machen, um bestehende Lehrstellen wirklich ausnützen zu können. Flexiblere Arbeitszeiten vor allem im Bereich Gastronomie, um dem Arbeitgeber die Möglichkeit zu geben, seine in Ausbildung stehenden Schüler, Lehrlinge auch an Tagen einzusetzen, wo es gewinnbringender wäre.

Schutzvorschriftenänderungen: Jeder Lehrling sollte die Möglichkeit haben, bereits zu Beginn des ersten Lehrjahres seine Fähigkeiten absolut in den Betrieb einzubringen und somit den Umgang mit – ich sage einmal – schwereren Geräten oder das Herumkraxeln auf Gerüsten jetzt zu Beginn zu lernen, weil er dann später tagtäglich damit umgehen muß. Und Berufsschüler produzieren für Berufsschüler, das ist eine Idee, daß jeder Berufsschüler die Möglichkeit haben sollte, auf Werkvertragsbasis die Ressourcen seiner Berufsschule dafür zu nutzen, um für andere Berufsschulen zu produzieren. Es würde den Vorteil bringen, daß Berufsschulen günstig zu qualitativ hochwertigen Produkten kommen können und Berufsschüler ihre praxisorientierte Ausbildung fortsetzen können.

So, ich möchte jetzt nicht mehr so lange reden, weil unsere sieben Teammitglieder, die sich so gut auf diese sieben Punkte vorbereitet haben, schon darauf brennen, die Punkte vorzubringen. Ich möchte nur noch sagen, daß

diese Punkte möglicherweise eine Richtung wären oder ein Anfang wären in die richtige Richtung, den es gelte fortzusetzen. (Allgemeiner Beifall. – 12.33 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen. Wir kommen nun in die Debatte. Zu Wort gemeldet hat sich Maximilian Mazelle. Ich erteile es ihm.

Herr Maximilian Mazelle (12.33 Uhr): Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Liebe Mitdelegierte!

Meine Gruppe und ich haben uns die Frage gestellt, wozu Berufsorientierung beziehungsweise warum verstärkt Berufsorientierung an Schulen, insbesondere dann natürlich an der AHS? Es ist einmal so, daß es heute viel schwieriger als – ich sage einmal – vor zehn Jahren für den Schüler ist, seinen Interessen und Neigungen nachzukommen. Der Schüler von heute muß sich etliche Fragen stellen, die im Unterricht, so wie er heute besteht, meiner Meinung nach viel zu wenig erörtert werden. Er muß sich überlegen, gehe ich in eine BHS, mache ich die AHS-Matura, dann muß ich überlegen, habe ich bei diesem Arbeitsplatz, den ich anstrebe, überhaupt eine Chance, ihn auch zu bekommen? Wird von mir Praxiserfahrung erwartet? Will ich ein Studium machen? Will ich ein Kurzstudium machen, ein Doppelstudium? Will ich vielleicht eine Fachhochschule besuchen? Er muß auch überlegen, ob er vielleicht ein Jahr ins Ausland gehen muß, um seinen Job ergreifen zu können. Er muß sich auch mit der gesetzlichen Lage befassen. An Hand dieser Fülle von Problemen, die auf den Schüler von heute zukommen, sieht man eindeutig, daß er eine Hilfestellung braucht. Es gibt seit 1989 ein Projekt an einigen Schulen, das ihm diese Hilfestellung ab der vierten Schulstufe geben soll. Leider beruht es noch auf freiwilliger Basis. Es sollte theoretisch auch an jeder Schule einen Lehrer geben, der für Berufsinformation verantwortlich ist. Inwieweit dieser Lehrer aber seiner Verantwortung nachkommt, sei jetzt dahingestellt. Es gibt jetzt Gott sei Dank eine neue Regelung, die die Berufsinformation an der Schule betrifft. Man spricht dabei von einem Pflichtfach an der Schule, das in der vierten Schulstufe des Gymnasiums eingebracht wird. Es sollen in diesem Fach folgende Fragen behandelt werden:

Es sollen Betriebsausflüge – also Ausflüge in Betriebe – unternommen werden, und es sollen Besuche beim Arbeitsmarktservice und bei der Wirtschaftskammer erfolgen. Also all das sollte in diesen Bereich fallen. Meiner Meinung nach wäre es jetzt aber sinnvoller, wenn man diesen Schritt auf jeden Fall in die richtige Richtung getan hat, nicht alle sieben Tage eine Stunde in der vierten Schulstufe zu halten, sondern 14tägig in der vierten, dafür die ersparten Stunden in der siebenten beziehungsweise in der achten des Gymnasiums einzubringen. Somit wäre den Maturanten geholfen. Ich brauche mir zur Zeit nur meine Klasse anzuschauen. Ungefähr die Hälfte der Schüler wissen noch nicht, was sie nach der Matura machen wollen, ob sie studieren wollen, ob sie vielleicht doch einen anderen Weg einschlagen wollen. Anhand dieser Punkte sieht man ganz eindeutig, daß Förderung von Berufsinformation an der Schule äußerst wichtig ist. Ich hoffe und bitte, daß diese in den richtigen Bahnen nach richtigen Richtlinien erfolgen wird. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Schüler Ronald Kiss. Ich erteile es ihm.

Herr Ronald Kiss (12.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Hoher Landtag, liebe Mitdelegierte!

Wir haben uns in unserer Gruppe Gedanken darüber gemacht, wie man die AHS praxisbezogen und berufsorientiert gestalten könnte. Wir haben dabei als Lösungsvorschläge ausgearbeitet, daß zum Beispiel Maturanten oder Schüler als Sprachkursleiter für den zweiten Bildungsweg fungieren oder Übersetzungsarbeiten für Institute übernehmen oder, da ja auch ein Schwerpunkt der AHS in den Naturwissenschaften liegt, mit der chemischen Industrie verstärkt zusammenzuarbeiten. Ich habe mir dann erlaubt, am WIFI in der Wirtschaftskammer und bei verschiedensten Instituten Informationen darüber einzuholen, ob diese Vorschläge auch in die Realität umzusetzen wären. Ich habe dabei einen typisch österreichischen Marathon zwischen Schalter und Büros erlebt. Die Informationen waren am WIFI, daß man für Sprachkurse eher auf Sprachstudenten zurückgreifen möchte, da diese auch oft die Pädagogik dabei haben und somit besser mit den Menschen umgehen könnten. Es gebe genügend arbeitslose Sprachlehrer und Akademiker, die ein höheres Know-how im Sprachbereich als Schüler besitzen. Sprachinstitute bevorzugen sowieso Akademiker, da man eine Topqualität bieten will. Deshalb leisten sich diese Institute Akademiker. Die Wirtschaftskammer hat mir die Information gegeben, daß ein direkter Einstieg in die chemische Industrie ohne Studium nur in Form eines Lehrberufes möglich ist, aber es gebe die Möglichkeit, daß die chemische Industrie in Form der jetzt stattfindenden Chemieolympiade Versuchsmittel zur Verfügung stellt und in Absprachen mit Direktoren Exkursionen in chemische Betriebe veranstaltet werden.

Im großen und ganzen bin ich an den ganzen Instituten und Kammern zum abschließenden Eindruck gekommen, daß Anliegen von Jugendlichen auf Ablehnung stoßen, und großteils wird Eigeninitiative von Jugendlichen zwar toleriert, aber kaum akzeptiert. (Allgemeiner Beifall. – 12.39 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist Alexander Gottinger. Er ist ebenfalls Schüler.

Herr Alexander Gottinger (12.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Vesko, sehr geehrte Frau Landeshauptmann Klasnic, liebe Mitschüler und Mitstreiter!

Es gibt mehrere Themen, die in der heutigen Zeit immer wichtiger werden, so zum Beispiel auch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft. Es schaut momentan so aus, daß diverse Schulen bereits miteinander eine Art „Praxisaustausch“ betreiben, wie zum Beispiel die HTBLA oder auch die Bulme. Das schaut so aus, daß die HTL zum Beispiel fällige bauliche Arbeiten in den einzelnen Bulme-Abteilungen durchführt, und im Austausch dazu führt die Bulme diverse Arbeiten für die HTLs durch – sprich Maschinenbaubereich, Reparaturen an kaputten Maschinen, das betrifft auch den Elektrotechnikbereich und EDV-Bereich. Das wird alles von den einzelnen Zweigen der Bulme installiert. Die HTLs sowie die Bulme haben bereits einen teilweise praxisorientierten Unterricht und haben auch diverse private und

auch öffentliche Auftraggeber, wie zum Beispiel das Österreichische Bundesheer, für das die HTL schon mehrmals Überlager produziert hat, oder die Bulme durfte zu diversen Baustellen kommen. Sonst kann man feststellen, daß es kaum eine Zusammenarbeit zwischen den Schulen untereinander gibt.

Für die Wirtschaft ist eine Zusammenarbeit mit den Schulen im großen und ganzen eher unluokrativ, da eben auf Grund der unfertigen Ausbildung der einzelnen Schüler ein gewisses Know-how fehlt und auch nicht das nötige Fachpersonal zur Betreuung gegeben ist, das diese Leute eben ständig kontrollieren könnte. Es geht der Wirtschaft nur darum, ob die Arbeit, die jetzt verrichtet wird, produktiv oder uneffizient ist. Es gibt auch kaum eine Zusammenarbeit in bezug auf die Ferialpraxis – das ist heute schon mehrmals angesprochen worden. Die Schüler müssen sich immer wieder selbst bewerben. Es wird an manchen Studienrichtungen beziehungsweise Schultyprichtungen verlangt, daß eine Ferialpraxis durchgeführt wird. Die meisten Schüler werden oft abgelehnt. Man braucht zumindest zehn Ablehnungen, um von dieser Ferialpraxis befreit zu werden. Das heißt, daß die Schüler dann meistens nur durch die „Freunderlwirtschaft“ zu einer Ferialpraxisstelle kommen und diese dann auch durchführen können. Eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist diesbezüglich meistens nur durch Eigeninitiative der Schüler möglich. Es hilft auch gar nichts, wenn jetzt einzelne Firmen, zum Beispiel Baufirmen, diverse Vertreter in die Schulen schicken, um dort über ihre Produktbeschreibungen zu referieren. Das allein kann es ja auch nicht sein. Im großen und ganzen ist eine Zusammenarbeit für die Wirtschaft deshalb unluokrativ, weil ein zu hoher Kostenaufwand dadurch entstehen könnte.

Wir haben uns vom Ring Freiheitlicher Jugend natürlich Gedanken darüber gemacht, wie man zu einer besseren Zusammenarbeit unter Umständen kommen könnte. Was könnte man hier machen? In erster Linie einmal freiheitliche Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Schulen. Dies sollte ein Beitrag zur Ausbildung der Schüler sein, um spätere Absolventen in die jeweiligen Berufsbereiche einzuarbeiten und sie später infolge dessen anzuwerben. Dadurch könnte man sicher eine bessere Produktivität der Wirtschaft gewährleisten. Man sollte überhaupt insofern ein Pilotprojekt durchsetzen beziehungsweise durchführen, um dadurch auf bestehende Probleme, die entstehen könnten, aufmerksam zu werden. Man sollte vielleicht auch schauen, daß man eine Reduktion der anfallenden Kosten, die der Wirtschaft dadurch entstehen, durch eine geschickte Landes- und Bundespolitik erwirken könnte. Vielleicht könnte man hier doch etwas machen.

Was auch ein sehr wichtiger Aspekt sein könnte oder sicher ist, ist eine bessere Vermarktung der Schulen. Die meisten Schulen verkaufen sich meiner Meinung nach nicht richtig. Man sollte viel mehr auf Werbung gehen, man sollte auch an diversen Ausschreibungen, die von diversen Baufirmen gemacht werden, durch Befähigung verschiedener Fachleute aufgefordert sein, dort auch mitmachen zu können, um in der Beziehung zur Wirtschaft lukrativer auftreten zu können. Man sollte vielleicht auch ein Leitmotiv finden, daß man eben durch Fähigkeit Interesse wecken kann. Die Schulen selbst sollten auch mehr um die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im eigentlichen bemüht sein, da dadurch das eigene Image

aufgewertet werden könnte. Natürlich wäre es auch nicht schlecht, wenn die Firmen selbst aus eigenem Interesse Ferialpraktikanten aufnehmen würden, um diese dann in bestimmten Bereichen zu nutzen. Man sollte überhaupt einmal anfangen, und da sollte man einen Konsens finden, eine Einigung beider Seiten zu finden, wo vielleicht dann in der Mitte als Vermittler die Landes- beziehungsweise die Bundespolitik steht. Ich sage danke für eure Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 12.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (12.45 Uhr): Liebe Jugendliche!

Erlaubt mir, daß ich zu diesem Thema nur eine entscheidende Frage in den Raum stelle, die mich besonders beschäftigt und die sehr schwer zu beantworten ist, obwohl sie natürlich unsere Zukunft und unser Handeln bestimmt. Wenn man die Frage stellt nach der Ausbildung in der Schule, die auf das Leben vorbereiten soll, und hier die Frage sich stellt, Schule und Wirtschaft, so stellt ihr euch wahrscheinlich unter Schule – und auch die Eltern und ich selbst habe auch schulpflichtige Kinder – die Frage, welche Qualitäten, welche Eigenschaften, welche Qualifikationen werden in der Schule gelehrt, und wie weit werden diese Qualifikationen in der Wirtschaft gebraucht, und welchen Stellenwert nimmt heute die Wirtschaft ein? Und wenn ich nicht nur Wirtschaftszeitungen oder Wirtschaftsbereiche in den Zeitungen durchlese, das habe ich auch der Wortmeldung vorher entnommen, so stellt sich immer wieder die Frage nach dem Profit, nach den wirtschaftlichen Erfordernissen. Wir umschreiben auch die Tatsache, daß Menschen ihre Existenz verlieren, ihren Arbeitsplatz verlieren, auch junge Menschen, damit, daß man sagt, es müssen Arbeitsplätze oder Menschen freigesetzt werden.

Aber welche Qualifikation wird in der Wirtschaft gefordert und wie weit dient die Wirtschaft dem Menschen? Ist dort Ellbogentechnik gefragt, ist dort der Egoismus gefragt, ist dort gefragt, daß der Stärkere den Schwächeren besiegt, und ist damit das, was wir in der Schule lernen und auch lernen sollten, Solidarität, die Bereitschaft zu teilen, die Bereitschaft, aufeinander einzugehen, die Bereitschaft, miteinander gewisse Anstrengungen zu unternehmen, ist diese Fähigkeit auch in der Wirtschaft gefragt? Oder ist in der Wirtschaft, wenn man es global betrachtet, nur mehr gefragt, daß der Stärkere, der wirtschaftlich Potentere überlebt? Ist es so, daß derjenige, der in der Schule ein gewisses Qualifikationserfordernis mitbekommt, daß der auch in der Wirtschaft Erfolg hat oder im Leben damit Erfolg hat, oder läuft er Gefahr, wenn er jene Eigenschaften aufweist, die so landläufig als Solidaritätseigenschaften bezeichnet werden, daß sie dort nicht gefragt sind?

Und ein Letztes, was wir auch überwinden müssen. Wir haben hochqualifizierte Schülerinnen und Schüler, eine hochqualifizierte Ausbildung in vielen Bereichen, und die Frage stellt sich dann, wie weit diese Ausbildung gefragt ist.

Und ein Zweites, ein konkretes Beispiel, das auch Ihnen begegnen wird und für das ich auch keine Antwort weiß. Wenn jemand dann die Schulausbildung hinter sich hat, dann versucht er, in das Berufsleben und Wirtschaftsleben

einzusteigen. Dann ist es immer wieder die Frage nach der Berufserfahrung, die gestellt wird, wobei andererseits wieder, wenn ein junger Mensch keine Chance bekommt, diese Berufserfahrung zu erfahren, daß er dann eben keinen Posten bekommt. Also diese zwei Fragen, auf der einen Seite, wie komme ich zur Erfahrung, daß ich in dieser Wirtschaft mich durchsetzen kann, wie schaffe ich das, und zum Zweiten, welches Menschenbild, welche Eigenschaften, welche Qualifikationen werden in der Wirtschaft gefordert? Ich persönlich bin sehr deprimiert darüber, daß ich den Eindruck gewinne, daß die Zukunftsentwicklung der Wirtschaft eher in die Richtung geht, daß Ellbogentechnik, Egoismus und der Kampf des Stärkeren gegen den Schwächeren dort Platz greifen, und nicht Eigenschaften, die wir in der Schule auch besonders betonen sollten und die auch im Leben für ein gedeihliches Zusammenleben notwendig sind, dort besonders gefragt sind. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 12.50 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist Stefan Kerschnigg. Er ist Schüler.

Herr Stefan Kerschnigg (12.50 Uhr): Ich begrüße Sie alle recht herzlich und hoffe, Sie haben genug Sitzfleisch.

In meiner Arbeitsgruppe „Jugend und Wirtschaft“ habe ich mir den Gedanken gemacht, wie schaut es in den HTLs mit der Sprachbildung aus. Es ist in HTLs nur Pflicht, eine einzige lebende Fremdsprache zu lernen, nämlich Englisch. Und daher fordern wir die Einführung eines Freigegegenstandes in jeder Schule, der angeboten werden muß und in dem eine zweite lebende Fremdsprache unterrichtet werden muß. Diese Forderung begründet sich darauf, daß es Schülern, die in der Lage sind, diese zusätzliche Belastung zu bewältigen, möglich sein muß, diesen Fremdgegenstand zu besuchen, daß jeder Absolvent einer allgemeinbildenden höheren Schule bereits zwei Fremdsprachen als Pflichtfach hat und dies in HTLs wenigstens auf freier Basis möglich sein muß, dann, daß jeder Schüler, der dieses Bildungsangebot annimmt, am Arbeitsmarkt höher qualifiziert ist und dadurch bessere Chancen bei der Arbeitsplatzsuche hat, weiters daß dies eine unbedingte Forderung der Wirtschaft ist, daß sie durch einen HTLer einen in technischen Grundlagen gut ausgebildeten Schulabgänger erhält, der aber über geringe Sprachkenntnisse verfügt, und daß als letzter Punkt dies schon längst Standard sein sollte, da heute im sich immer mehr vereinigenden Europa zwei Fremdsprachen unbedingtes Muß sind. Auf Grund dieser Punkte fordern wir eine Verankerung im Schulunterrichtsgesetz, daß an HTLs eine zweite Fremdsprache als Freigegegenstand angeboten werden muß und daß die Mindestteilnehmerzahl nur fünf Schüler beträgt.

Zum Schluß möchte ich noch einmal zusammenfassen: Es ist zwingend nötig, daß an HTLs eine zweite lebende Fremdsprache angeboten wird, da Schüler, die diese Leistung in Anspruch nehmen, bessere Chancen am Arbeitsplatz haben, da im vereinigten Europa zwei Fremdsprachen ein Muß sind und das in jeder AHS Standard ist. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 12.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Schüler Franz Unger. Ich erteile es ihm.

Herr Franz Unger (12.52 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Landtag!

Mein Thema ist „Die Berufsschüler produzieren für Berufsschulen“. Also zuerst einmal die Problematik. Die Berufsschulen schauen sicher nicht so aus, wie sie sein sollen. Die Klassen sind nicht mehr zeitgerecht, die ganze Ausbildung, die Computer, die EDV zum Beispiel ist nicht mehr am neuesten Stand, und die Zimmer in den Internaten sind in schlechten Zuständen. Und jetzt unser Vorschlag dazu: In der HTL und in der Bulme funktioniert es anscheinend, daß sie sich gegenseitig aushelfen. Und das wäre für Berufsschüler, zum Beispiel die Berufsschule Fürstenfeld, das wären Tischler, die könnten Stühle, Sessel und sonstige Sachen, Büromaterial, für andere Berufsschulen zur Verfügung stellen. Das wäre unser Vorschlag, daß dies irgendwie eingebracht wird. Die Schüler hätten praxisnahen Unterricht, sie hätten die Möglichkeit, etwas dazuzuverdienen in der Berufsschulzeit – wie jeder weiß, ist das sowieso nicht ganz gut mit dem Geld. Die Projekte könnten von der EU oder vom Bund oder vom Land eben gefördert werden. Es wäre ein Vorschlag, und es könnte so ausschauen, daß ein Internat um diese Förderung ansucht und dann ein anderes Internat damit beauftragt, daß die das ausführen.

Ich danke für das Gehör! (Allgemeiner Beifall. – 12.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es wurden in der Zwischenzeit einige Broschüren des Logos 1799 hier im Haus verteilt, das ist die Landesjugend-Infostelle, und zwar heißt sie deswegen Logo 1799, weil 1799 die Telefonnummer dieser Institution im Lande ist. Es ist dies jene Stelle, in der alle Jugendinitiativen und Aktivitäten zusammengefaßt sind und dort, wo man sich zu allen Dingen Informationen holen kann. Es ist als solches eine Information, die Sie nicht nur für sich selbst behalten sollten, sondern auch Ihren Mitschülern weitergeben sollten.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (12.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, liebe Jugendliche!

Ich muß zum Thema Schule und Bildung ganz kurz Stellung nehmen, weil mich das emotional belastet und auch betrifft. Moriz Piffil-Percevic hat hier die Lehrer angegriffen, und ich verstehe ihn, da ich eine 17jährige Tochter in der Schule habe und ich Jugend- oder Schulparlament jeden Tag beim Frühstück erlebe. Lieber Moriz, ich kann deine Forderungen oder deinen Wunsch nur unterstützen, diese Emotionen nicht auf dem Rücken der Schüler auszutragen. Denn ich selbst hatte vorige Woche ein Erlebnis und wurde in die Schule vorgeladen, weil sich meine Tochter dazu geäußert hat, daß es nicht gerechtfertigt ist, daß die Schulprojektwochen, die Sprachschulwochen und so weiter gestrichen werden. Nur mit dem Hinweis, das muß der SGA beschließen. Daraufhin war ich in der Schule beim Klassenvorstand. Ich kann hier die Schüler nur unterstützen und möchte noch hinweisen, daß die Frau Unterrichtsministerin Gehrer geschrieben hat: „Mit den Ängsten der Menschen kann man leicht hausieren gehen.“ Sie schreibt: Diesem Modell ist von allen Gewerkschaftsvertretern zugestimmt worden, von allen Gewerkschaftsvertretern, und daß Lehrer jetzt durch diese Einzelmehrdienstleistung

besser verdienen und es leistungsgerechter ist, als es vorher war. Das kurz zu dem Ausschuß Schule und Bildung.

Ich möchte jetzt zum Ausschuß Jugend und Wirtschaft die Lehrlinge ansprechen. Das Land Steiermark hat heuer ein Lehrlingsbudget von über 800 Millionen Schilling, das heißt, es wurde gewaltig aufgestockt. Außerdem wurden noch in den Jahren 1996 und 1997 50 Millionen Schilling in die Lehrstellenförderung gegeben. Das heißt, wir haben im Jahr 1995 5900 Lehrverträge ausgestellt, jetzt sind es bereits 6400. Daß hier auch die Lehrberufe moderner werden, flexibler werden, innovativer werden, zeigt auch, daß neue Lehrberufe aufgenommen wurden, wie zum Beispiel der Recyclingfachmann, der EDV-Kaufmann, der Immobilienkaufmann, der Vermessungstechniker, der Bankkaufmann oder der Mediendesigner bis hin zum Fertighausbauer. Außerdem wurde für die Lehrlinge auch die Möglichkeit geschaffen, eine Berufsmatura zu machen – gültig mit 1. Jänner 1997. Diese Damen und Herren können in weiterer Folge die Fachhochschulen besuchen, und es sind bereits 800 Studienplätze, ab Herbst werden es 1000 Studienplätze im Bereich der Fachhochschule sein. Das heißt, im Bereich der Elektronik und Automatisierung, Marketing, Industrial Design und so weiter werden hier auch neue Studienplätze und Studienrichtungen angeboten.

Zur Berufsinformation in den AHS, vom Kollegen Mazelle angesprochen, hätte ich noch gerne gesagt: Ich kann den Vorschlag unterstützen, daß man vielleicht verstärkt in der 7. und 8. Klasse Exkursionen durchführt, kann aber auch konkret darauf hinweisen, daß es eine Maturantenberatung seit Jahren, wiederbelebt von der Frau Landeshauptmann, in der Wickenburggasse gibt. Ja, was habe ich mir denn noch aufgeschrieben, ja die Berufsschulen sind nicht adäquat ausgestattet. Das mag stimmen, wird auch stimmen, und wir werden den Vorschlag aufnehmen und an den Wirtschaftslandesrat herantreten, daß wirklich dieser Austausch, wie er unter der HTBLA und der Bulme stattfindet, für Berufsschulen stattfinden kann. Ich wünsche euch allen, insbesondere den Maturanten und den Schülern, aber auch den Lehrlingen, viel Erfolg, vor allem persönlich viel Erfolg. Bis zum nächsten Jugendlandtag! (Allgemeiner Beifall. – 12.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet hat sich der Schüler Michael Thaller. Ich erteile es ihm.

Herr Michael Thaller (12.59 Uhr): Hoher Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Flexiblere Arbeitszeiten in der Gastronomie: Eine flexible Arbeitszeit könnte uns sicher mehr Lehrstellen garantieren. Das hätte zur Folge, daß wir weniger Arbeitslose hätten und vielleicht mehr Facharbeiter. Lehrlinge, die über 16 Jahre alt sind, dürfen im Gastgewerbe nur bis 22 Uhr arbeiten. In einem Restaurant läuft der Betrieb um 22 Uhr erst richtig an. Deswegen kann man den Lehrling nicht um diese Zeit heimschicken. Und darum nehmen sich viele keine Lehrlinge, weil sich manche Lehrherren denken, warum braucht man einen Lehrling, wenn er nicht arbeiten darf, wenn man ihn einmal braucht? Die Arbeitszeitregelung besagt, daß man dem Lehrling alle zwei Sonntage frei geben muß. Man könnte es auch so regeln, daß sich die Betriebe selbst einteilen können, wann sie den Lehrlingen am Sonntag frei geben. Aber die

Betriebe müssen die dem Lehrling zustehenden freien Sonntage im Jahr einhalten. Kein Lehrherr kann einen Lehrling an einem guten Geschäftssonntag entbehren. Derzeit beträgt die Wochenendruhezeit 43 Stunden. Kein Lehrherr kann seinen Lehrling am Wochenende so lange entbehren, denn am Wochenende ist die meiste Arbeit zu verrichten. Ich glaube, daß die Feiertagsruhen unnötig sind, denn man kann dem Lehrling anstatt an Feiertagen unter der Woche frei geben. Er kann auch unter der Woche einiges unternehmen. Es ist erstens ein Vorteil für den Lehrherren und zweitens ein Vorteil für den Lehrling. Das ist mein Verbesserungsvorschlag für vielleicht mehr Lehrstellen und weniger Arbeitslose. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke sehr. Zur Wort gemeldet hat sich nunmehr der Schüler Markus Heher. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Markus Heher (13.02 Uhr): Liebe Anwesende!

Ich werde jetzt vom Thema Jugendwirtschaft abweichen. Stefan hat vergessen, mich anzukündigen. Ich habe das Thema für pädagogische Qualifikationen am Lehrkörper im allgemeinen gewählt. Wir waren damals in der Gruppe der Meinung, daß man Lehrer auch beurteilen sollte nach ihren pädagogischen Qualifikationen im Sinne eines pädagogischen Ausschusses. Ich habe mir darüber Gedanken gemacht und bin zu mehr oder weniger drei Überprüfungskriterien gekommen.

Das erste Kriterium wäre die Überprüfung der Persönlichkeit, und nicht sein pädagogisches Fachwissen, denn das kann man lernen. Er soll in der Persönlichkeit gewisse Voraussetzungen erfüllen. Das ganze könnte man wieder durch Fragebögen, wie sie schon von den Schülern angesprochen wurden, machen, wie ist zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Eltern, und zwar durch Stichproben des Fachausschusses oder des Direktors, und nicht so, wie es sonst immer ist, daß sich irgendwer ankündigt, daß er kommt. Dann ist es nämlich klar, daß dann alle brav sind.

Der zweite Punkt wäre die Probezeit, die ungefähr drei Jahre dauern könnte, wo man sagen könnte, man begutachtet das soziale Verhalten des Lehrers oder der Lehrer im schulischen Bereich, zum Beispiel wie ist der Umgang mit den Schülern, wie ist der Lehrer zu den Schülern, demotiviert er oder motiviert er, sind ihm die Schüler Wurscht in der Klasse, oder engagiert er sich, oder ob er Interesse an seinem Beruf zeigt oder nur den Beruf gewählt hat, weil er drei Monate dadurch Ferien hat, und ob er sich auch berufen fühlt, was auch sehr wichtig ist. Auch diese Probezeit sollte man wieder durch Schüler, Eltern, Fachausschuß und Direktor überprüfen.

Der dritte Punkte wären Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer in die pädagogische Richtung, wo man ihnen mehr oder weniger Kurse anbieten sollte, die in Selbstanalysekurse hineingehen, wo der Lehrer selbst draufkommen kann, wo seine Schwächen liegen, um diese zu verbessern, und in pädagogischen Kursen, um seine Lernmethoden zu verbessern. Diese Kurse sollte man nicht nur einmal anbieten, sondern in alljährlichen Abständen, daß der Lehrer mehr oder weniger nicht aus der Übung kommt. Das Ganze war eigentlich nicht als Idee gedacht, sondern sollte als Vorschlag verwirklicht werden. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächstem Redner erteile ich Elmar Tuttinger das Wort.

Herr Elmar Tuttinger (13.05 Uhr): Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Ich bin da heraußen wegen der paar Punkte, die die Berufsausbildung betreffen. Das Erste, was ich einmal sagen möchte, ich bedanke mich recht herzlich bei einem jeden von euch dafür, daß ihr eintretet, daß Gastgewerbelehrlinge bis 23 Uhr arbeiten sollen. Ich frage jetzt nämlich einen jeden einzelnen, wer glaubt von euch, daß Lehrlinge von 22 Uhr bis 23 Uhr ausgebildet werden? Das ist einmal das Erste. Der einzige, der profitiert, ist nur der Betrieb, und der Betrieb soll sich dann vielleicht einen Hilfsarbeiter aufnehmen, aber keinen Lehrling, der ein Drittel von einem Hilfsarbeiter kostet. (Beifall)

Zweitens, da möchte ich mich bedanken für die Lehrlinge oder im Namen der Lehrlinge in Klein- und Mittelbetrieben, die ab dem ersten Lehrjahr schon an Maschinen beschäftigt werden sollen, damit sie effizienter eingesetzt werden können, merke – eingesetzt, und ja nicht ausgebildet.

Das Dritte, was drinnengestanden ist, da habe ich etwas gefunden, zweifelsohne vorhandene Arbeitgeber. Erstens Arbeitgeber ist kein Ausbilder, zweitens zweifelsohne vorhandene, da frage ich mich, wie es dann kommen kann, daß auf Grund einer riesen Initiative der Wirtschaftskammer im Bereich Bruck, Judenburg, Knittelfeld, Leoben, Murau für 42 Jugendliche aus der Lehrwerkstätte Fohnsdorf nur drei Ausbildungsplätze geschaffen werden können? Da frage ich mich wirklich, wo da die zweifelsohne großartig vorhandenen Ausbildungsplätze sind.

Und das Letzte, der Berufsschüler soll in seiner Freizeit für die Berufsschule arbeiten dürfen. Ja, Freunde, ich meine, verlängern wir die Arbeitszeit, oder wollen wir, daß die besser ausgebildet werden? Verlängern wir doch gescheiter die Berufsschulzeit, oder daß das Argument, mit dem die Wirtschaftskammer immer kommt, die Lehrlinge sind dumm, unqualifiziert und wollen nicht lernen, daß das einmal ausgemerzt ist. Meine Meinung! (Beifall.)

Und ein großes Dankeschön kommt zum Schluß noch von der Wirtschaftskammer selber, weil ihr habt mit dem Papier wieder die Tür einen Spalt weiter aufgemacht, damit Lehrlinge nicht ausgebildet werden, sondern ausgebeutet, ausgenutzt und so weiter Ende! (Beifall. – 13.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Danke! Zu Wort gemeldet hat sich Alexander Perissutti. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Alexander Perissutti (13.08 Uhr): Werter Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als erstes möchte ich einmal sagen, ich meine, ich halte das Gremium hier für sehr wichtig, daß wir auch einmal eine Möglichkeit haben, unsere Meinungen hier einzubringen. Auf der anderen Seite vermisse ich aber die ganze Landesregierungsbank, auch der Herr Wirtschaftslandesrat Paierl nimmt sich nicht die Zeit für uns, heute einmal die Anliegen speziell der arbeitenden Jugend zu hören. Das nur einmal vorweg angemerkt.

Ich möchte auch zu dem Thema der Lehrlingsproblematik sprechen. Wir haben von März 1997 auf März 1998 einen Rückgang der ausbildenden Betriebe, die Lehrplätze anbieten, um 60 Prozent. Die Angebote in den Lehrstellen laut AMS-Statistik, es gibt offene Lehrstellen 182 und suchende Lehrlinge oder suchende Jugendliche 736. An diesen Zahlen sehe ich, daß die Wirtschaft gar nicht an der Ausbildung interessiert ist. Sie ist einerseits nicht an der Ausbildung in jetziger Form interessiert, andererseits aber auch nicht an der Ausbildung in unabhängigen, überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen, Beispiel Lehrwerkstätte in Fohnsdorf. Es gibt einen Regierungsbeschuß vom Oktober 1997, daß dies eben gutgeheißen wird. Die Finanzierung ist gesichert, und es gibt einen Landtagsbeschuß von vorgestern, daß die Lehrwerkstätte in Siemens/Fohnsdorf eben bestehen soll. Trotzdem weigert sich nach wie vor die Wirtschaftskammer, daß diese Lehrwerkstätte Fohnsdorf weiter bestehen bleibt. Es geht hier um 100 Lehrplätze. Der Wirtschaftsminister Farnleitner blockiert weiterhin über die Wirtschaftskammer diese Paragraph-30-Einrichtungen, eine überbetriebliche Lehrwerkstätte. Dort, wo wir Potential haben, bilden wir nicht aus.

Zur Arbeitsgruppe selber: Ich weiß nicht, wer alles drinnen gesessen ist (Abg. Dr. Reinprecht: „Die Schüler!“), ich möchte keinem zu nahe kommen, offenbar sind die Argumente im Arbeitspapier von der Unternehmenseite vorgegeben, und nicht selbst recherchiert, weil Beispiel Kreissäge, Beispiel Gerüst, die sind falsch. Die sind wirklich falsch, es steht im Gesetz, man darf es machen, nur muß er sich absichern und er muß ein entsprechendes Alter haben, dann darf er auch mit der Kreissäge arbeiten und auch am Gerüst oben stehen.

Nächster Punkt: Es steht drinnen, der Lehrling ist gewinnbringend einzusetzen. Will man ihn ausbilden, wollen wir, daß er einen Beruf erlernt, oder wollen wir ihn gewinnbringend einsetzen? Im ersten Lehrjahr, weil wir beim gewinnbringend Einsetzen sind, im ersten Lehrjahr ist der Lehrling zu 100 Prozent gefördert. Und wenn mir einer von euch erzählt, daß der Lehrling im dritten Lehrjahr nicht eine volle Arbeitskraft ist, dann weiß ich nicht, was wir bei dem Thema tun. Man muß schon dazusagen, im dritten Lehrjahr ist er nur eine voll ausgebildete Arbeitskraft, wenn er auch gut ausgebildet wurde, nämlich qualitativ hochwertig ausgebildet wurde, sonst hätten wir nämlich nicht bei den Installateuren zum Beispiel eine Durchfallsrate von 40 Prozent. Kurz gesagt vermisse ich in dem Papier – und das ist das Wichtigste –, es geht um Ausbildung, und nicht um Beschäftigung, weil der Lehrling wird ausgebildet. Dafür bekommt er 5000 Schilling in etwa jetzt, Hausnummer. Und wenn wir beschäftigen, dann stellen wir Hilfsarbeiter ein, und denen zahlen wir 12.000 Schilling. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 13.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Killian Riedl. Ich erteile es ihm.

Herr Killian Riedl (13.12 Uhr): Liebe Kollegen von der Gewerkschaft!

Ich frage mich nicht, wer in der Sitzung anwesend war im Ausschuß, sondern ich frage mich, wo ihr gesessen seid und warum ihr nicht mitdiskutiert habt daran, daß wir eine gemeinsame Lösung finden, sondern euch jetzt auf Konfrontationskurs begeben müßt im Gegensatz zu allen

anderen Delegierten auf diesem Landtag. Das zum Ersten. Ihr widersprecht euch in euren eigenen Wortmeldungen selbst und gegeneinander, meine lieben Herren. Es geht uns nämlich nicht nur um die Frage Ausbeutung – Ausbildung, sondern um die Frage Lehrstellen – keine Lehrstellen. Und indem ihr fordert, keine Veränderungen bei den Schutzbestimmungen, fordert ihr genauso keine Lehrstellen mehr bitte, meine Herren. Ja, Entschuldigung, das ist doch für mich eine klare Sache, daß wir dann Lehrstellen schaffen, wenn wir der Wirtschaft entgegenkommen. Es wird nicht so gehen, daß wir so weitermachen. Ihr könnt gerne die Köpfe schütteln. (Beifall. – Landesrat Dörflinger: „Entschuldigung, ich hätte eine Frage. Wer ist ‚uns‘ und wer ist ‚ihr‘, wen vertreten Sie?“)

„Uns“ und „Ihr“: Ich vertrete die, die bei der Vorbereitungssitzung waren und zusammen diskutiert haben und versucht haben, eine überfraktionelle Lösung zu finden und zusammen eine Jugendpartei zu stellen. Und das „Ihr“ sind die Herren, die sich bemüßigen, jetzt zu kommen am Landtag, eine Wortmeldung zu halten, die dann konfrontativ ist im Gegensatz zu allen anderen Wortmeldungen, die konstruktiv waren. (Abg. Dr. Reinprecht: „Eine Gegenwortmeldung ist von vornherein nicht konstruktiv?“) Nein, es geht darum, daß die Herren und Damen, die bei der Ausschußsitzung waren, sich zusammengesetzt haben und versucht haben, okay, wir haben politische Meinungen, wollen trotzdem diskutieren darüber und Lösungswege finden, die wir dann präsentieren. Es waren auch die werten Ersatzmitglieder, sie sind ja von den Sozialdemokraten delegiert worden, auch eingeladen, sind leider nicht gekommen zur zweiten Sitzung und haben die Chance vertan, dort zusammen zu diskutieren und sich die anderen Meinungen anzuhören, sondern kommen jetzt mit ihren Vorschlägen, wo sie einmal Eindruck schinden können bei den Politikern. Und ich glaube, das ist der falsche Weg. Ich glaube, der richtige Weg wäre gewesen, daß sie gekommen wären und sich dort einmal der Konfrontation mit ihren Kollegen und Kolleginnen, die sich engagieren, stellen, und nicht jetzt kommen.

Ich persönlich habe immer die Meinung vertreten, bitte, ich wollte nicht, daß der Landtag eine Streiterei wird, ganz und gar nicht. Und deswegen hat es auch diese Vorgespräche gegeben, und deswegen haben wir auch versucht, in allen Wortmeldungen einen Kurs zu fahren, der ausdiskutiert wurde, weil ja alle Vertreter dort eingeladen waren. Ich möchte nur mein Recht jetzt auch nutzen, daß, wenn Wortmeldungen kommen, die gegen dieses Prinzip sind, das dort angefangen hat, daß ich diese auch erwidere. (Beifall.)

Ich muß noch eines sagen: Es gibt diesen Arbeitsplan, den wir in letzter Minute an die EU gefaxt haben, wie wir es schaffen möchten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, und Arbeitslosigkeit in diesem Moment bedeutet für mich auch Jugendarbeitslosigkeit. Und soll ich euch etwas sagen, was im Moment passiert ist: Wir lassen die Schutzbestimmungen und die Bestimmungen so, wie sie sind, unangetastet, dafür machen wir Fachschulen auf, an den HTLs Fachschulklassen, die im Endeffekt weder wirklich wirtschaftsnah ausbilden, so wie man das an der Lehrstelle machen kann, noch wirklich eine qualifizierte Schulbildung haben, sondern sozusagen HTL-lights oder HLW-lights darstellen, wo dann die Leute herauskommen und dann als Hilfsarbeiter arbeiten können. Das passiert

im Moment, und das nimmt Ressourcen aus dem Schulbereich und bildet unsere Leute, die Lehre machen wollen, nicht so aus, wie sie das möchten. Ich persönlich sage eines: Wenn wir uns Gedanken darüber machen, wie wir mehr Lehrstellen schaffen in dem System, so daß die Wirtschaft sagt, wir möchten Lehrstellen haben, dann müssen die Lehrstellen auch so beschaffen sein, daß es so ist, daß sie natürlich gewinnbringend sind, weil in der Wirtschaft läuft es einmal so. Wir haben keine verstaatlichte Wirtschaft mehr, die es sich leisten kann, riesengroße Apparate zu haben, wo Lehrlinge ausgebildet werden. Wir müssen ihnen daher entgegenkommen, denn es kommt wieder zurück. (Präsident: „Ich bitte, auf die Zeit zu achten!“) Ich bedanke mich jetzt nochmals für das Zuhören und möchte anführen, daß ich nicht hierhergekommen bin, konfrontativ zu sein, aber mich hat es jetzt nicht mehr gehalten. Danke! (Beifall. – 13.17 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Stefan Friedrich. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Stefan Friedrich (13.17 Uhr): Da die Kritik an diesem Platz direkt an mich gerichtet ist, nehme ich mir die Freiheit, ein paar dieser Kritikpunkte gleich beiseitezuschieben. Es ist angesprochen worden, daß ein Lehrling in der Zeit von 22 bis 23 Uhr in der Gastronomie nicht lernen kann. Ich stelle mir dabei schon ehrlich die Frage, ob dieser Lehrling der Gastronomie in der letzten Reihe einer Schulbank vielleicht schlafend in einem Fach, das ihn gar nicht so interessiert, lernt oder ob es darum geht, daß er in der Gastronomie zwischen 22 und 23 Uhr nicht etwas mehr lernt. Jeder wird wissen, wenn er am Abend fortgeht, daß das eine Zeit ist, wo nicht unbedingt wenig los ist. Weil er lernt in dieser Zeit nämlich genau das, was er später tagtäglich machen muß, nämlich, er muß mit dem Streß dort umgehen können. Daher meine ich, daß er das sicherlich nicht zwischen 14 und 15 Uhr in der Berufsschule lernt – soviel zu diesem Thema.

Der Killian hat vorher schon richtig bemerkt, es geht darum, daß wir Arbeitsplätze schaffen beziehungsweise daß wir – und so war das vorher zu verstehen, was der eine oder andere nicht verstanden hat – bestehende Arbeitsplätze nützen können, denn die Ressourcen und Möglichkeiten sind zweifelsohne vorhanden. Wir müssen die Wirtschaft überzeugen können, daß ein Lehrling genau der richtige Mann dafür ist, diese Jobs erfüllen zu können, weil er unverbraucht ist, weil er voller Elan ist und weil man ihm noch viel Wissen beibringen kann.

Zum Thema Berufsschüler für Berufsschulen: Da geht es nicht darum, einen Berufsschüler auszubeuten, sondern da geht es rein darum, daß ein Berufsschüler die Möglichkeit bekommt, diese Fähigkeiten, die er später tagtäglich im europäischen Wettkampf verwenden und besitzen muß, zu lernen. Und das lernt er wiederum schon zum Teil in der Schule, aber wahrscheinlich nicht zur Gänze. Daher sollte man ihm die Möglichkeit geben, wenn er Lust und Laune hat, nach Dienstschluß, nach Schluß seines Unterrichtes sich in die Werkstatt zu setzen und für eine Berufsschule etwas zu bauen und dafür regulär Geld zu verdienen. Was ist daran bitte schlecht?

Letzter Punkt, es geht um dieses dritte Lehrjahr, und das habe ich persönlich hier nicht angesprochen und auch nicht geschrieben, und das haben wir auch nie bestritten, daß ein ausgebildeter Lehrling im dritten Lehrjahr voll einsatzfähig ist. Es geht hier auch um das erste Lehrjahr,

daß ein Lehrling von Anfang an die Möglichkeit bekommt, seine vollen Fähigkeiten einzusetzen, und daß zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Symbiose entstehen kann und der Arbeitgeber die Möglichkeit hat und die Möglichkeit sieht, daß bereits in den ersten beiden Jahren dieser Lehrling neben den in Ausbildung Stehenden die Informationen bekommt, die er benötigt, auch noch sinnvoll im Unternehmen mitwirken kann. Ich danke vielmals! (Beifall. – 13.20 Uhr.)

Präsident: Zu einer zweiten Wortmeldung erteile ich dem Herrn Alexander Perissutti das Wort.

Herr Alexander Perissutti (13.21 Uhr): Momentan weiß ich nicht, wo ich anfangen soll. Schutzbestimmungen: Im letzten Jahr gab es die große Aufregung, daß es zu viele Jugendliche gibt, die arbeitslos sind. Es hat sich dann die Bundesregierung in Rust zusammengesetzt und ein Papier verfaßt, in dem vor allem und fast ausschließlich die Punkte und Meinungen der Wirtschaft umgesetzt und die Schutzbestimmungen abgeändert und beschnitten wurden. Ich möchte ein paar Auszüge geben: Geltungsbereich des KJBGs. Dieses Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz wurde von 19 auf 18 Jahre verringert. Entfall der Krankenversicherungsbeiträge in den ersten drei Lehrjahren. Verlängerung der Probezeit. All diese Punkte wurden umgesetzt. Zusätzlich gab es immens hohe Förderungen. Gebracht hat es von Ende 1996 bis Ende 1997 in der Steiermark 325 Lehrplätze mehr – das sind 5,4 Prozent. Gefördert haben wir nämlich dort, wo man sowieso die Lehrlinge ausgebildet hätte. Betriebe haben, weil es für die Statistik gut ist, die Lehrlingszahlen, die sie ja melden müssen, zurückbehalten, weil sie gesagt haben, warten wir die Förderungen ab, und im Herbst haben sie dann kassiert, und das ist ja passiert. Auf das lasse ich mich mit jedem hier ein, daß man hier wirklich haarklein, auf Beistrich, diskutiert darüber. Zu dem Gastgewerbe: Ich finde es richtig, was du sagst, daß die Ausbildung wichtig ist, daß man alle Zeit, die man hat, für die Ausbildung nutzen sollte. Nur, so, wie du es sagst, daß um diese Zeit am meisten los ist, dort wird er nicht ausgebildet, dort wird er beschäftigt. Wir müssen einmal anfangen, von Ausbildung zu reden, und nicht von Beschäftigung. Wir sind in einem Ausbildungsverhältnis.

Weil der Lehrling ist in einem Ausbildungsverhältnis, und nicht in einem Beschäftigungsverhältnis – das ist etwas anderes. Bitte keine Zwischenrufe, weil jetzt spreche ich. Danke schön!

Präsident: Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kröpfl das Wort.

Abg. Kröpfl (13.23 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber liebe Jugend!

Ich glaube, dieser heutige Landtag hat für Sie sehr viel demokratiepolitische Erfahrung gebracht. Gerade die letzten Diskussionsbeiträge zeigen, und davon lebt der Parlamentarismus, daß es kontraversielle Meinungen gibt. Auch wenn man vielleicht schon in einem Ausschuß zusammengesessen ist, etwas glaubt, ausverhandelt zu haben, kann es im letzten Moment durchaus soweit kommen, daß es gegensätzliche Meinungen gibt. Und das zeigt dieses Parlament, das zeigt dieser Parlamentaris-

mus, und davon lebt er auch. Ich glaube, wir sollten froh sein darüber, daß wir die Möglichkeit haben, unsere Meinungen frei zu äußern und in einem Land zu leben, in dem wir diese Möglichkeit haben. (Herr Mario Ruhs: „Der Unterschied besteht zwischen konstruktiver und destruktiver Kritik!“) Der Einwurf ist berechtigt, das ist überhaupt keine Frage. Man müßte jetzt aber wirklich darüber diskutieren, was ist was. Das würde vielleicht sowohl meine Redezeit beschränken als auch Ihre Zeit über Gebühr in Anspruch nehmen.

Ich möchte auf etwas hinweisen, was auch ganz klar zum Ausdruck gekommen ist. Demokratiepoltische Maßnahmen wurden hier kritisiert und teilweise aus der Sicht jener kritisiert, die betroffen sind, und das sind die Schülerinnen und Schüler im AHS-Bereich, wo jetzt die Gefahr besteht, daß Schullandwochen, daß Exkursionen eingeschränkt werden. Aber, meine Damen und Herren, denken wir doch auch daran, daß Möglichkeiten in einer Demokratie darin bestehen können, Maßnahmen, Streikmaßnahmen zu setzen, um auf Probleme aufmerksam zu machen. Denken Sie auch einmal darüber nach, wie Eisenbahner, Bedienstete der Verkehrsbetriebe, ihren Anliegen Nachdruck verleihen können. Das geht ja auch nur mit einem Streik. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Herr Bundesschulsprecher, ich danke für Ihren Einwurf, aber Sie sehen nur Ihren Bereich Schule. Sehen Sie bitte auch alle anderen Bereiche.

Denken Sie daran, als die Landwirte gestreikt haben und die Tunnelleinfahrten gesperrt haben. Da sind Rettungsautos im Tunnel steckengeblieben. Da habe ich keinen Aufschrei und nichts gehört. Das war auch ein Arbeitskonflikt, der ausgetragen werden mußte. Sie haben ja auch die Berechtigung, Ihre Meinungen kundzutun, und Sie haben die Möglichkeiten dazu. Aber bitte, meine Damen und Herren, akzeptieren Sie auch das demokratische Recht eines anderen, einer Berufsgruppe, die darum kämpft, ihre gesetzlichen Möglichkeiten zu verbessern und auszuweiten.

Ein Letztes noch, weil mir noch zwei Minuten bleiben. Meine Damen und Herren, ich habe diese Papiere sehr aufmerksam durchgelesen. Für mich, ich komme selbst aus dem Schulbereich, besteht darin eine gewisse Gefahr, daß Schule zu sehr verwirtschaftlicht wird. Schule kann nicht an Gewinn und Verlust gemessen werden. Schule muß Menschen ausbilden, Schule muß dazu da sein, um die Menschen nicht nur im gewinnorientierten Sinn auszubilden, sondern allgemein auszubilden und umfassend auszubilden. Und das kann nie profitabel sein. Und deswegen dürfen wir die öffentliche Hand aus diesem Bereich nicht herausnehmen, sondern wir müssen die öffentliche Hand weiterhin verpflichten, für die Ausbildung zu sorgen und alle finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese Ausbildung gewährleistet wird. Und da bin ich mit vielen von Ihnen einverstanden, wenn es darum geht, eine zweite Fremdsprache im HTL-Bereich einzuführen. Aber bitte nicht nur im HTL-Bereich, denn auch unsere Lehrlinge müssen wir ausbilden und EU-reif machen, damit auch die die nötigen Chancen bekommen, damit sie in der Wirtschaft und im Leben bestehen können. Das waren nur ein paar Gedanken, die ich dazu noch einbringen möchte.

Eines noch, wir sind – glaube ich – der Wirtschaft in einigen Bereichen schon sehr entgegengekommen mit den Schutzmaßnahmen, aber gefruchtet haben sie bis

heute noch nicht. Und wenn immer wieder die gleichen Argumente kommen, wie: ein Lehrling muß oder soll bis 23 Uhr arbeiten können, bitte, denken Sie auch, was Flexibilisierung für den Betroffenen bedeutet, der dort arbeiten muß. Sie sehen jetzt die Auswirkungen, wie sie sich im Bereich der Ladenöffnungszeiten entwickeln. Auch dort müßte man die einzelnen Schicksale etwas genauer betrachten und durchleuchten. Ich hoffe, daß Sie in Ihrer gesamtpolitischen Zusammenschau nicht nur die eigenen Probleme sehen, sondern auch die Probleme der Betroffenen und der Bevölkerung insgesamt. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (13.28 Uhr): Die Anzahl der Lehrplätze ist zurückgegangen, aber auch die Anzahl derjenigen, die eine Lehrstelle wollen oder die einen Lehrberuf in Angriff nehmen wollen. Und zwar sind diese Rückgänge auch in den Mängeln der Lehrlingsausbildung zu sehen. Zum Beispiel 90 Prozent der Lehrlinge konzentrieren sich auf die zehn am stärksten besetzten Berufe, und bei den Mädchen, die Lehrberufe angehen wollen, ist diese Zahl – glaube ich – bei drei. Dann gibt es nach wie vor keine Koordination zwischen den Betrieben und den Berufsschulen, und die Betriebe beklagen sich zusehends mehr über die mangelnde Ausbildung der Lehrberufe. Das heißt, die Berufsschulen sind nicht am letzten Stand der Technik. Das ist – glaube ich – auch vorhin schon angesprochen worden.

Ich möchte noch kurz zu den Schutzbestimmungen etwas sagen. Und zwar ist es nicht nur so, daß Lehrlinge nicht flexibel arbeiten können. Es ist auch so, daß zum Beispiel ein Maurerlehrling nicht über sechs Meter hinaufsteigen darf. Das ist natürlich sicher ein Grund, warum gewisse Betriebe Lehrlinge einfach nicht einstellen wollen, weil es hier eben die diversen Schutzbestimmungen gibt. Ich möchte es jetzt ein bißchen vergleichen mit der Nachtarbeitszeit von Frauen. Da hat es ja gerade auch auf Gewerkschaftsebene massive Diskussionen darüber gegeben, soll man oder soll man nicht. Und was das AT & S in Hinterberg betrifft, da sind alle Frauen begeistert davon, daß sie jetzt eben auch arbeiten können, daß mehr Arbeitsplätze dadurch geschaffen werden konnten.

Erlaubt ihr mir nun kurz noch eine Anmerkung zum vorhergehenden Punkt, zu den Homosexuellen. Ich glaube, daß es sehr wohl wichtig ist, daß die Thematik Homosexualität in der Öffentlichkeit breiter diskutiert wird, weil nur dadurch kann man in das Bewußtsein der Bevölkerung dringen. Und wenn das Bewußtsein einmal da ist, daß es solche „Minderheiten“ auch gibt, dann wird vielleicht auch – und ich hoffe, das geht rascher als vorhin auch der Kollege Lopatka gemeint hat – der Wille da sein, etwas für diese Gruppen, egal, ob jetzt Behinderte, Homosexuelle, Ausländer, Frauen, daß man eben auch für diese Gruppen dementsprechend in der Öffentlichkeit dann auch die Bedingungen dafür zur Verfügung stellt, daß jeder, egal welcher Ethik oder welcher Minderheit er angehört, so selbstbestimmt leben kann, wie er es möchte. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.31 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin darf ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort erteilen.

Abg. Mag. Zitz (13.31 Uhr): Hoher Landtag sage ich in diesem Landtag nie freiwillig, und zwar deswegen nicht, weil ich glaube, daß wir relativ normale Leute sind. Und falls es wieder einmal einen Jugend- und Schülerlandtag gibt, würde ich sagen, bitte, bezeichnet uns so, wie es in der Geschäftsordnung drinnen steht, nämlich als Landtag oder ganz normal als „Kolleginnen oder Kollegen“.

Bei der Debatte sind mir einige Aspekte aufgefallen. Das eine ist, ich sehe in Österreich ein Wirtschaftssystem, das Innovation ganz massiv verhindert. Und ich glaube einfach, daß es etliche Leute gibt, die sehr hoch qualifiziert sind und die auch Angebote machen etwa im Bereich sehr moderner Technologien und einfach keine Möglichkeit haben, das in Österreich zu verwerten. Es gibt in der Nähe von Graz ein großes Mikrochipswerk, und dieses Werk exportiert 99 Prozent dessen, was produziert wird, ins Ausland, weil in Österreich einfach keine Verwertungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Ein zweites Thema noch, was mir bei diesem Text des Ausschusses für Jugend und Wirtschaft aufgefallen ist: Das ist ein Text, der inhaltlich weitgehend eigentlich von der Industriellenvereinigung oder von der Wirtschaftskammer kommen könnte. (Beifall.) Und das mit Bemerkungen, wie – ich habe mich wirklich gewundert –, daß man Lehrlinge vor allem „einsatztechnisch“ betrachten sollte. Ich halte allein die Art, wie das schriftlich festgehalten wurde, für katastrophal. Ich möchte weder Schüler in der Schule „einsatztechnisch“ betrachtet haben, noch Lehrlinge in irgendeinem Betrieb „einsatztechnisch“ betrachtet haben. Ich glaube einfach, daß dieses Papier inhaltlich aus einer ganz bestimmten Richtung kommt und bei weitem nicht das abdeckt, was Lehrlinge in Berufsschulen, an Ausbildungsstätten in der einen oder anderen Form aushalten müssen. Das sind leider Gottes Gesetze, die von Rot und Schwarz in einer absolut verkrusteten, veralteten, sozialpartnerschaftlichen Struktur beschlossen worden sind.

Noch eine Geschichte: Ein Thema, das mir immer wichtig ist, wenn man sogenannte Wirtschaftsdebatten führt. Es schaut in Österreich so aus, daß der Faktor Arbeit gesellschaftlich grausam unterbewertet wird. Wenn jemand Leute anstellt, dann muß er viele Hürden überspringen, um eine Person anstellen und adäquat entlohnen zu können. Es ist wesentlich schwieriger, als wenn man in andere Bereiche investiert. Und da denke ich einfach, müßte man Steuergerechtigkeit herbeiführen dadurch, daß man den Faktor Arbeit anders behandelt und auch steuerlich anders bewertet.

Anschließend daran noch ganz kurz ein Wort zu dieser Lehrstellenoffensive des Landes Steiermark. Da hat man geglaubt, mit einem Tausender im Monat Firmen zu motivieren, daß sie junge Leute anstellen. Das hat miserabel hingehaut, es sind nicht einmal 300 Arbeitsplätze entstanden. Ich glaube einfach, am besten wäre es, wenn das Land und die Stadt Graz und auch die Gemeinden mit eigenem Vorbild vorangehen würden. Es gibt etliche Möglichkeiten, Leute zum Beispiel im landeseigenen Bereich auszubilden. Die werden nicht unbedingt ausgeschöpft, und in der Stadt Graz schaut es noch viel schlechter aus. Ich glaube einfach, in dem Moment, in dem man das halbwegs ernst nimmt, nämlich Entlastung der menschlichen Arbeit und gleichzeitig das Bemühen,

daß die öffentliche Hand da halbwegs anders damit umgeht, würde diese Art von Text nicht zustande kommen.

Wie gesagt, für mich ist das ein Produkt, das von der Industriellenvereinigung kommen könnte. Es war für mich aber überraschend, daß da oben Ausschuß für Jugend und Wirtschaft steht. Das war für mich einfach bei weitem nicht dem entsprechend, was ich mir da eigentlich kritisch erwartet hätte. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Markus Heher. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Markus Heher (13.36 Uhr): Nochmals zum Konflikt zwischen der Gewerkschaft und euch. Ich hätte eine Frage: Ist überhaupt die Gewerkschaft eingeladen worden? (Präsident: „Ich ersuche den Redner, seine Wortmeldung abzugeben, und die andere von ihm gestellte Frage kann anschließend beim Empfang geklärt werden, weil das keine Zwiegespräche sein sollen, sondern es sollte ein Diskussionsbeitrag sein!“)

Die Gewerkschafter haben sich recht, das muß ich schon sagen, denn ich bin selbst Lehrling. Ein Betrieb ist, wenn er die Möglichkeit sieht, irgendwo aus dem Lehrling zusätzlich noch Profit zu schlagen, sicher gieriger. Das ist kein Wunder. Ich war bei dem Ausschuß dabei, und ich sage jetzt keinen Namen, denn ich will keinen beschuldigen, und dort hat einer gesprochen, der einmal einen Betrieb übernehmen wird. Dieser hat nicht aus der Sicht eines Lehrlings gedacht, sondern aus der Sicht des Betriebsführenden. Es war so. (Beifall. – 13.37 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile dem Schüler Mario Ruhs als vorläufig letztem Redner das Wort.

Herr Mario Ruhs (13.38 Uhr): Ich bedanke mich bei allen, die noch anwesend sind und den Mut haben, dem zuzuhören. Ich muß sagen, es wundert mich, daß die Gewerkschaft nicht eingeladen wurde, weil ich habe gesehen, es sind so ziemlich alle, die irgend etwas mit Jugendarbeit und Jugendpolitik zu tun haben, eingeladen gewesen, zumindest zum ersten Treffen, das leider Gottes wegen Delegiertenproblemen geplatzt ist – aber das ist, so glaube ich, etwas fehl am Platz. Betreffend den Vorwurf, daß sozusagen wir Schüler kein Verständnis für die Lehrer haben, so glaube ich, daß das nicht richtig ist. Wir verstehen schon, daß die Lehrer sozusagen ein gerechtes und ihrer Leistung entsprechendes Entlohnungssystem haben wollen. Das einzige Problem, das wir Schüler haben, ist folgendes, und zwar können wir es nicht tolerieren. Wir haben vollstes Verständnis dafür, daß den Lehrern kein anderes Mittel übrigbleibt, als diese Schulausflüge zu streichen. Nur, das trifft uns Schüler, und unsere Unterrichtsqualität wird dadurch eigentlich beeinträchtigt. Das ist das Problem, das wir Schüler damit haben. Betreffend den Vorwurf, die Schule hat schon zu viele wirtschaftliche Einflüsse zu verkraften. Ich frage mich, für was bildet denn die Wirtschaft eigentlich aus? Für die Uni? Die Schule bildet für die Wirtschaft aus, und für nichts anderes, also braucht sie wirtschaftliche Einflüsse. (Abg. Kröpfel: „Sie haben aber die Bildungspolitik nicht ganz verstanden!“)

Es tut mir leid, diesen kleinen Seitenhieb möge mir die Gewerkschaft verzeihen, aber ich persönlich muß doch unterscheiden zwischen konstruktiver und destruktiver Kritik. Wir haben in den ganzen Ausschußsitzungen versucht, so konstruktiv wie möglich zu arbeiten und Vorschläge zu geben. Natürlich sind wir alle wirtschaftlich beeinflußt. Jeder versucht, in den Beschlußfassungen und auch in den Papieren, das irgendwie wirtschaftlich auszudrücken. Nur, es ist leider Gottes das Problem, daß wir nie einen Konsens finden werden, der alle zufriedenstellt. Das ist unmöglich. Aber daß die Gewerkschaften jetzt diesen Schülerlandtag eigentlich fast denunzieren und zu einer Bagatellveranstaltung oder zu einer Theaterveranstaltung herunterwürdigen, so sehe ich das zumindest, das finde ich für eine Frechheit. Danke! (Beifall. – 13.40 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Bundesschulsprecher Moriz Piffl-Percevic. Ich erteile ihm das Wort.

Herr Moriz Piffl-Percevic (13.41 Uhr): Ich möchte mich zuerst auch einmal bei den Schülern bedanken, daß ihr alle noch da seid, daß ihr überhaupt in der Jugendarbeit engagiert seid und daß ihr euch die Zeit genommen habt, jetzt zu kommen, daß ihr euch die Zeit genommen habt, zum Vorbereitungstreffen zu kommen, obwohl der eine oder andere von uns jetzt Matura hat und im Schulstreß ist. Dafür ein Dankeschön. Auch beim ganz normalen Landtag möchte ich mich bedanken, daß wir die Möglichkeit bekommen haben, das hier überhaupt zu machen. Sechs Jahre sind sicherlich zuviel. Wir würden uns natürlich freuen, wenn wir nicht in sechs Jahren das nächste Mal die Möglichkeit bekommen, hier zu sprechen, sondern vielleicht in ein oder zwei Jahren. Ich möchte aber trotzdem auch dem Landtag eine Kritik aussprechen. Es mag ja stimmen, daß sowohl der Landesschulrat als auch diverse Landesräte eine Abschrift vom Protokoll bekommen. Aber es geht auch um einen gewissen symbolischen Wert, den wir uns erwarten. Wir erwarten uns, daß die Politik uns ernst nimmt (Beifall.) und daß wir für die Politik ein Partner sind, und nicht nur eine Gruppe von zukünftigen Wählern. Und in einer Partnerschaft gehört es eben dazu, daß einem auch zugehört wird, weil sonst könnte man gleich sagen, das nächste Mal machen wir nur unsere Ausschüsse und schicken unsere Papierln an die gesamte Landesregierung, an alle Abgeordneten und an das Parlament nach Wien. Dann ersparen sich auch die netten Damen ihre Arbeit, hier mitzuschreiben. Dann schicken wir das nächste Mal wirklich gleich unsere Papierln aus, und dabei bleibt 's. Wir erwarten uns einfach, wenn wir uns für die Jugend engagieren, für die Steiermark, für unser Bundesland, denn wir machen das nicht nur aus Jux und Gaude, daß uns zugehört wird, und nicht nur, daß dann irgend jemand das zugeschickt bekommt. (Beifall.)

Es tut mir leid, daß die zwei Vertreter, die mit dem Bereich Schule und Wirtschaft nicht einverstanden waren, nicht die Möglichkeit hatten, zu dieser Sitzung zu kommen, wo das ausgearbeitet wurde, aus welchen Gründen auch immer. Vielleicht kann man beim nächsten Mal wirklich schauen, daß dann die verschiedenen Meinungen, so wie es auch in den anderen Gruppierungen möglich war, schon vorweg ausdiskutiert werden, weil wir haben uns bemüht, und ich hoffe, das

haben auch die noch anwesenden Vertreter aus der Politik gemerkt, gemeinsam über Parteigrenzen und über ideologische Grenzen hinweg ein konstruktives Kraftpaket für die Jugend zu machen, wo jeder hin und wieder Abstriche hat machen müssen. Worte allein sind zuwenig, schön reden können alle, und auch zuhören können alle. Wir erwarten uns jetzt natürlich auch, daß von diesen Dingen, die wir hier ausgearbeitet und präsentiert haben, auch etwas umgesetzt wird.

Daß im Bereich Jugendschutzgesetz etwas passieren wird, das freut mich – ganz ehrlich gesagt. Ich finde es auch wichtig, aber es ist nicht sonderlich schwer, denn die Reform steht sowieso vor der Tür. Die meisten dieser Themen, die heute hier vorgetragen wurden, sind fünf, zehn oder fünfzehn Jahre alt, aus einem ganz einfachen Grund, da war nichts Neues dabei, und zwar, weil diese Themen einfach auf die lange Bank geschoben werden. Vom Generationenvertrag und von der Pensionsproblematik war heute hier gar nicht die Rede, denn wir wollten es dem Landtag ersparen. Aber ich möchte trotzdem darauf hinweisen, daß die Jugend nicht nur in der Steiermark, sondern allgemein, sich sehr, sehr stark vernachlässigt fühlt und daß wir nicht akzeptieren können, daß wir in der Öffentlichkeit und bei der Politik einen dermaßen niedrigen Stellenwert haben – die internationale Presse war ja heute auch nicht gerade stark vertreten. Wir wollen sozusagen unsere Zukunft einfordern, eine Zukunft mit Ausbildung, denn auch wir wollen einmal eine Pension bekommen. Ich glaube, und da spreche ich doch für den einen oder anderen Abgeordneten, aber zumindest für mich selbst, daß auch die letzte Pensionsreform nicht unbedingt ein großer Vertrauensschub für uns Jugendliche war. Ich habe tagtäglich mit vielen Schülern und anderen Jugendlichen zu tun, und fast ein jeder hat wirklich große Angst vor der Zukunft, hat Angst davor, daß er keinen Arbeitsplatz bekommt, hat Angst davor, daß er nie eine Familie ernähren wird können. Es fehlen die Visionen in der Politik, und es scheitert daran, daß wirklich auch Kleinigkeiten ernstgenommen werden, die schon seit 15 oder 20 Jahren gefordert werden. Daß das einfach nicht möglich ist, von den großen Dingen ganz zu schweigen.

Trotzdem nochmals herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und für die Möglichkeit, daß wir unsere Anliegen präsentieren können. Jetzt sind es nur mehr sechs Sekunden, jetzt muß ich mich beeilen. Auch noch einmal an euch mein Dankeschön. Ich hoffe, daß es bald wieder einen Schülerlandtag geben wird, und nehmt uns ernst. Ich kann euch eines versprechen, liebe Kollegen aus der Politik, ich kann euch eines versprechen, von Generation zu Generation werden die Leute, die hier sitzen, aufmüpfiger und unverschämter werden. Die werden immer stärker einfordern, und irgendwann wird einmal der Tag kommen, wo auch in unserem Wohlstandsösterreich der Generationenkonflikt nicht mehr nur ein Schlagwort ist, sondern wo es den Generationenkonflikt tatsächlich geben wird, in den Familien, in den Schulen, auf den Universitäten, in der Gesellschaft und in der Politik. Wir müssen uns als Partner akzeptieren, sonst wird es wirklich schwierig, vor allem für uns, weil sehr, sehr viele von unseren Leuten, die wir hier vertreten sollen, einfach sehr wenig Vertrauen in die Zukunft und damit in die Politik haben. Danke! (Beifall. – 13.46 Uhr.)

Präsident: Wir nehmen euch ernst, sonst hätten wir eine Redezeit von neun Minuten beim Bundesschulsprecher gar nicht zulassen können, weil es ganz anders vereinbart war, auch mit ihm. Und jetzt erteile ich dem Herrn Landesrat Günter Dörflinger das Wort.

Landesrat Dörflinger (13.47 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es würde natürlich die Gefahr bestehen, daß ich mit meiner Wortmeldung jetzt eine neue Diskussion von vorne anfangen. Ich will das nicht tun, und ich versuche, mich auch so auszudrücken, daß die Gefahr nicht besteht, daß das passiert. Ein paar grundsätzliche Überlegungen aus meiner Sicht, die auf das Schlußwort des Bundesschulsprechers Bezug nehmen, wobei ich dazusage, das hätte durchaus etwas sein können, was ich vor 20, also nicht vor 15 Jahren, was ich vor 25 Jahren gesagt habe. Ich glaube, daß das auch ein Prinzip in der Gesellschaft ist, daß man, wenn man jung ist, vieles schneller haben will. Wenn man jung ist, glaubt man, vieles geht anders und müßte schneller gehen. Ich möchte nur einen Punkt einwenden, der mich ein bißchen betroffen gemacht hat zum Schluß. Daß die Sorge besteht, wenn es Konflikte gibt, daß das was Schlechtes ist. Ich gehe davon aus, daß Konflikte in unserer Gesellschaft da sind, viel, viel mehr, als wir alle glauben, und daß es das Schlechteste für eine Gesellschaft wäre, wenn man so in der Tutti-frutti-Manier sagt, es ist alles in Ordnung, es funktioniert alles. Es gibt existentielle Widersprüche, zum Beispiel – und ich sage das nicht wertend – zwischen dem Bedürfnis eines Lehrlings und dem Bedürfnis eines Unternehmers. Selbstverständlich sprechen wir es aus, sagen wir das und versuchen wir einen Kompromiß zu finden, der beiden einigermaßen gerecht wird. Ich glaube, daß das das Wesen der Demokratie ist. Ich vermisse so oft bei uns selber, daß man immer verwechselt zwischen Konflikt und Streiterei, zwischen inhaltlicher Auseinandersetzung und unterschiedlichen Positionen.

Und der zweite Punkt, das bitte ich Sie auch, bei aller Frustration über das politische System, mit zu bedenken: Ich werde Sie ersuchen, lesen Sie morgen die Zeitungen, und schauen Sie, was Sie heute hier erlebt haben. Es ist ein Kollege noch da vom „Neuen Grazer“ in der vorletzten Reihe auf der Besuchergalerie hinten, sonst sind alle weg. Ich sage das jetzt nicht anklagend, ich sage es jetzt nicht vorwerfend, aber versuchen Sie einmal, sich ein Bild über das zu machen, was heute hier stattgefunden hat, welche Themen Sie eingebracht haben, wie sehr Sie sich bemüht haben, wie sehr Sie nachgedacht haben über diese Themen, wie sehr Sie sich bemüht haben, zu gemeinsamen Auffassungen zu kommen, und schauen Sie sich bitte an, was morgen darüber berichtet wird. Ich möchte ganz einfach keine Werbeveranstaltung für Politik machen. Ich sage das ganz ehrlich. Ich bin jetzt seit 20 Jahren in dem Geschäft, und wenn der Bundesschulsprecher Piffel sagt, „liebe Kollegen von der Politik“, habe ich das verstanden, was er meint. Wir brauchen euch, ihr müßt euch einmischen, ihr müßt mitmachen. Ich sage, in den 20 Jahren Erfahrung, die ich in der Politik habe, ob Rot, Schwarz, Blau, Grün, Gelb, Violett oder wie sie alle sein mögen, es sind viel mehr Klasse Leute dabei, es sind viel, viel mehr interessierte, engagierte Leute dabei, es sind viel, viel mehr Leute dabei, die Visionen haben, die etwas tun wollen, als wir alle glauben. Es ist auch wahnsinnig schwierig, das drüberzubringen. Es ist

wahnsinnig schwer, wenn man darauf angewiesen ist. Das, was morgen in der Zeitung steht, war die Wirklichkeit für alle die, die draußen sind, und wir werden alle sehen, wie schwierig es ist, was man wirklich drüberbringt.

Ich bin eigentlich über den zweiten Teil der Debatte sehr positiv angetan. Mir hat es sehr gut gefallen, daß da auch unterschiedliche Meinungen aufeinandergetroffen sind. Ich sage zu mir selber und selbstkritisch, wir werden wahrscheinlich gemeinsam – und dazu würde ich Sie einladen – versuchen, eine andere Form zu finden als diese, wie dieser Jugendlandtag heute stattgefunden hat. Ich glaube, daß es konstruktiver sein kann, daß man sich vielleicht bemühen sollte, an Hand von konkreten Beispielen, wo die Landespolitik die Möglichkeit hat zu beeinflussen, wo die Landespolitik sagen kann, okay, wir machen das anders. (Herr Killian Riedl: „Alle sechs Jahre?“) Ich verstehe, Sie sitzen auf einem Oppositionsplatz im normalen Landtag. Wenn ich nichts anderes mache als Sie einzuladen, mit uns gemeinsam zu überlegen, wie man einen Jugendlandtag effektiver macht, Sie daraus schließen, daß wir wieder sechs Jahre warten wollen (Herr Killian Riedl: „Wir sind vor sechs Jahren auch eingeladen worden, und dann hat es sechs Jahre gedauert, bis wir wieder kommen konnten. Sie müssen diese Einladung mit Vorsicht betrachten. Aber wir nehmen das Angebot gerne an, aber Sie müssen uns schon auch verstehen, wir sind vor sechs Jahren auch eingeladen worden, haben uns zusammengesetzt und so weiter. Es

hat sechs Jahre gedauert. Wenn wir jetzt wieder eingeladen werden, nehmen wir das sehr gerne an!“)

Ich könnte mir relativ leicht tun und sagen, vor sechs Jahren bin ich noch nicht einmal in der Regierung gesessen, wer weiß, sitz ich in sechs Jahren noch hier. Also müssen wir uns bemühen, daß wir uns vorher noch einmal treffen. Das gilt aber für uns alle. (Beifall.)

Nur, meine Damen und Herren, das, was ich wirklich meine, weil wir auch nicht jedem nach dem Mund reden sollten und jedem sagen sollen, „ihr wollt jetzt das hören, sage ich euch das“. Ich meine schon, daß wir uns über die Form, wie man solche Veranstaltungen abhält, intensiv unterhalten sollen. Ich würde anbieten, daß wir zusammen, wahrscheinlich mit dem Präsidenten zusammen, mit der Jugendabteilung, versuchen, eine Form zu entwickeln, wo wir noch mehr das zusammenbringen, was wir alle wollen. In dem Sinne danke ich Ihnen herzlich. Ich bin sicher, daß wir uns nicht erst in sechs Jahren wiedersehen. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.52 Uhr.)

Präsident: Jetzt liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Ich darf Sie mit dem Schließen der Sitzung gleichzeitig in den Rittersaal einladen zu einer kleinen Stärkung, zu einem kleinen Empfang. Ich danke für die Anwesenheit. (Allgemeiner Beifall. – Ende der Sitzung: 13.53 Uhr.)

PRESSEREAKTIONEN

Schüler gegen Lehrer-Boykott

„Schülerlandtag“ packt heute heiße Eisen an.

■ VON BERND CHIBICI

Scharf wandten sich gestern Schülervertreter gegen den geplanten Lehrer-Boykott von Schulveranstaltungen an höheren Schulen. Bundesschulsprecher Moriz Piffil-Percevic erklärte, die Pädagogen würden sich damit „von Opfern zu Tätern machen“. Über dieses und anderes will man heute auch beim „Schülerlandtag“ diskutieren.

Nach einigen Jahren Pause dürfen wieder 56 Mädchen und Burschen – großteils von der Landeschülervertretung, teilweise aber auch von den Parteien nominiert – im Steiermärkischen Landtag dessen Präsidenten und der Landesregierung ihr Herz ausschütten.

Nicht vieles von dem, was die Schüler bewegt, fällt in die Kompetenzen des Landes. Sagen wollen sie's trotzdem, wie man gestern erklärte. Vor allem der Wirbel um das neue Lehrer-Gehaltsgesetz (siehe auch Seite 2) und die angedrohten Protestmaßnahmen – Boykott der Schulveranstaltungen wie Schikurse, Projektwochen etc. – sorgen auch unter Schülern für heiße Diskussio-

nen. Der Bundesschulsprecher aus der Steiermark wehrt sich vor allem dagegen, „daß der Konflikt zwischen Ministerium und Lehrern auf unserem Rücken ausgetragen wird“. Er nennt das „eine Taktik, die nicht in Ordnung ist“. Spöttischer Nachsatz an die Adresse der Lehrgewerkschaft: „Sie hat das ausverhandelt und kommt erst jetzt drauf, daß das nicht in Ordnung sei.“

Ein besonders wichtiges Thema für die jungen Leute sind auch die geplanten Änderungen im Jugendschutzgesetz der Steiermark. Kritisiert wird daran, daß man einerseits Elfjährige schon bis 23 Uhr im Gasthaus sitzen lassen, andererseits aber 15jährigen das Rauchen verbieten will. Dies betrachtet man als „unrealistisch“.

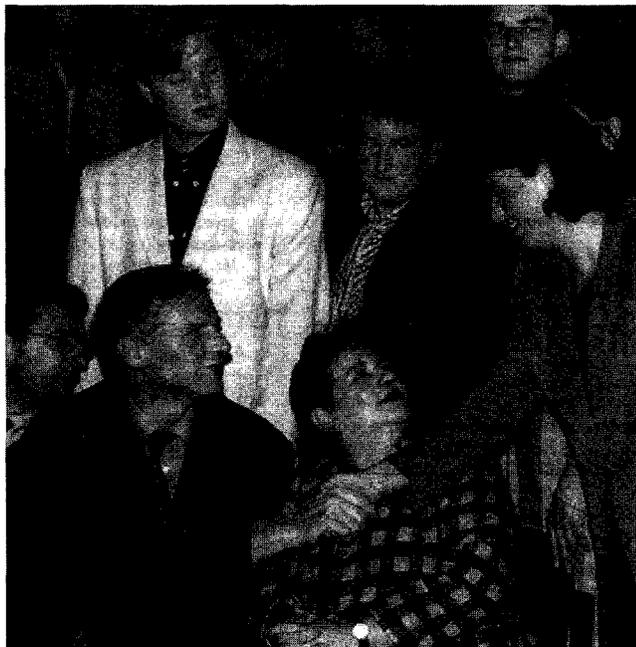
Schließlich beschämen die Schüler auch noch die hohe Bildungspolitik mit dem Aufzeigen eines echten Problems: Landesschulsprecher Kilian Riedl bemängelt, daß an den Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) meist nur eine einzige lebende Fremdsprache unterrichtet wird. Und die, wie er sagt, auch nicht sonderlich gründlich.

SCHÜLERLANDTAG

Schüler traten im Landtag professionell auf

Graz. – Keine großen Sprüche, dafür professionelle Wortmeldungen beim Schüler- und Jugendlandtag im steiermärkischen Parlament.

Zukunftsvisionen beschäftigen die Jugendlichen nicht, zu sehr bremst der Alltag. Sie kämpfen, daß Schulveranstaltungen wie Intensiv-Sprachkurse oder Schullandwochen nicht abgeschafft werden, daß sie nicht auf veralteten, unbrauchbaren Lehrmitteln sitzenbleiben, was sich vor allem bei Computern mehr als lähmend auswirkt. Probleme macht den Schülern auch das Integrationsmodell, weil oft ein dafür un ausgebildeter Lehrer in Integrationsklassen unterrichtet, anstelle eines aufeinander abgestimmten Zweier-teams. Und um im ewigen Kampf gegen „bornierte Lehrer“ eine Chance zu haben, fordern sie eine unabhängige Schlichtungsstelle.



Wechselspiel zwischen „jungen Hupfern“ und „alten Hasen“ im Landtag BTZ/GUBISCH

Kritische Töne im Schülerlandtag

Durchaus professionell und „erwachsen“ verlief gestern der Schüler- und Jugendlandtag im Steiermärkischen Landesparlament. Die 56 Schülervertreter nahmen auf den Abgeordnetenbänken Platz, die teilnehmenden Abgeordneten mußten auf die Seitenbänke

Von Gabi Rumpelsberger

ausweichen. Drei Punkte standen auf der Tagesordnung: Schule und Bildung, Jugend und Recht, sowie Jugend und Wirtschaft. In wohlformulierten Reden wurden eine unabhängige Schlichtungsstelle gefordert und die Abschaffung der Schulveranstaltungen und die Auswirkungen des Sparpakets kritisiert. Der Bundesschulsprecher Moritz Piffel-Percevic stellte nach einer Stunde fest, daß die noch anwesenden Landespolitiker „gelangweilte Gesichter“ zeigten und interpretierte dies als mangelndes Interesse an den Anliegen der Schüler. Viel Applaus erntete er danach für seine Forderung, daß die Gehaltsverhandlungen der Lehrer nicht auf dem Rücken der Schüler ausgetragen werden dürften,



Die drei Landtagspräsidenten German Vesko (links), Franz Hasiba (Mitte) und Dieter Strenitz (rechts) mit Schülervertreterin beim Schüler- und Jugendlandtag. (Philipp)

Die „Jugendabgeordneten“ setzten sich auch für die Modernisierung der Unterrichtsmittel, vor allem im EDV-Bereich, ein und forderten mehr Praxisnähe im Unterricht. „Denn alles was wir während der Schulzeit lernen, muß uns

nicht später kostenintensiv beigebracht werden“, lautete eine Wortmeldung. VP-Landesgeschäftsführer Reinhold Lopatka bedauerte, daß es an Visionen fehle und meinte, daß das Handy heute wichtiger sei als ein Anliegen.

Steirischer Schüler- und Jugendlandtag 1998

„Dauerbrenner“ der Jugend

Durch langes Engagement der Steirischen Landeschülervertretung findet heute zum zweiten Mal der steirische Schüler- und Jugendlandtag statt. Von drei Ausschüssen werden dabei auch einige „Dauerbrenner“ eingebracht.

Der Ausschuß Jugend und Wirtschaft fordert unter anderem mehr Kontakt mit der Wirtschaft für AHS und BMHS, eine zweite lebende

Fremdsprache an den HTL und eine Reform des Lehrlingsbereichs. Für Modernisierung der Lehrmethoden und Lehrmittel und die Einrichtung unabhängiger Beratungs- und Schlichtungsstellen engagiert sich der Ausschuß Schule und Bildung.

Als eines der Hauptanliegen bezeichnen Bundeschulsprecher Moriz Piffl und Landeschulsprecher Kilian Riedl eine Aktualisie-

rung des Jugendschutzgesetzes. Darüber hinaus beantragt der Ausschuß Jugend und Recht die Installation von Nachtbuslinien und Wählen ab 16 mit nötigen Begleitmaßnahmen. „Auf diesem Weg wollen wir auch SP-Obmann Peter Schachner überzeugen, daß die Senkung des Wahlalters einen Sinn hat“, betont JVP-Landesobmann Johann Baumgartner.



*Landeschulsprecher
Kilian
Riedl*

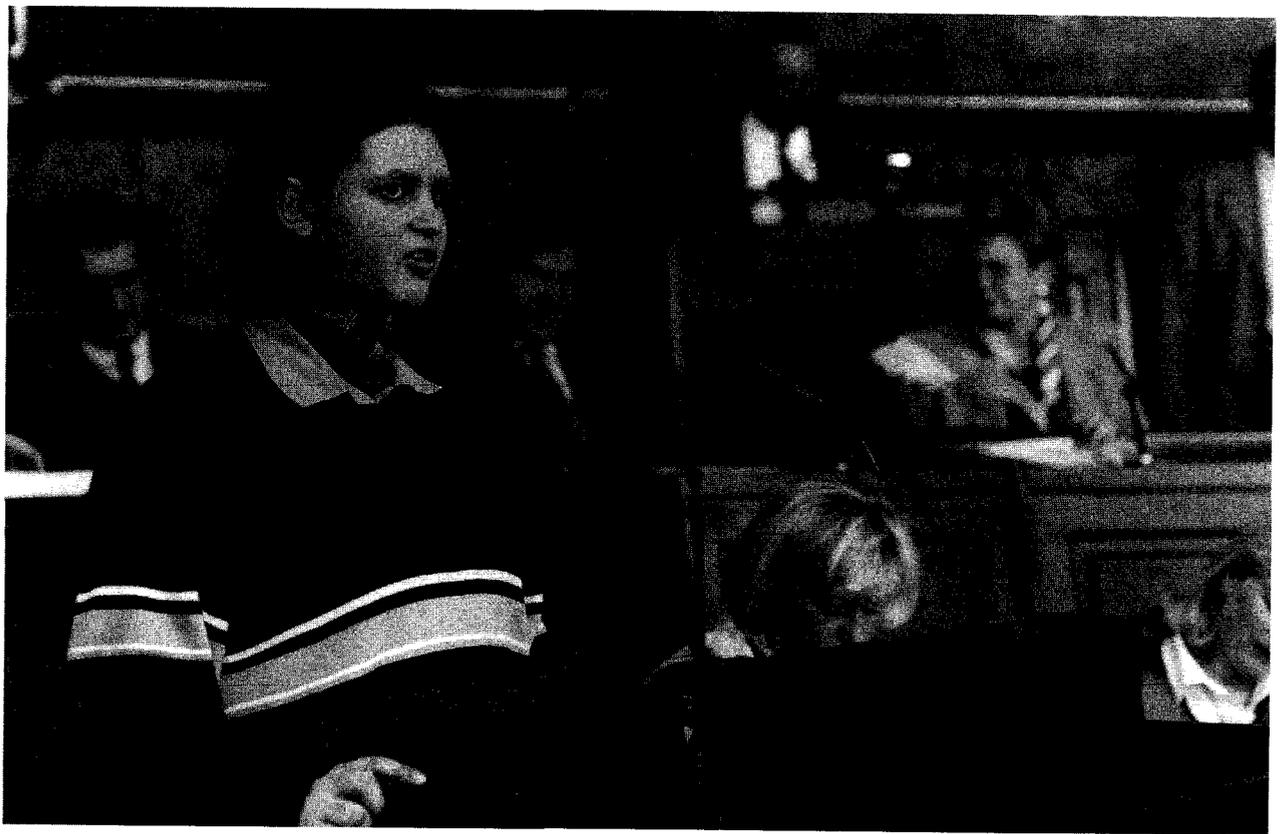


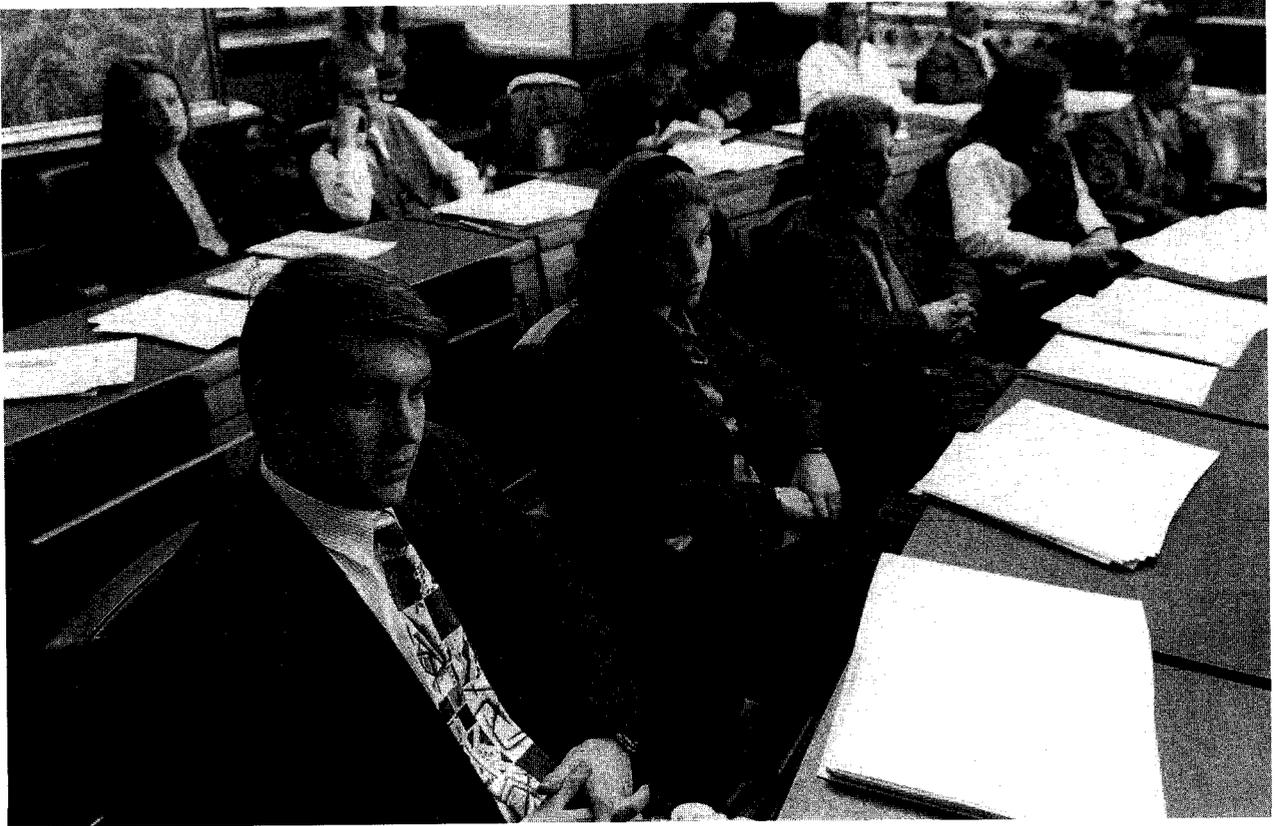
*JVP-Landesobmann
Johann
Baumgartner*



*Bundeschulsprecher
Moriz
Piffl*

*Fotos:
Stuhlhofer,
WIN*





Fotos: Christian Jungwirth
Gesamtherstellung: Steierm. Landesdruckerei, Graz. - 2354-98